

2-2018

# nds

DIE ZEITSCHRIFT DER BILDUNGSGEWERKSCHAFT

Wenig Zeit für politische Bildung  
Zukunft der Sekundarschulen  
Digitalisierung und Medienkompetenz  
Bewährt: Englisch in der Grundschule  
Beamt\*innenstreik ist Menschenrecht  
Referendariat mit Kind: Wie geht's?



**Mit starker Stimme  
in die Tarifrunde!**



Mit der GEW NRW ins Kino

## UNSERE ERDE 2

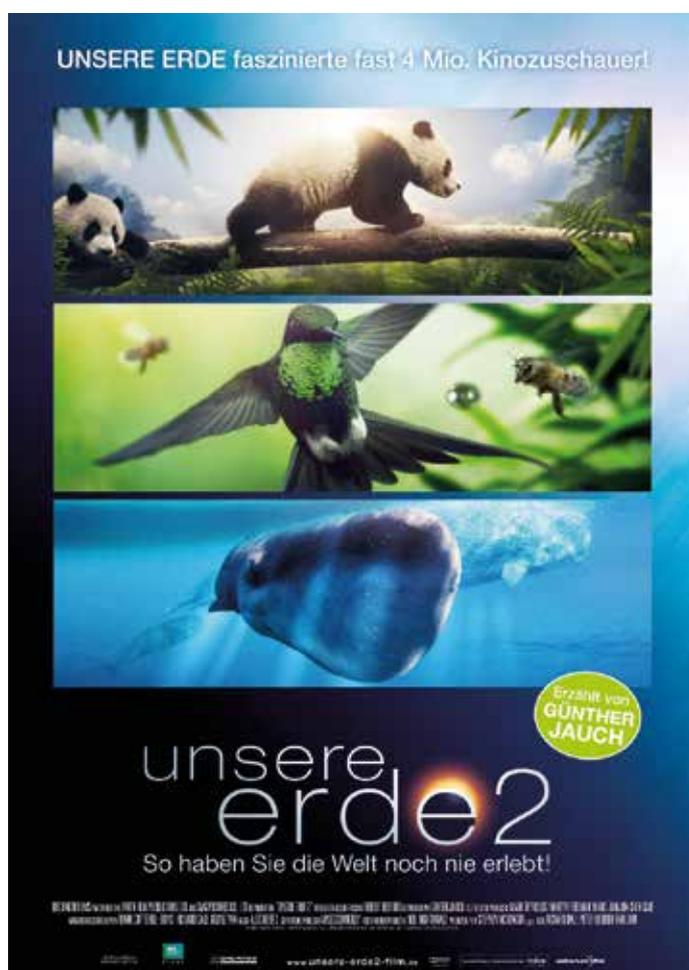
Zehn Jahre nach dem sensationellen Erfolg von UNSERE ERDE, der in Deutschland 3,8 Millionen Zuschauer\*innen begeisterte, kommt jetzt die Fortsetzung in die Kinos.

UNSERE ERDE 2 nimmt die Kinobesucher\*innen mit auf eine spektakuläre Reise um die Welt und enthüllt unglaubliche Wunder der Natur und Tierwelt. Im Laufe eines einzigen Tages folgen wir der Sonne von den höchsten Bergen bis hinunter zu den entlegensten Inseln, von exotischen Regenwäldern bis hinein in den Großstadtdschungel.

Der Film lässt uns tief in die unterschiedlichsten Lebensformen auf unserem Planeten eintauchen und ihren Alltag hautnah und intensiv miterleben. In den Hauptrollen: Ein Zebrafohlen, das gemeinsam mit seiner Mutter einen reißenden Fluss überquert. Ein Pinguin, der jeden Tag heldenhaft einen lebensgefährlichen Weg zurücklegt, um seine Familie mit Nahrung zu versorgen. Eine Familie von Pottwalen, die es liebt, vertikal treibend zu dösen, und ein Faultier, das der Liebe hinterherjagt.

UNSERE ERDE 2 erinnert zur rechten Zeit höchst überzeugend daran, dass alle Lebewesen – sogar in den größten Metropolen – tief mit der Natur verbunden sind. Dieser Verbindung kommt besonders in Zeiten von Technik und sozialen Medien eine zunehmend große Bedeutung zu. Als Sprecher fungiert Günther Jauch.

*Kinovorstellungen für Schulklassen sind ab Kinostart möglich. Der Film eignet sich unter anderem für die Fächer Biologie, Sachunterricht, Geografie, Ethik, Philosophie, Religion, Deutsch, Kunst, Musik, Physik sowie für AGs und fächerübergreifende Schulprojekte.*



### VORSTELLUNG FÜR GEW-MITGLIEDER

**Sonntag, 11. März 2018**

**Köln** Weisshaus Kino, Luxemburger Str. 253, Beginn: 11.00 Uhr

**Essen** Lichtburg, Kettwiger Str. 36, Beginn: 11.00 Uhr

**Offizieller Kinostart** 15. März 2018

**Filmwebsite** [www.unsere-erde2-film.de](http://www.unsere-erde2-film.de)

**Unterrichtsmaterial** [www.gew-nrw.de/kino](http://www.gew-nrw.de/kino)

**Anmeldung und Infos** [www.gew-nrw.de/veranstaltungen](http://www.gew-nrw.de/veranstaltungen)



## Start in die Tarifrunde: Eure Arbeit ist Mehrwert!

Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen für die anstehende Tarifrunde beschlossen. Es geht um mehr Geld für die rund zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. In der GEW sind davon die Mitarbeiter\*innen in den Kitas betroffen, von der Leitung über die Erzieher\*innen bis zu den Kinderpfleger\*innen. Und auch die Beschäftigten in anderen Bereichen des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes sowie weiterer Träger\*innen in der Jugendhilfe und der Erwachsenenbildung, die den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) anwenden, gehören dazu – zum Beispiel kommunale Schulsozialarbeiter\*innen und Lehrkräfte an den Volkshochschulen. Ihre zentralen Forderungen hat die GEW am 8. Februar 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt: Sechs Prozent mehr Gehalt, wobei die größere Anhebung kleinerer Einkommen durch einen Mindestbetrag von 200,- Euro erreicht werden soll, sowie die Angleichung der Jahressonderzahlung Ost auf das Niveau der West-Kommunen.

### **Gute Arbeit braucht noch mehr als gute Bezahlung**

In der Diskussion mit Betroffenen in NRW, aber auch im Austausch mit anderen GEW-Landesverbänden in unserer Bundestarifkommission wurde deutlich: Der Fachkräftemangel wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Es gibt vielfältige Belastungen, zu wenig Zeit für notwendige Absprachen: Als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit fordern die Beschäftigten deshalb Entlastungen für ältere Beschäftigte, wirksame Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und eine Reduzierung der Arbeitsverdichtung. Parallel zu den Tarifforderungen hat die GEW ein großes Paket mit zusätzlichen Forderungen geschnürt, um die Arbeitssituation zu verbessern. Auch wenn grundsätzliche Probleme des Tarifvertrags wie die fehlende Mitnahme der Erfahrungsstufe beim Arbeitgeber\*innenwechsel oder eine im pädagogischen Bereich unsinnige Leistungsorientierte Bezahlung („LoB“) erst in der nächsten Tarifrunde auf der Agenda stehen, wurden diese Forderungen zusammengetragen – sie sind in den sogenannten Begleitbeschluss eingeflossen. Einige der Forderungen können nur in den Ländern selbst in den Kitagesetzen umgesetzt werden, zum Beispiel bessere Personalschlüssel oder der Ausbau der Ausbildungskapazitäten. Eine stärkere Unterstützung der Kitaträger\*innen ist nötig, reicht aber allein nicht aus, um die strukturelle Unterfinanzierung des Sozial- und Erziehungsdienstes wirksam zu beheben. Deswegen setzen wir uns als GEW in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem DGB und ver.di aktiv gegenüber der Landesregierung für ein neues Kitagesetz ein. Auf Bundesebene machen wir uns stark für ein Kitaqualitätsgesetz.

### **Wir setzen auf das Engagement unserer Kolleg\*innen**

Es wird sicher nicht leicht, die berechtigten Forderungen gegenüber den Arbeitgeber\*innen durchzusetzen. Auf die Veröffentlichung der gewerkschaftlichen Forderungen folgte umgehend eine Zurückweisung durch Dr. Thomas Böhle, den Präsidenten der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA): Die Höhe der Forderung übersteige die finanziellen Spielräume der Kommunen. Die Gewerkschaften halten dagegen: Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen teilhaben an der guten wirtschaftlichen Entwicklung und den hohen Steuereinnahmen. Wenn man in einem so wichtigen Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes dem Fachkräftemangel wirksam begegnen will, muss der Arbeitsplatz attraktiver werden.

Damit wir unsere Forderungen durchsetzen können, sind auch die Betroffenen selbst gefragt. Ihr Engagement entscheidet mit! Die GEW sitzt für die Beschäftigten mit am Verhandlungstisch – mit ihnen gemeinsam wird sich die Bildungsgewerkschaft auch auf der Straße zu Wort melden. Dabei setzen wir auf alle Kolleg\*innen, um deren Arbeit es in dieser Tarifrunde geht. //



*Dorothea Schäfer,  
Vorsitzende der GEW NRW*

## THEMA



**Mit starker Stimme  
in die Tarifrunde!**

*TVöD-Tarifrunde:  
Forderungen der GEW  
Schon wieder Streik?*

Seite 18

*TVöD-Tarifrunde:  
Fachkräftemangel in Kitas  
Veränderung als einzige Konstante*

Seite 20

*TVöD-Tarifrunde:  
Wertschätzung für die VHS  
„Ich will die Anerkennung unserer  
Leistungen sehen“*

Seite 22

## BILDUNG



*Politikunterricht in der Sekundarstufe I in NRW  
17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit*

Seite 8

*Realschüler\*innen zu Gast in der Förderschule  
Inklusion mal anders*

Seite 10

*Landtag diskutiert Schulstruktur  
Welche Zukunft haben Sekundarschulen?*

Seite 12

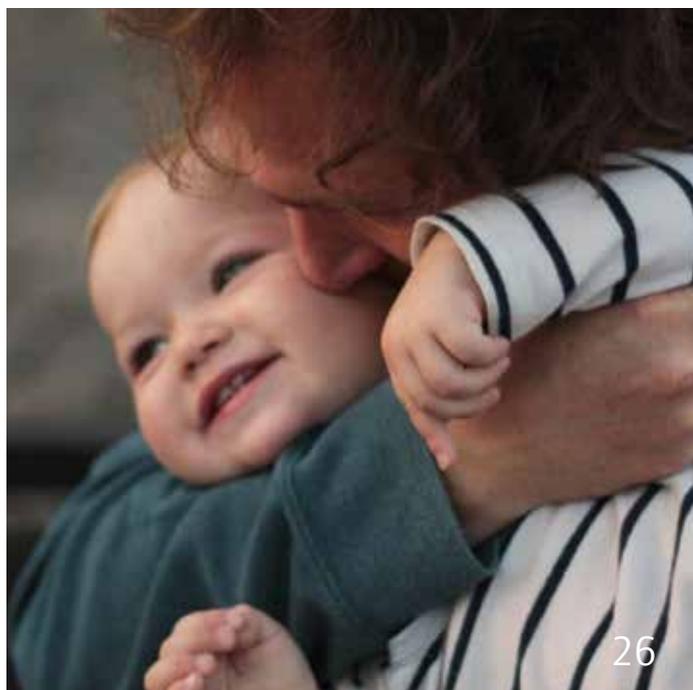
*Medienpädagogik in Schule und Unterricht  
Medienkompetenz als Schlüssel für digitale Bildung*

Seite 14

*Englischunterricht in der Grundschule  
Auf dem Prüfstand*

Seite 16

## ARBEITSPLATZ



*Im Gespräch mit Jenny und  
Marvin Weißmann*  
Doppelte Herausforderung:  
Referendariat mit Kind

Seite 26

*Beamt\*innenstreikrecht*  
Streik ist ein Menschenrecht

Seite 28

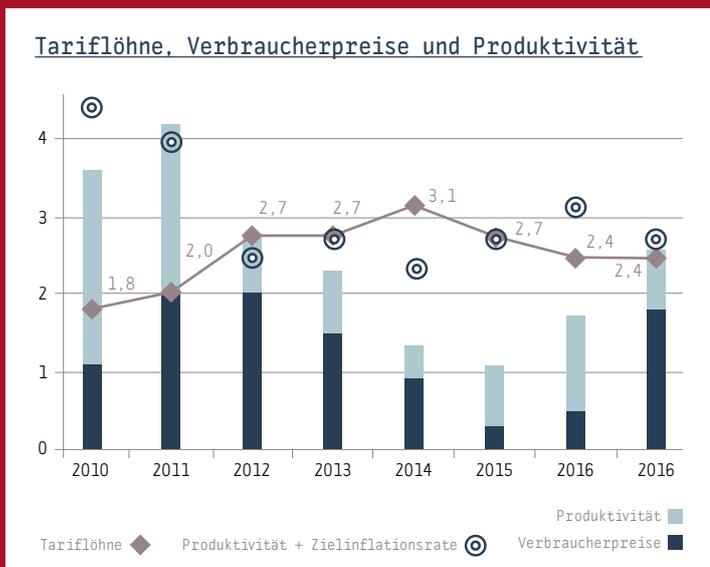
*Fachgruppen der GEW NRW*  
Das wird unser Jahr 2018!

Seite 30

## IMMER IM HEFT

GEW-Kino	Seite 2
Nachrichten	Seite 6
Gewinnspiel	Seite 17
Buchtipps	Seite 25
Jubilare	Seite 32
Weiterbildung	Seite 33
Infothek	Seite 34
Termine	Seite 38
Impressum	Seite 39

## Tariflöhne sind 2017 um 2,4 Prozent gestiegen



Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt sind die Tariflöhne und -gehälter im Jahr 2017 um 2,4 Prozent gestiegen. Nach Abzug des Verbraucher\*innenpreisanstiegs von 1,8 Prozent ergibt sich daraus ein realer Zuwachs der Tarifvergütungen um 0,6 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt die Bilanz der Tarifpolitik 2017 der Hans-Böckler-Stiftung. „Da die Inflationsrate wieder spürbar höher ist, fällt der Reallohnzuwachs 2017 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich geringer aus“, sagt der Leiter des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), Prof. Dr. Thorsten Schulten. „In den Jahren 2014 bis 2016 stiegen die Tariflöhne wegen der sehr geringen Preissteigerung real zwischen 1,9 und 2,4 Prozent und haben damit einen wesentlichen Beitrag für den ökonomischen Aufschwung in Deutschland gelegt.“ Der von den Lohnerhöhungen ausgehende Impuls für die Binnennachfrage habe sich 2017 – wenn auch in abgeschwächter Form – weiter fortgesetzt. „Und auch in diesem Jahr seien spürbare Reallohnzuwächse wichtige Faktoren für eine stabile, balancierte Wirtschaftsentwicklung“, sagt Thorsten Schulten. **Mehr zur Tarifrunde 2018 ab Seite 18.** WSI

Quelle: Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, alle Angaben in Prozent zum Vorjahr.

### Begreifen zum Eingreifen

#### Rassismus im Alltag

Sie sprechen ja fantastisch Deutsch! Fünf junge Menschen erzählen im „fluter.“, dem Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, von ihren Erfahrungen mit alltäglichem Rassismus.

[www.tinyurl.com/fluter-alltagsrassismus](http://www.tinyurl.com/fluter-alltagsrassismus)

#### Sozialer Aufstieg

Wie stark sich das Einkommen von Generation zu Generation verändert, hat das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht. Rund 63 Prozent der Kinder haben demnach ein höheres Einkommen als ihre Eltern.

[www.tinyurl.com/iw-einkommen](http://www.tinyurl.com/iw-einkommen)

#### Political Correctness

Dramaturg Bernd Stegemann setzt sich im Interview mit den NachDenkSeiten mit der politischen Korrektheit auseinander. Seine Kritik: Sie verkehre sich nach und nach ins Gegenteil.

[www.tinyurl.com/politisch-korrekt](http://www.tinyurl.com/politisch-korrekt)

## Bildungspaket

CDU, CSU und SPD haben im Entwurf des Koalitionsvertrags ein Bildungspaket beschlossen, das rund elf Milliarden Euro umfassen soll. Im Interview mit WDR 5 bewertet Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW, es als gut, dass sich der Bund stärker als bisher an der Bildungsfinanzierung beteiligen will. Sie macht aber deutlich, dass diese Summe nicht reichen wird. Länder und Kommunen müssen ihren Teil beitragen. **Mehr unter [www.tinyurl.com/wdr5-dorothea-schaefer](http://www.tinyurl.com/wdr5-dorothea-schaefer)** *kue*

## Zeugnisvergabe

Im Januar 2018 gab es Halbjahreszeugnisse in NRW. Lehrkräfte nutzen nun die Gelegenheit, um mit Eltern über individuelle Fördermöglichkeiten ins Gespräch zu kommen. Dabei werden Lehrer\*innen nicht selten zur Zielscheibe für Aggression. Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW, sagt: „Lehrer\*innen tun das Möglichste für eine gezielte individuelle Förderung. Zu Recht erwarten sie dabei mehr Wertschätzung in der Gesellschaft und mehr Unterstützung seitens der Landesregierung.“ *bp/kue*

## Grundschulen finden keine Lehrkräfte

Der Lehrkräftemangel trifft Grundschulen im Regierungsbezirk Düsseldorf härter als erwartet: Für die Hälfte der 340 Stellen, die zum 1. Februar 2018 besetzt werden sollten, gab es keine Bewerbung. In der Stadt Duisburg wurden 62 Grundschullehrkräfte gesucht und erstmalig keine Lehrkräfte mit der entsprechenden Befähigung gefunden. Ein ähnliches Bild zeichnet sich in Oberhausen, Krefeld und Remscheid ab. Vergleichbar betroffen sind in anderen Regierungsbezirken Städte wie Köln, Gelsenkirchen und Dortmund. Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW, kritisiert: „Die Schere geht weiter auseinander. Die prekäre Mangelsituation geht zulasten der Schüler\*innen und der vorhandenen Lehrkräfte.“ Die Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm und Dr. Dirk Zorn ermittelten für ihre Studie mit dem Titel „Lehrkräfte dringend gesucht – Bedarf und Angebot in der Primarstufe“ den Lehrkräftemangel bundesweit. **Mehr unter [www.tinyurl.com/gew-nrw-grundschulen](http://www.tinyurl.com/gew-nrw-grundschulen)** *bp*

## Kitakinder sprechen wenig Deutsch

Fast jedes dritte Kitakind in NRW hat einen Migrationshintergrund. Knapp 563.000 Kinder unter sechs Jahren besuchten im März 2017 eine Kindertagesbetreuung. Davon hatten rund 178.700 Kinder mindestens ein Elternteil, das nicht in Deutschland geboren wurde. In Gelsenkirchen und Duisburg ist der Anteil mit knapp 52 beziehungsweise 48 Prozent landesweit am höchsten, im Kreis Coesfeld mit mehr als sieben Prozent am geringsten. Bei etwa jedem vierten Kitakind wird der Analyse zufolge zu Hause überwiegend nicht Deutsch gesprochen. Auch an dieser Stelle haben Gelsenkirchen und Duisburg mit jeweils mehr als 40 Prozent die höchsten Quoten in NRW. „Kitas brauchen mehr Personal und die Erzieher\*innen mehr Zeit für Sprachförderung, für individuelle Förderung der Kinder sowie für Elternarbeit. Je früher diese Förderung ansetzen kann, desto größer sind die Chancen, dass diese Kinder in der Grundschule keine Probleme haben“, sagt Berthold Paschert, Pressesprecher der GEW NRW. *Destatis/dpa*

## G9-Gesetzentwurf ist im Landtag

Der Gesetzentwurf zu G9 nimmt voraussichtlich im Februar 2018 die nächste entscheidende Hürde. Dann wird das Gesetz in den Düsseldorfer Landtag eingebracht. Die individuelle Entscheidung der Schulen erfolgt im Schuljahr 2018/2019. Für den Schulleiter des Mindener Besselingymnasiums Uwe Voelzke steht der Entschluss, zu G9 zurückzukehren, schon fest: „Aus meiner Sicht hat die Rückkehr zu G9 für die Schüler\*innen der Sekundarstufe I den großen Vorteil, dass die Nachmittagsbelastung in der Pubertät deutlich gesenkt wird. Auch für Lehrkräfte kommt es zu einer Entlastung durch die Verringerung der Springstunden.“ Für den Fachunterricht erwartet er, dass mehr Zeit geben werde zum Üben oder Freiräume, um die Schüler\*innen für weitere Themen zu begeistern. „Ich wünsche mir einen Förderkurs, der in den zukünftigen Klassenstufen 9 und 10 im G9-Modell nachmittags angeboten wird“, sagt er. Dadurch könnten leistungsstärkere Schüler\*innen eine Klasse überspringen. **Mehr unter [www.tinyurl.com/gew-nrw-gesetzentwurf-g9](http://www.tinyurl.com/gew-nrw-gesetzentwurf-g9)** *kie*

## Kritik an Grundschulempfehlungen

Die GEW NRW wendet sich gegen die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlungen, über die NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer laut nachdenkt. Aus guten Gründen, die sich bisher nicht geändert haben, wurden sie vor Jahren abgeschafft. Die FA(IR)BULOUS-Studie der Technischen Universität Dortmund und der Stiftung Mercator kommt zu dem Ergebnis, dass die Empfehlungen der Grundschulen auf Basis der Zensuren nicht immer dem kognitiven Potenzial der Schüler\*innen entsprechen. Dies könne durch die Einführung objektiver Tests in Klasse 4 vermieden werden. Für die Grundschullehrer\*innen sind bei der Empfehlung nicht nur die Zensuren entscheidend, sondern auch die allgemeine Lern- und Leistungsfähigkeit, das Lern- und Arbeitsverhalten, die sozialen Fähigkeiten sowie die emotionale und körperliche Belastbarkeit. Kein Test oder Probeunterricht kann all diese Komponenten aufgreifen oder Beratungsgespräche ersetzen. **Mehr unter [www.tinyurl.com/gew-nrw-schulwechsel](http://www.tinyurl.com/gew-nrw-schulwechsel)** *Rixa Borns*

## Kitafinanzierung

Die GEW NRW begrüßt den Antrag der SPD-Landtagsfraktion NRW zur Einführung einer Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen. Ziel sei, ein ehrliches, transparentes und auskömmliches Finanzierungssystem mit einem geringeren bürokratischen Aufwand zu schaffen. Die Vorsitzende der GEW NRW, Dorothea Schäfer, sagt: „Wir haben uns immer gegen das System der Kindpauschalen ausgesprochen. Sie waren verantwortlich für die Deckelung der realen Personalkosten in den Einrichtungen.“ **Mehr unter [www.tinyurl.com/spd-kitakonzept](http://www.tinyurl.com/spd-kitakonzept)** *bp/kue*

## Medienerziehung

Die kostenlose Broschüre „Flimmo“ beschäftigt sich in der Januar-Ausgabe mit allen Facetten der Videoplattform YouTube: Welche Rolle spielen sogenannte YouTube-Stars? Was wissen Kinder über das Geschäftsmodell der Plattform? Welche Alternativen gibt es? In dem Heft erklären Fernsehexpert\*innen unter anderem, warum YouTube bei Kindern zwischen sechs und 13 Jahren so erfolgreich ist, welche Inhalte sinnvoll sein könnten und welche Tücken die Plattform vor allem für die junge Zielgruppe birgt. **Mehr unter [www.tinyurl.com/flimmo-youtube](http://www.tinyurl.com/flimmo-youtube)** *kie*

## Schulen erinnern an Holocaust

Zahlreiche Schulen des Netzwerks Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage beteiligten sich am 27. Januar 2018 mit Aktionen am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. In Unna kamen die Schüler\*innen von drei Courage-Schulen einen Tag vor dem Gedenktag zusammen, um eine gemeinsame Lichterkette zu bilden. Sie symbolisierte die Opfer des NS-Regimes. Auch im Gymnasium Perleberg in Brandenburg erinnerten Schüler\*innen und Lehrkräfte mit einem Gedenkmarsch und einem Filmabend an diejenigen, die von den Nationalsozialist\*innen ermordet wurden. In Bremen verlasen Schüler\*innen des Gymnasiums Links der Weser die Namen der Opfer und in Berlin richtete die Landeskoordination ihr Gedenken in diesem Jahr auf eine lange Zeit verschwiegene Opfergruppe des NS-Regimes, auf die Homosexuellen. Der 27. Januar bezieht sich auf die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee 1945. Im Jahr 2005, am 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers, wurde der Tag von den Vereinten Nationen als Gedenktag an den Holocaust eingeführt. *Netzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*

## Mitgliederwerbung zeigt Wirkung

Dass die GEW NRW in den letzten Monaten des Jahres 2017 mehr Mitglieder begrüßen konnte als in den Vorjahren, bestätigt: Die persönliche Ansprache bringt Erfolg! Die Mitgliederzahl der GEW NRW stagnierte in den vergangenen beiden Jahren. Ein Trend, den leider fast alle Landesverbände der GEW teilen. 2017 hat aber gezeigt, dass Mitgliederzuwachs möglich ist: Fast 1.000 neue Mitglieder traten in den letzten vier Monaten des Vorjahres ein, allein 350 neue Mitglieder waren es im Dezember 2017. Das ist rund ein Viertel mehr als in beiden Vorjahren. Grund dafür dürfte auch die Verlosungsaktion sein, die die GEW NRW Mitte September gestartet hatte. Die Gewinner\*innen wurden bereits benachrichtigt. Die Statistik zeigt nun deutlich, dass es möglich ist, junge Lehrer\*innen im Vorbereitungsdienst, neue Lehrer\*innen in den Schulen und Studierende zu gewinnen. Die Zahl der Referendar\*innen in der GEW NRW steigt kontinuierlich – auch wegen der großen Zahl der Neueinstellungen. **Mehr unter [www.tinyurl.com/gew-nrw-mitgliederwerbung](http://www.tinyurl.com/gew-nrw-mitgliederwerbung)** *ms*

## DGB-Mitgliederzahl sinkt leicht

Rund 5.995 Millionen Mitglieder zählten die DGB-Gewerkschaften Ende 2017. Das sind rund 52.000 weniger als im Vorjahreszeitraum. Trotz des leichten Mitgliederzurückgangs seien die Gewerkschaften immer noch „die größte zivilgesellschaftliche Organisation in Deutschland und die, die sich in Tausenden Betrieben für die Rechte der Beschäftigten einsetzt“, bewertete der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann die Mitgliederentwicklung zu Beginn des Jahres. „Weiterhin treten rund 850 Beschäftigte jeden Tag in eine Gewerkschaft ein“, betonte er. In diesem Jahr konzentriert sich der DGB auf den 21. Ordentlichen Bundeskongress, der vom 13. bis 17. Mai 2018 in Berlin stattfinden wird. Dieses Mal diskutieren rund 400 Delegierte unter dem Motto „Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit“. Reiner Hoffmann sagte: „Ich freue mich, dass Elke Hannack, Annelie Buntenbach, Stefan Körzell und ich als Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes erneut für diese Aufgaben nominiert worden sind.“ **Mehr unter [www.tinyurl.com/dgb-2018](http://www.tinyurl.com/dgb-2018)** *DGB*

# 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit



**Das Smartphone macht Nachrichten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft jederzeit und überall verfügbar. Die sozialen Medien sind voll von Meinungen – jede\*r kann mitmachen. Damit Schüler\*innen Inhalte verstehen und Meinungen bewerten können, ist politische Bildung wichtiger denn je. Erhält sie genug Raum im Unterricht? Soziolog\*innen der Universität Bielefeld haben die Sekundarstufe I in NRW unter die Lupe genommen.**

Verfolgt man die öffentlichen und bildungspolitischen Debatten über den Zustand und die Dringlichkeit der politischen Bildung an Schulen, ergibt sich ein ambivalentes Bild: Einerseits gehen Beobachter\*innen davon aus, dass die politische Bildung an Schulen heute einigermaßen gut aufgestellt ist. Viele stellen sich vor, dass Unterricht über Politik in der deutschen Demokratie des 21. Jahrhunderts nicht nur eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Sie nehmen auch an, dass dafür hinreichend viel Lernzeit an den Schulen zur Verfügung steht.

Auf der anderen Seite steht die Sorge, dass die politische Bildung an Schulen seit Langem zu kurz kommt. Schlagworte wie Politikverdrossenheit, Demokratiedistanz, Autoritarismus, Rechtsextremismus oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stecken das Spektrum der angesprochenen, auch an die Schule adressierten Probleme ab. Daher überrascht es nicht, dass in der jüngeren Vergangenheit wieder häufiger mehr politische Bildung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen verlangt wird.

## Studie schließt eine empirische Lücke

Aber wie ist die Situation der politischen Bildung an Schulen tatsächlich? Unter welchen Rahmenbedingungen findet dort die Auseinandersetzung mit dem großen Themenbereich Politik statt? Wie steht es um die Themenbereiche Wirtschaft und Gesellschaft? Darüber ist bisher nur wenig bekannt. Neben das empirische

Nichtwissen tritt ein weitverbreiteter Irrtum: Die Öffentlichkeit identifiziert politische Bildung meist mit dem Themenbereich Politik. Fachleute wissen aber, dass sich hinter Begriffen wie „politische Bildung“, „Politik“ oder „Politikunterricht“ tatsächlich meistens mindestens drei große Themenbereiche verbergen: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Für Nordrhein-Westfalen liegen nun aus einem größeren Forschungsprojekt der Universität Bielefeld erstmalig Daten über die Position von politischen Inhalten in den Lehrplänen der Sekundarstufe I vor. Dazu wurden die Stundentafeln und Kernlehrpläne der nordrhein-westfälischen Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ausgewertet. Gleichzeitig analysierte das Forschungsprojekt die Position von Politik in den Kernlehrplänen der Fächer Politik an Gesamt- und Realschulen sowie Politik/Wirtschaft an Gymnasien. So konnte der Themenbereich Politik mit dem von Gesellschaft und Wirtschaft verglichen werden.

## Wenig Zeit für Politik in den Lehrplänen

Die Namen der Fächer lassen erwarten, dass Politik und politische Themen im Unterricht an der Sekundarstufe I in NRW ein erhebliches Gewicht haben. Konkreter kann man annehmen, dass der Themenbereich Politik in einem Schulfach Politik deutlich überwiegt und in einem Schulfach Politik/Wirtschaft mindestens die Hälfte der curricular definierten Inhaltsbereiche

ausmacht. Empirisch werden diese Erwartungen eindeutig enttäuscht:

- ◆ Im gesamten Unterricht der Jahrgangsstufen 5 bis 10 – beziehungsweise 5 bis 9 an Gymnasien – beschäftigen sich die Lernenden sehr selten und sehr kurz mit politischen Themen. Nur wenig mehr als ein Prozent ihrer Lernzeit steht dafür zur Verfügung (siehe Tabelle).
  - ◆ Im Durchschnitt entfallen pro Schulwoche im Unterricht bestenfalls 17 bis 20 Minuten auf politisches Lernen. Jede\*r Jugendliche hat rechnerisch wöchentlich etwa 20 Sekunden Zeit, um seine politische Position in der Klasse vorzutragen und mit anderen darüber zu sprechen.
  - ◆ Auch im sozialwissenschaftlichen Lernbereich (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft) der Sekundarstufe I machen politische Themen nur ein gutes Drittel der Unterrichtszeit aus.
  - ◆ Der Anteil von Politik im gymnasialen Fach Politik/Wirtschaft liegt unter einem Drittel.
  - ◆ Der Kernlehrplan des Fachs Politik/Wirtschaft gibt wirtschaftlichen Themen ein Drittel mehr Raum als politischen.
  - ◆ Gemessen an den obligatorischen Inhaltsfeldern der curricularen Vorgaben sind die Gesamtschule und mit einigem Abstand auch das Gymnasium besonders wirtschaftsaffin (siehe Abbildung).
  - ◆ Der Themenbereich Gesellschaft bleibt in allen Schulformen weit hinter Wirtschaft zurück. Je nach Schulform vergibt der Kernlehrplan in Form der Inhaltsfelder 50 bis 69 Prozent mehr Unterrichtszeit für den Themenbereich Wirtschaft als für Gesellschaft.
- Eine einzigartige Position genießen die Fächer Politik und Politik/Wirtschaft allerdings bei fachfremd erteiltem Unterricht: Es gibt in der

Die Bedeutung des Themenbereichs Politik und seines Schulfachs in den Schulformen der Sekundarstufe I in NRW

	Realschule (Jahrgangsstufe 5-10)	Gesamtschule (Jahrgangsstufe 5-10)	Gymnasium (Jahrgangsstufe 5-9)
Durchschnittlicher Stundentafelanteil eines Fachs (alle Fächer)	6,3%	5,9%	5,9%
Stundentafelanteil für das Fach Politik beziehungsweise Politik/Wirtschaft (Themenbereiche Politik, Wirtschaft, Gesellschaft)	3,7%	3,2%	3,7%
Stundentafelanteil für den Themenbereich Politik	1,5%	1,3%	1,2%

Quelle: eigene Berechnung

Sekundarstufe I in NRW kein anderes Schulfach, das nur annähernd so häufig fachfremd erteilt wird. Im Schuljahr 2016/2017 waren es nach der Statistik des Schulministeriums an Realschulen 62,7 Prozent, an Gesamtschulen 64,7 Prozent und an Gymnasien 27,2 Prozent des Unterrichts in diesen beiden Fächern. Gegenüber den Schuljahren 2014/2015 und 2015/2016 hat sich die Lage an Realschulen und Gesamtschulen noch einmal deutlich verschlechtert; an Gymnasien nahm der fachfremde Unterricht leicht zu.

**Geringer Kurswert für politische Themen**

Angesichts dieser empirischen Befunde erscheint ein Gesamturteil angemessen, das eine curriculare Vernachlässigung der im engeren Sinne politischen Bildung in der nordrhein-westfälischen Sekundarstufe I durch die Bildungspolitik konstatiert. Dies gilt dann, wenn man die obligatorischen Inhaltsfelder den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zuordnet und die Anteile miteinander vergleicht.

Je größer der Umfang eines Schulfachs in der Stundentafel, desto höher ist nicht nur sein offizieller Bildungswert. Stundentafelanteile sind

auch die harte Währung des Bildungssystems. Von ihnen hängt eine Vielzahl von Finanzströmen ab: Lehrer\*innenstellen für entsprechende Fächerkombinationen an Schulen, Studienplätze, Professuren und Mitarbeiter\*innen an den Hochschulen, Leitungsstellen in der zweiten und dritten Phase der Lehrer\*innenausbildung und so weiter. Die empirische Analyse der Forscher\*innen der Universität Bielefeld zeigt, dass in der Sekundarstufe I in NRW Politik und politische Themen einen vergleichsweise geringen Kurswert haben. Wie man das bewertet und ob man das angesichts der anhaltenden Herausforderungen für die politische Bildung so fortführen will, ist vor allem bildungs- und demokratiepolitisch zu diskutieren.

Gegenwärtig jedenfalls senden die geltenden Stundentafeln und Kernlehrpläne ein klares Signal an Lernende, Lehrkräfte und Öffentlichkeit: Politik und Demokratie sind für die Schule eine eher nachrangige Angelegenheit, ihre Stellung im Stundenplan und im Unterricht ist schwach. Wie daraus eine Stärkung demokratischen Denkens und Handelns von Jugendlichen hervorgehen soll, bleibt ein Geheimnis der Bildungspolitik. //

Inhaltliche Schwerpunkte der Fächer Politik und Wirtschaft an der Gesamtschule

Themenbereich Gesellschaft



Themenbereich Wirtschaft



Themenbereich Politik



Quelle: eigene Berechnung

**Mahir Gökbudak, Reinhold Hedtke: 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen**  
www.tinyurl.com/17-sekunden-politik

**Universität Bielefeld: Studie: 17 Minuten pro Schulwoche für politische Themen. Soziologen der Universität Bielefeld untersuchen Politikunterricht in NRW (Pressemitteilung vom 11.12.2017)**  
www.tinyurl.com/uni-bielefeld-studie

**Verena Töpfer: Warum deutsche Schulen so wenig Politik lehren (Spiegel online vom 14.12.2017)**  
www.tinyurl.com/spiegel-politische-bildung

**Mahir Gökbudak**  
Lehrer im Hochschuldienst an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld (AG „Didaktik der Sozialwissenschaften“)

**Prof. Dr. Reinhold Hedtke**  
Professur für Wirtschaftssoziologie und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld

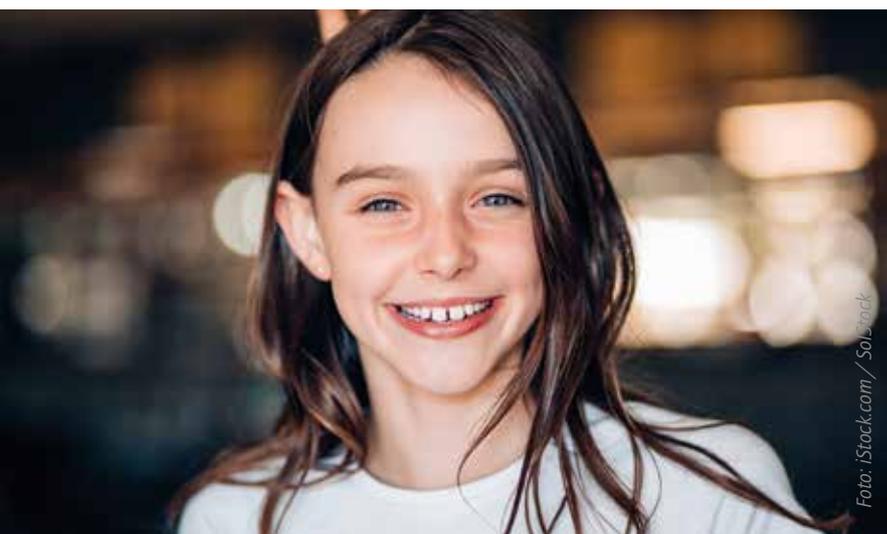
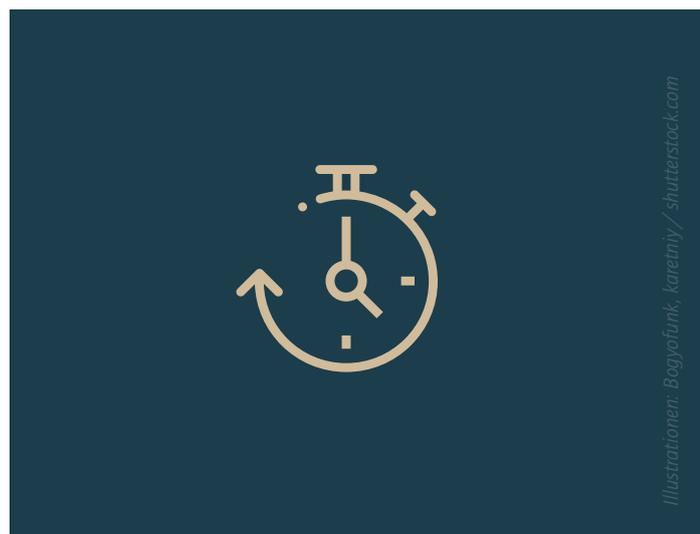


Foto: iStock.com/SolStock



Illustrationen: Bogofunk, karetniy/shutterstock.com

Realschüler\*innen zu Gast in der Förderschule

## Inklusion mal anders

**Lässig schlendern Lara und Celina, beide 14 Jahre alt, über den Pausenhof. Zwischen ihnen, untergehakt, die zehnjährige Briana. Drei Mädchen von zwei Schulen, die eine Pause zusammen verbringen – nichts Besonderes eigentlich und doch ungewöhnlich: Die beiden älteren Schüler\*innen von der Otto-Lilienthal-Realschule sind einmal in der Woche zu Gast an der Pestalozzischule in Köln, einer Förderschule für Geistige Entwicklung (GE). So entstehen neue Perspektiven auf Inklusion.**

Während es mittlerweile üblich ist, dass Kinder mit Förderbedarf an Regelschulen im Gemeinsamen Lernen inklusiv beschult werden, gehen die beiden Kölner Schulen einen anderen Weg. Fachunterricht für die Realschüler\*innen wird an der Förderschule erteilt. Die Alternative, entweder gemeinsam in der Förderschule oder eher einsam in der Regelschule unterrichtet zu werden, stellt sich damit für die Pestalozzischüler\*innen nicht. Mit ihrem Konzept, das inzwischen als „umgekehrte Inklusion“ öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, durchbrechen die beiden Schulen die gängige Praxis. Johanna Kanschäat, Leiterin der GE-Schule, ist überzeugt, dass Inklusion nicht nach nur einem Muster funktioniert. Sie plädiert für eine „Vielfalt von Modellen“ und den „Mut, etwas auszuprobieren“.

Wer sich an der Otto-Lilienthal-Realschule für das Wahlpflichtfach Sozialpädagogik entscheidet, kommt dazu wöchentlich zwei Stunden zur Förderschule. Die Realschüler\*innen hospitieren im Unterricht, arbeiten gemeinsam mit den Förderschüler\*innen oder lernen fachorientiert in ihrer eigenen Gruppe. Zweimal im Jahr bearbeiten die Schüler\*innen beider Schulen gemeinsam Themen oder entwickeln Projekte. „Anfangs waren sie völlig geflasht“, erinnert sich Johanna Kanschäat an die Reaktionen ihrer

Schüler\*innen, „inzwischen ist das Normalität“. Seit Anfang 2012 läuft diese Kooperation. Beim wöchentlichen Unterricht in der Pestalozzischule trainieren die Realschüler\*innen vier Jahre lang – von der siebten bis zur zehnten Klasse – offensivere Kommunikation und erweitern ihre soziale Kompetenz. Sie lernen so ein anderes System kennen, lernen mit den Einschränkungen ihrer Mitschüler\*innen umzugehen, lernen auch, dass man in der GE-Schule anders aufeinander achtet als in der Regelschule.

### Ein Stück Normalität erfahren

Die GE-Schüler\*innen bleiben bei den gemeinsamen Aktivitäten in ihrer vertrauten Umgebung, in der sie sich sicher fühlen. „Sie waren anfangs von der Präsenz der Realschüler\*innen überfordert“, erinnert sich Johanna Kanschäat. „Unsere Schüler\*innen wachsen sehr isoliert auf. Sie haben wenig Kontakt zu Regelschüler\*innen“, sagt die Schulleiterin. Im Umgang mit den Gleichaltrigen erfahren sie ein Stück Normalität, haben Teil an der Jugendkultur, an Musik, Mode, Themen, Trends und lernen dabei von den Realschüler\*innen. Eine Win-win-Situation.

Realschülerin Lara findet es gut, mal zu sehen, „wie das an einer anderen Schule abläuft“. Der 15-jährige Luca hat die Erfahrung gemacht,

dass die Förderschüler\*innen „manchmal ihre Grenzen nicht kennen. Man muss sagen, was man nicht will.“ Das hat er inzwischen gelernt. Und für die gleichaltrige Jana ist die „umgekehrte Inklusion“ Teil ihrer Philosophie. Sie interessiert, „wie es ist, mit anderen Kindern zusammen zu sein, wie die Unterricht machen“. Laras Fazit ist eindeutig: „Das ist lockerer hier, auf jeden Fall.“

Diese andere Umgebung verändert auch die Realschüler\*innen, hat ihre Lehrerin Hildgard Schmidt festgestellt. Anlässe, bei denen sich ihre Schüler\*innen früher zierten – etwa sich auf einer Bühne zu präsentieren oder im Chor zu singen – sind kein Problem mehr. Diese Blockaden sind passé. Die Lehrerin nimmt die Gruppe anders wahr als sonst im Unterricht: „Ihr kommt ganz anders aus euch raus“, erklärt sie ihren Schüler\*innen im Sozialpädagogikunterricht als Fazit ihrer Beobachtungen. Eindrücke, die Johanna Kanschäat bestätigt. Die Realschüler\*innen orientierten sich inzwischen an der Leichtigkeit und Unbekümmertheit ihrer Förderschüler\*innen. „Das ist erfrischend zu sehen und das schafft Anerkennung“, sagt die Schulleiterin.

### „Biografien, die wir mitprägen“

Auch Regelschüler\*innen erlebten in diesem Umfeld, dass sie mit ihren Eigenarten nicht einzig seien. Als Beispiel erzählt Johanna Kanschäat von einem Schüler, der kurz davor stand, die Realschule verlassen zu müssen. Er habe für seinen Umgang mit den GE-Schüler\*innen große Anerkennung erfahren und damit „erstmal positive Rückmeldungen bekommen“ – mit Folgen

für seine Berufswahl: Er macht eine Ausbildung als Erzieher, mit der Option Sozialpädagogik zu studieren. Realschüler Luca möchte sein Betriebspraktikum in der Förderschule machen. Der Wunsch, „was im sozialen Bereich zu machen“, habe sich durch den Kurs in der Förderschule verstärkt. „Es gibt Biografien, die wir mitprägen“, sagt Johanna Kanschäat. Dazu zählen auch Freundschaften, die sich entwickelt haben und über die Schule hinaus Bestand haben.

Sie sieht die Förderschule auch als interessanten Lernort, der kaum wahrgenommen werde, aber „viel zu bieten hat“. Unter ihren Schüler\*innen gebe es kaum Mobbing. Der Umgang sei sehr sozial und es herrsche ein kooperatives Klima. Die Leiterin der Förderschule sieht die Realschüler\*innen auch als Multiplikator\*innen, die diese Erfahrungen weitergeben. Sie leisteten in Familien und Freundeskreisen als Inklusionsexpert\*innen einen Beitrag, diese Idee zu verbreiten. Für Johanna Kanschäat ist das Ziel klar: „Das muss in der Gesellschaft ankommen.“

### Seit 20 Jahren gemeinsam zum Abitur

Noch einen Schritt weiter ist man an der Anna-Freud-Schule, ebenfalls in Köln. Die Schule in Trägerschaft des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) stellt sich auf ihrer Homepage als die bis heute „einzige weiterführende Schule für Körperbehinderte im Bildungsbereich der Sekundarstufe I und II in NRW und den angrenzenden Bundesländern“ dar. In der Sekundarstufe II machen hier seit mehr als 20 Jahren körperlich behinderte und nichtbehinderte Schüler\*innen gemeinsam Abitur. Seit knapp vier Jahren werden auch in der Sekundarstufe I Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet. Das Konzept sei für beide Gruppen interessant, um andere Formen des Zusammenlebens kennenzulernen, so Schulleiter Ludwig Gehlen. Den Begriff „umgekehrte Inklusion“ habe man an der Anna-Freud-Schule

### Nachgefragt

## Immer wieder Kontakte knüpfen

**Claudia ZeiBig ist Schulamtsdirektorin in Köln und unter anderem zuständig für die Aufsicht über Förderschulen für Geistige Entwicklung. Die nds hat mit ihr über die Kooperation der Pestalozzischule und der Otto-Lilienthal-Realschule gesprochen.**

**nds: Sie unterstützen die umgekehrte Inklusion, bei der die Pestalozzischule und die Otto-Lilienthal-Realschule kooperieren. Warum?**

**Claudia ZeiBig:** Die Kooperation läuft ja nicht erst seit es die Inklusion gibt. Der Kölner Stadtteil Porz war eine Modellregion, unter anderem als Kompetenzzentrum. Die Schulen haben damals viele Freiheiten bekommen, auch um solche Dinge auszuprobieren. Da konnte sich viel entwickeln. Ich finde positiv, dass die Kooperation Berührungspunkte schafft: Es entstehen Kontakte sowohl für Regelschüler\*innen als auch für Schüler\*innen mit Förderbedarf und es gibt die Möglichkeit, sich kennenzulernen und Teilhabe in der Gesellschaft zu erleben. Die geistig behinderten Schüler\*innen haben die Möglichkeit, Regelschüler\*innen zu begegnen, sich auszutauschen, voneinander zu profitieren, gemeinsame Aktionen zu machen. Und das gilt für die Regelschüler\*innen genauso. Das ist der Gewinn in so einer niedrigheligen Situation – immer wieder Kontakte zu knüpfen.

**Ist das Modell auf andere Schulen übertragbar?**

geprägt, betont er. Die kleinen Klassen an der Förderschule, andere Formen sozialen Lernens und ein gutes Ganztagsangebot machten die Schule auch für Regelschüler\*innen interessant.

Johanna Kanschäat hofft auf Nachahmer\*innen des Kooperationsmodells, wie es die Pestalozzischule und die Otto-Lilienthal-Realschule pflegen. „Es gibt Schulen, die sich für das Konzept interessieren“, sagt sie. Dafür wirbt sie. Zusätzlicher Aufwand, der anfangs erforderlich sei, lohne sich, ist die Pädagogin überzeugt. Sie wünscht sich zudem bessere Möglichkeiten der wissenschaftlichen Begleitung, um das Konzept der „umgekehrten Inklusion“ auch durch Daten untermauern zu können. //

An einigen Stellen laufen ähnliche Kooperationen. Auf der anderen Rheinseite zum Beispiel, im Kolkrabenweg, gibt es eine weitere Förderschule für Geistige Entwicklung. Im selben Gebäude ist jetzt eine Grundschule. An solchen Punkten beginnt Gemeinsames Lernen – nicht strukturell, indem alle in einer Klasse sitzen, sondern über Begegnungen, über Projekte, über gemeinsames Feiern. Solche Prozesse finden auch immer über das Lehrerzimmer statt, weil die Kolleg\*innen, die das begleiten, im engen Austausch sind.

**Welche Voraussetzungen müssten gegeben sein, damit das Modell Nachahmer\*innen finden kann?**

Ich glaube gar nicht, dass es viel Widerstand gegen dieses Modell der Kooperation gibt. Ich bin der Meinung, dass es am besten funktioniert, wenn es sich situativ entwickelt. Es braucht also eine räumliche Nähe. Wenn ein Teil der Beteiligten erst eine halbe Stunde durch die Stadt fahren muss, sind das gewiss nicht die richtigen Voraussetzungen.

Ich glaube außerdem, dass es hilfreich ist, wenn Lehrkräfte eine offene Haltung zur Inklusion – auch zum Modell der „umgekehrten Inklusion“ – entwickeln. Dann kann man zum Beispiel in Leseprojekte einsteigen, dann kann man über Sport etwas machen. Es hängt zunächst an den Menschen und an den Ideen – nicht ausschließlich an Räumen und Ressourcen.

*Die Fragen für die nds stellte Rüdiger Kahlke.*



**Pestalozzischule Köln: Inklusion umgekehrt**

[www.tinyurl.com/pestalozzischule-inklusion](http://www.tinyurl.com/pestalozzischule-inklusion)



**Otto-Lilienthal-Schule Köln: Aktuelles und Infos zum Konzept der Schule**

[www.otto-lilienthal-schule.com](http://www.otto-lilienthal-schule.com)



**Anna-Freud-Schule Köln: Aktuelles und Infos zum Konzept der Schule**

[www.anna-freud-schule.de](http://www.anna-freud-schule.de)



**Rüdiger Kahlke**  
freier Journalist



Hier entstehen Freundschaften: Von der Kooperation der Kölner Schulen profitieren die Realschüler\*innen ebenso wie die Förderschüler\*innen. Fotos: R. Kahlke

Landtag diskutiert Schulstruktur

## Welche Zukunft haben Sekundarschulen?

**Die Mehrheit der Fraktionen im Schulausschuss des Landtags NRW hat Ende 2017 einem Antrag von CDU und FDP zugestimmt: „Zweizügige Fortführung von Sekundarschulen ermöglichen – Eltern, Lehrern und Gemeinden im ländlichen Raum Planungssicherheit geben“. Es besteht die Gefahr, dass die Landespolitik zu kurz springt bei der Neujustierung der Schulstruktur.**

Die Sekundarschule ist Resultat des Schulkonsenses aus dem Jahr 2011. CDU, SPD und GRÜNE einigten sich damals auf die Einführung einer neuen Schulform und glaubten eine Lösung gefunden zu haben, wie bei weiter zurückgehenden Schüler\*innenzahlen ein leistungsfähiges und ortsnahes Schulangebot aufrechterhalten werden kann.

### **Kooperative Form der Sekundarschule nicht akzeptiert**

Die Einführung der Sekundarschule wurde begleitet von einer Änderung der Landesverfassung. Nach Streichung der sogenannten Hauptschulgarantie steht dort nun in Artikel 10, dass das Land „ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Schulwesen (gewährleistet), das ein gegliedertes Schulsystem, integrierte Schulformen sowie weitere andere Schulformen ermöglicht“.

Betrachtet man heute den Entwicklungsstand der neuen Schulform Sekundarschule, ist zunächst spannend, welche Akzeptanz die unterschiedlichen Modelle der Sekundarschule gefunden haben. Schnell wird klar, dass sie eher als kleine Schwester der Gesamtschule gewünscht wird beziehungsweise systemisch betrachtet neben der Gesamtschule als gleichfalls integrierte Schulform steht.

Die kooperative Form der Sekundarschule findet sich praktisch nicht, favorisiert wurden im Schuljahr 2016/2017 die integrierte Form

mit 20,5 Prozent und mit 78,5 Prozent die teilintegrierte Variante, die im Wesentlichen dem Modell der Gesamtschule entspricht. Zeitweise gab es landesweit keine öffentliche Sekundarschule mit kooperativer Organisationsform mehr.

### **Sekundarschulen teilweise gefährdet**

Im Schuljahr 2016/2017 wurden 79 Prozent der Sekundarschulen drei- oder vierzünftig geführt. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass einige der aktuell 113 Sekundarschulen bei derzeitiger Rechtslage im Bestand gefährdet sind und mangelnde Nachfrage Sekundarschulgründungen verhindert hat. Es bleiben Zweifel daran, ob das Hauptziel des Schulkonsenses – ein ortsnahe Angebot einer weiterführenden Schule landesweit zu gewährleisten – dauerhaft erreicht werden kann.

Im Dezember 2017 hat die Landesregierung dargelegt, dass 15 Sekundarschulen zum Schuljahr 2017/2018 die Anmeldezahlen für eine Dreizügigkeit nicht erreicht haben. Es sind deutlich überwiegend Sekundarschulen im ländlichen Raum: Alpen, Altena/Nachrodt-Wiblingwerde, Borchen, Eitorf, Engelskirchen, Halver, Herten, Möhnesee, Neuss, Reken, Rosendahl/Legden, Velen, Wetter, Wickede und Willebadessen.

Vor diesem Hintergrund scheint zunächst schlüssig, dass die Fraktionen im Landtag argumentieren, dass Sekundarschulen die rechtliche Gewissheit erhalten sollen, auch über einen längeren Zeitraum zweizügig fortgeführt werden

zu können. So sollen insbesondere letzte Schulangebote der Sekundarstufe I im ländlichen Raum gesichert werden. Mit Blick auf eine Weiterentwicklung der Sekundarschule wollen CDU und FDP jedoch auch qualitative Aspekte der jeweiligen Ausgestaltung berücksichtigen.

Schwer verständlich ist daher, dass SPD und GRÜNE zugestimmt haben, die Landesregierung möge prüfen, ob und wie gymnasiale Standards in der Sekundarschule umgesetzt werden. Nimmt man hinzu, dass CDU und FDP in der Vergangenheit gefordert haben, dass die Schulaufsicht die Schulträger stärker auf die nicht nachgefragte kooperative Form der Sekundarschule verweisen solle, so scheint die Verbundschule Blaupause der Koalition zu sein.

Würde sich die Politik darauf beschränken, allein die Zügigkeit von Sekundarschulen in den Blick zu nehmen und die Rechtslage zu ändern, wäre vielleicht etwas Zeit gewonnen und eine qualitative Neujustierung der Sekundarschule zu deren Lasten vermieden. Eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Schulsystems erfordert es jedoch, den Rahmen weiter zu spannen.

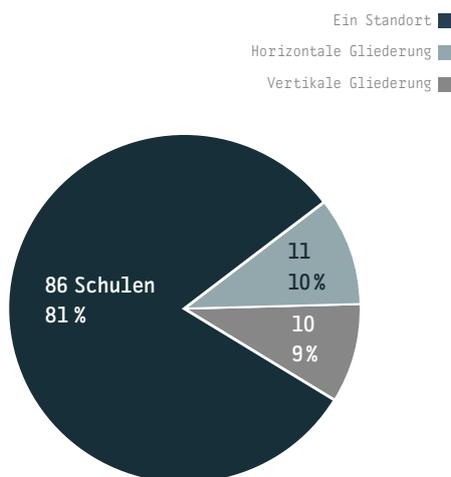
### **Landesregierung muss aktiv werden**

Aus Sicht der GEW NRW ist die Landespolitik gefragt, mehr Verantwortung für das Schulangebot vor Ort zu übernehmen. Hierbei darf – im Großen – die (langfristige) Reduzierung der Anzahl der Schulformen kein Tabu sein. Der Schulkonsens sichert den Status quo bis zum Jahr 2023. Diese Zeitspanne ist deutlich zu lang, die Politik muss vorher tätig werden und neu justieren. Zudem muss – im Kleinen – Verantwortung übernommen werden, wenn Teilstandorte unvermeidlich sind. Dass dann



Foto: Kamerakind / photocase.de

**Anzahl der Sekundarschulstandorte im Schuljahr 2016/2017**



Quelle: Landesregierung NRW

deutlich mehr Ressourcen erforderlich sind, sollte endlich akzeptiert und finanziert werden.

Wenn über die Neujustierung gestritten wird, muss mit in den Blick genommen werden, dass das Schulsystem Bedingungsgröße für soziale Segregation ist. Dazu schreibt Dietrich Scholle, langjährig als Schulaufsichtsbeamter im Bezirk Münster tätig, in „Integrierte Schule Aktuell“: „Ausgehend von den Erfahrungen mit dem dreigliedrigen Schulsystem ist festzustellen: Je zersplitterter (vielfältiger) ein Gesamtsystem organisiert ist,

- ◆ desto stärker bildet sich eine Hierarchie zwischen den Schulformen heraus,
- ◆ desto stärkere Effekte der sozialen Segregation und Selektion werden erzeugt,
- ◆ desto größer ist die Restschulproblematik und
- ◆ desto weniger leistungsfähig ist das Gesamtsystem.“

**Breite Diskussion erforderlich**

Ermuntert durch die „Politik der Ermöglichung“ der rot-grünen Landesregierung nach 2011 halten die Schulträger\*innen in NRW eine Vielzahl von Systemvarianten vor. Eine Gemeinsamkeit jedoch ist feststellbar. Eine derzeitige Hauptaufgabe kommunaler Schulentwicklung ist die Definition „auslaufender Schulen“. Landesweit sind aktuell fast 500 Schulen auslaufend gestellt, davon mehr als 300 der noch existierenden Hauptschulen und etwa 170 Realschulen. Welche Perspektiven zeigt die Politik hier auf? Wie kann der Prozess gestaltet werden, damit sich die Belastungen für Lernende und Lehrende in Grenzen halten? Müssen Gründungsbedingungen für Sekundarschulen geändert werden, um Brüche zu vermeiden? Was stärkt integrierte Schulen und welche Gelingensbedingungen benötigen sie? Welche Wege zum Abitur ohne Schulformwechsel sind landesweit möglich?

Wer die Sekundarschulentwicklung sowie das Agieren von Schulträgern betrachtet, kann das Thema Privatschulen nicht aussparen. Hier sind – aus der Not geboren und nicht selten der mangelnden interkommunalen Kooperation geschuldet – Fehlentwicklungen offenbar, die dringend korrigiert werden müssen.

Die Debatte und die Beschlussfassung zum breit unterstützten Antrag zur Zweizügigkeit von Sekundarschulen sind also hoffentlich der Beginn einer breiten Diskussion über die Neujustierung des Schulkonsenses. Die GEW NRW wird sich daran engagiert beteiligen. //

- + [www.gew-nrw.de/sekundarschule](http://www.gew-nrw.de/sekundarschule)
- Landtag Nordrhein-Westfalen: Antrag „Zweizügige Fortführung von Sekundarschulen ermöglichen – Eltern, Lehrern und Gemeinden im ländlichen Raum Planungssicherheit geben“ [www.tinyurl.com/antrag-sekundarschule](http://www.tinyurl.com/antrag-sekundarschule)
- Bildungspartner NRW: Evaluationsbericht 2017 – Befragung der Institutionen und Schulen [www.tinyurl.com/bildungspartner-nrw-16-17](http://www.tinyurl.com/bildungspartner-nrw-16-17)
- Landesregierung NRW: Bericht zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen. [www.tinyurl.com/bericht-gesetz-schulstruktur](http://www.tinyurl.com/bericht-gesetz-schulstruktur)
- Landesregierung NRW: Entwicklung der Sekundarschulen in Nordrhein Westfalen. [www.tinyurl.com/entwicklung-sekundarschulen](http://www.tinyurl.com/entwicklung-sekundarschulen)



**Michael Schulte**  
Geschäftsführer der GEW NRW



**CREATIVA**

Europas größte Messe für kreatives Gestalten

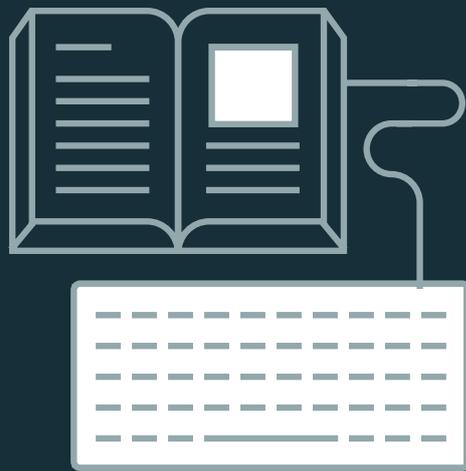
**14.-18.03.2018**  
Messe Dortmund

[www.messe-creativa.de](http://www.messe-creativa.de)

Medienpädagogik in Schule und Unterricht

# Medienkompetenz als Schlüssel für digitale Bildung

Die Diskussion um digitale Medien im Schulunterricht erlebt aktuell eine hohe Dynamik. Spätestens seit Bildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka im Oktober 2016 bekannt gab, im Rahmen einer „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ Schulen bei der Digitalisierung mit dem DigitalPakt#D – also mit fünf Milliarden Euro – zu unterstützen, erfährt das Thema zunehmend Brisanz. Medienkompetenz ist in diesem Zusammenhang einer der Schlüsselbegriffe.



Der Begriff der Medienkompetenz hebt darauf ab, dass neben der medientechnischen Ausstattung von Schulen auch mediale Umgangsweisen und Vermittlungsformen von Nutzer\*innen betrachtet werden müssen. Er basiert auf sprach- und kommunikationswissenschaftlichen Grundlagen und ist in den 1990er Jahren theoretisch begründet und konzeptionell ausgearbeitet worden. Hintergrund waren die zunehmend den Alltag beeinflussenden Informations- und Kommunikationstechnologien – damals noch in Form von Videorecordern, PCs und auch erste Anfänge der Internettechnologie.

## Vier Dimensionen der Medienkompetenz

Prof. Dr. Dieter Baacke, Begründer des Konzepts, bezeichnet Medienkompetenz als „die Fähigkeit, in die Welt aktiv aneignender Weise auch alle Arten von Medien für das Kommunikations- und Handlungsrepertoire von Menschen einzusetzen“. Zur Operationalisierung schlägt er mit Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung vier Dimensionen vor:

Die Medienkritik betrachtet weniger erworbenes Faktenwissen und praktische Fähigkeiten des Medienumgangs. Vielmehr liegt der Fokus auf dem Metawissen, wie dem Erkennen und Erfassen verschiedener Zusammenhänge und Zielsetzungen bestimmter medialer Vorgänge.

Der Medienkunde unterliegt eine geringere Abstraktion als der Medienkritik. Sie umfasst aktuelle, aber auch klassische Wissensbestände über Medien. Die Mediennutzung befasst sich konkret mit den verwendeten Medienumgebungen und der Nutzungsqualität. Im Bereich der Mediengestaltung werden die Benutzer\*innen als Medienproduzent\*innen definiert, damit eine Erfassung des kreativ-gestalterischen Aspekts der Mediennutzung möglich ist.

## Digital Natives: Angeborene Bedienkompetenz und fehlende Medienkritik

Medienkompetenz im Sinne von Dieter Baacke fokussiert insofern weder eine rein technische Kompetenz, noch verbleibt sie auf einer theoretischen Ebene. Im Alltagsverständnis wird Medienkompetenz häufig auf die instrumentell-qualifikatorischen Fähigkeiten im Sinne einer Bedienkompetenz reduziert. Sie wird Heranwachsenden zudem a priori zugesprochen, da ihnen als Digital Natives (deutsch: Personen, die in der digitalen Welt aufgewachsen sind) entsprechende Fähigkeiten vermeintlich angeboren sind.

Diese Sichtweise ist aus medienpädagogischer Perspektive streng zurückzuweisen, da sie zu einem verkürzten Verständnis von Medienkompetenz führt. Empirische Studien belegen darüber hinaus, dass Heranwachsende zwar über Bedienkompetenz verfügen, bei den anderen Medienkompetenzdimensionen – wie etwa Medienkritik – jedoch deutliche Defizite bestehen.

Im Baackschen Modell wird keine der vier Dimensionen vorangestellt oder eine Bewertung vorgenommen. Vielmehr bauen die vier Dimensionen aufeinander auf und ergänzen sich gegenseitig. So wäre eine umsichtige Kritik beziehungsweise Analyse einer Fernsehsendung nicht vollständig möglich ohne beispielsweise Kenntnisse über gewisse Produktionsbedingungen – wie öffentlich-rechtlich versus privat oder Abwägen von Gewinnorientierungen. Haben Mediennutzer\*innen darüber hinaus schon einmal selbst eine Kamera in der Hand gehabt oder einen Film geschnitten, eröffnen sich ihnen Einblicke darüber hinaus, etwa in Bezug auf gestalterische Elemente.

## Lehrer\*innen müssen auf neue Entwicklungen reagieren

Der Erwerb von Medienkompetenz erfolgt zum einen im Rahmen von (Selbst-)Sozialisationsprozessen, zum anderen ist medienpädagogisches Handeln innerhalb verschiedener Bildungssettings – wie insbesondere in der Schule – erforderlich. Das umfassende Begriffsverständnis verdeutlicht, wie facettenreich eine Medienkompetenzvermittlung erfolgen muss, um alle Dimensionen hinreichend zu berücksichtigen. Zudem steigen die Ansprüche diesbezüglich stetig, da neue Medienentwicklungen, etwa mobile Endgeräte und die darauf abrufbaren, sich laufend verändernden und erweiterten Anwendungen, eine Adaption der Medienkompetenzvermittlung erfordern. Lehrer\*innen stehen hier vor der Aufgabe, immer wieder auf neue Entwicklungen reagieren zu müssen.

Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, ist eine individuelle Medienkompetenz von Lehrer\*innen eine notwendige und wesentliche, aber nicht hinreichende Voraussetzung für einen gezielten und sachgerechten Medieneinsatz in der Schule. Zusätzlich bedarf es einer medienpädagogischen Kompetenz der Lehrenden. Sie umfasst neben der individuellen Medienkompetenz der Lehrperson mediendidaktische und medienerzieherische Fähigkeiten sowie eine auf Medien bezogene Schulentwicklungs-kompetenz.

## Von PowerPoint bis Augmented Reality: Lernen mit Medien

Mediendidaktik bezieht sich auf das Lernen mit Medien. Hier kommen digitale Medien als Hilfsmittel zur Unterstützung des Lehrens und Lernens zum Einsatz – unter anderem Tablet-PCs

mit entsprechenden Anwendungen. Die Potenziale digitaler Technologien zur Unterstützung des Lernens und des Lehrens sind vielfältig. Beispielsweise lassen sich mit Hilfe von Präsentationssoftware wie PowerPoint, Prezi oder Sway Lerninhalte anschaulicher gestalten und aufbereiten. Durch Foto-, Video- und Simulationssoftware ist die Visualisierung komplexer Lerngegenstände möglich. Im Idealfall ist gar die Simulation von realen Gegebenheiten mittels Simulationssoftware, Datenbrillen oder Augmented-Reality-Anwendungen denkbar.

Lernplattformen fördern die Kommunikation und Kooperation unter Lernenden und Lehrenden. Mind-Mapping-Apps dienen der Systematisierung und Strukturierung von Lerninhalten. Es ist zudem möglich, mithilfe von elektronischen Prüfungsformaten den individuellen Lernstand der Schüler\*innen zu ermitteln und Tests durchzuführen. Nicht zuletzt erlauben Instrumente wie ein E-Portfolio die Reflexion von Lerninhalten und können damit zu einer vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Lerngegenstand anregen. Basis für die Integration in den Unterricht bilden Grundannahmen und Konzepte aus der allgemeinen Didaktik wie die Integration individueller und kooperativer (schüler\*innenzentrierter) Lernformen, die sich mit lehrer\*innenzentrierten Unterrichtsphasen abwechseln.

### Von Fakenews bis WhatsApp: Lernen über Medien

Medienerzieherische Aspekte wiederum umfassen das Lernen über Medien. Phänomene wie Hate Speech, Shitstorm, Fakenews,

Socialbots und Filterblasen bestimmen den gesellschaftlichen Diskurs und fordern pädagogische Fachkräfte zum (medien-)erzieherischen Handeln auf. Darüber hinaus ist es notwendig, dass Schüler\*innen auch Hinweise zum sensiblen Umgang mit persönlichen Daten und zur Datensparsamkeit erhalten. Durch die zunehmende Datafizierung und Algorithmisierung von Datenströmen gewinnt die Thematik verstärkt an Bedeutung.

So nutzen beispielsweise 94 Prozent der Zwölf- bis 19-Jährigen den Kommunikationsdienst WhatsApp mehrmals die Woche und geben damit vermutlich unkontrolliert persönliche Daten preis. Solche Aspekte, die der Medienkompetenzdimension Medienkritik zugeordnet werden können, müssen im Schulalltag aufgegriffen werden. Mediennutzung in Schule und Freizeit ist völlig unterschiedlich. Das erschwert die Integration medienpädagogischen Handelns in den Schulunterricht zusätzlich.

### Schule muss sich öffnen für neue Lehr- und Lernszenarien

Schule ist gekennzeichnet durch rigide Strukturen bezüglich Räume, Zeiten, Wissenskontrolle und sozialen Praktiken. Währenddessen weisen soziale Netzwerke prinzipiell keine (dinglichen) Räume, keine Synchronität, keine (offensichtlichen) Wissensgatekeeper und weniger hierarchische Strukturen auf. Um eine Verschränkung zwischen formalen (schulischen) und außerschulischen Bildungskontexten zu erzielen und damit an die Lebenswelt von Heranwachsenden besser anzuknüpfen, muss sich Schule öffnen für neue Lehr- und Lernszenarien. //



**Jun.-Prof'in Dr. Anna-Maria Kamin**  
Professur für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Medienpädagogik im Kontext schulischer Inklusion an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld



**Dipl. Päd. Philip Karsch**  
wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld



#### GEW NRW: Medienkompetenz eröffnet Bildungschancen

[www.tinyurl.com/pc-projekt](http://www.tinyurl.com/pc-projekt)



#### Bildungsportal: Medienberatung NRW

[www.medienberatung.nrw.de](http://www.medienberatung.nrw.de)



#### Landesanstalt für Medien: Medienscouts NRW

[www.medienscouts-nrw.de](http://www.medienscouts-nrw.de)



#### Medienkompetenzportal NRW: Begriffs- bestimmung Medienkompetenz nach Erziehungswissenschaftler und Medien- pädagoge Prof. Dr. Dieter Baacke

[www.medienkompetenzportal-nrw.de/grundlagen/begriffsbestimmung](http://www.medienkompetenzportal-nrw.de/grundlagen/begriffsbestimmung)



#### Michael Härtel: Digitale Medien in der betrieblichen Berufsbildung – Medienan- eignung und Mediennutzung in der Alltags- praxis von betrieblichem Ausbildungspersonal (Zwischenbericht)

[www.tinyurl.com/haertel-digitale-medien](http://www.tinyurl.com/haertel-digitale-medien)



#### Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest: JIM-Studie 2017

[www.tinyurl.com/mpfs-jim-2017](http://www.tinyurl.com/mpfs-jim-2017)



#### Mandy Schiefner-Rohs: Medienbildung in der Schule. In: MedienPädagogik. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung

[www.tinyurl.com/medienbildung-schule](http://www.tinyurl.com/medienbildung-schule)









TVöD-Tarifrunde: Forderungen der GEW

## Schon wieder Streik?

**Die nächste große Hürde für die Tarifrunde 2018 ist genommen: Die Gewerkschaften und der Beamtenbund haben sich auf gemeinsame Forderungen verständigt. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200,- Euro bekommen.**

Schon wieder Streik? Diese Frage höre ich gelegentlich. Und ich zucke zusammen. Was meint die Kollegin? Was meint der Kollege? Soll es ein Hinweis auf Streikmüdigkeit sein oder bloß der höfliche Ausdruck, der die Vergänglichkeit der Zeit in eine Frage kleidet? Die erste, die rationale Antwort: Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde.

Die Beschäftigten im Bereich des Bundes und der Kommunen haben im Frühjahr des Jahres 2016 gestreikt. Das Verhandlungsergebnis stand Ende April 2016 fest. Wir hätten auch den Tag der Arbeit im Mai zur Mobilisierung genutzt, doch das letzte, durch Streiks beförderte Verhandlungsergebnis erschien allen Beteiligten tragfähig. Dann mussten die Gremien über das Tarifergebnis entscheiden. Die Phase der Information unserer Mitglieder begann. Große grobe, aber auch kleine zarte Fragen wurden beantwortet. Von der GEW-Kreis- und Stadtebene über die Bezirke bis zu den Landesverbänden und zum Hauptvorstand waren viele Gewerkschafter\*innen einbezogen. Im Frühsommer ebte die Anfragewelle ab.

### Vorbereitungen im September

Nur ein Jahr später, im September 2017, haben wir mit einem GEW-Vorbereitungstreffen in Wiesbaden die Tarifrunde 2018 politisch, strategisch und organisatorisch angeschoben und vorgedacht, haben uns bewusst Zeit zur vertiefenden Debatte geschenkt. Im November 2017 begann die Forderungsdiskussion, die am

7. Februar 2018 mit dem Forderungsbeschluss des Koordinierungsvorstandes abgeschlossen wurde, vorbereitet durch die GEW-Bundestarifkommission, in der viele ehrenamtlich aktive Gewerkschafter\*innen engagiert sind. Einen Tag später haben die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst ihre Ergebnisse der Mitgliederdiskussion zusammengetragen und einen gemeinsamen Forderungskatalog aufgestellt. So ist es gute Tradition. Es wäre nicht klug, wenn die Arbeitgeber\*innen uneinige Gewerkschaften genüsslich sezieren könnten.

### Gerechte und zeitgemäße Bezahlung

Es ist nicht nur die gefühlte und belegbare Inflation, die ein Umdenken bei den Arbeitgeber\*innen nötig machen muss. Wir haben es mit einem eklatanten Fachkräftemangel zu tun, der die Arbeitsfähigkeit der öffentlichen Hand zwar nicht immer einschränkt, aber deutlich belastet. Und das auf dem Rücken der Kolleg\*innen, die in den Kindertagesstätten, in der sozialpädagogischen Arbeit in den verschiedenen Einrichtungen, von der Sozialarbeit bis zu Forschung und Wissenschaft tagtäglich alles geben.

Zu einem attraktiven öffentlichen Dienst gehört nicht nur, aber eben auch eine gerechte und zeitgemäße Bezahlung. Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst fordert die GEW eine deutliche Verbesserung bei den Einkommen: Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um sechs Prozent,

mindestens aber um 200,- Euro monatlich erhöht werden. Dabei muss auch die Laufzeit in den Blick genommen werden. Schließlich ist es ein Unterschied, ob die Prozentforderung auf zehn Jahre oder ein Jahr erhoben wird. Wir fordern, wie in den vergangenen Jahren auch, eine Laufzeit von einem Jahr. Das muss in dieser Tarifrunde thematisiert werden, denn in wirtschaftlich guten Zeiten ist eine kürzere Laufzeit für uns besser als eine längere.

Wir haben aber noch eine Beschäftigtengruppe, die in besonderer Weise von Tarifregelungen ausgeschlossen ist. Die angestellten Lehrkräfte im Länderbereich haben mit Abschluss des Tarifvertrags über eine Entgeltordnung (TV EntgO-L) endlich tariflichen Schutz erhalten. Den kommunalen angestellten Lehrkräften wird dieser Schutz verweigert. Bei den Kommunen angestellte Lehrkräfte an Schulen, für die der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes Bund und Kommunen (TVöD) gilt, gibt es in Bayern. Deswegen haben wir den Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern e. V. (KAV) und auch die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zu Tarifverhandlungen aufgefordert.

### Solidarität in GEW-Landesverbänden

Unsere Kolleg\*innen aus Bayern brauchen für ihre Auseinandersetzung die Unterstützung und die Solidarität – auch aus den anderen GEW-Landesverbänden. Es geht um über 3.000 Kolleg\*innen, davon weit mehr als 1.000 in den Entgeltgruppen (EG) unterhalb der EG 13, in der eine tarifliche Eingruppierung Auswirkungen hat. Unsere Bundestarifkommission für den Bereich Bund und Kommunen hat daher auch diese Forderung im Rahmen der TVöD-Runde 2018 erhoben: „Die Eingruppierung angestellter





Lehrkräfte im Geltungsbereich des TVöD-VKA soll tariflich geregelt werden.“ Was sperrig klingt, ist ein tagesaktuelles Thema in Bayern, wo die Arbeitgeber\*innen sich ideologisch einmauern.

Diese Forderungen können mit Streiks bekräftigt werden, denn dafür besteht keine Friedenspflicht. Alarmiert durch die strengere Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts seit anderthalb Jahren hinsichtlich der noch feinsinnigeren Unterscheidung zwischen streikfähigen und nicht streikfähigen Forderungen und dem Problem, dass nur eine einzige nicht streikfähige Forderung die anderen verdirbt – die Rührei-Theorie –, müssen wir sauber abgrenzen, um uns juristisch nicht angreifbar zu machen. Forderungen, die der Friedenspflicht unterliegen,

erscheinen wie schon immer nicht auf dem Streikaufruf. Zur deutlicheren Unterscheidbarkeit und um die Bedeutung klarer zu machen, werden sie jetzt nicht mehr Forderungen genannt, sondern Erwartungen.

### Angleichung der Jahressonderzahlung

Zentrale Erwartung fast drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall ist die Angleichung der Jahressonderzahlung Ost an die Westregelung für unsere Mitglieder von Kap Arkona bis zum Fichtelberg. Und es ist faszinierend, welchen Rückhalt die Kolleg\*innen in den östlichen Bundesländern aus den westlichen Regionen erhalten. Ich komme aus dem Osten und kenne die Arbeitgeber\*innen dort. Sie drohen gern mit dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband, also mit Tariffucht, und ziehen das auch durch. Deshalb bin ich dankbar für die Unterstützung, die wir insgesamt erfahren: Von Aachen bis Zittau, von Zeitz bis Augsburg sind wir in unserem gerechten Kampf vereint.

Die Arbeitgeber\*innenseite übergeht galant die Tatsache, dass Bund und Kommunen auch im vergangenen Jahr ein Haushaltsplus verzeichnet haben und nach den aktuellen Prognosen weiterhin mit steigenden Einnahmen rechnen können. Dass es trotzdem noch überschuldete Kommunen gibt, liegt an einer falschen Verteilung der Staatseinnahmen. Jede\*r kennt dafür Beispiele wie auffällige Schulen und löchrige Straßen.

Werden die Arbeitgeber\*innen uns freiwillig die berechtigten Forderungen und Erwartungen erfüllen? Ich habe Zweifel. Ein Blick in die Tarifgeschichte des öffentlichen Dienstes zeigt, dass ohne Druck und ohne Mut zur Auseinandersetzung kein Tarifergebnis zu erringen ist. Gerade in

Zeiten des Angriffs auf den Flächentarifvertrag in den Jahren 2000 bis 2005 wurde deutlich, dass sich auch öffentliche Arbeitgeber\*innen nicht scheuen, ein bewährtes System infrage zu stellen. Sie versuchten, die Gewerkschaften auszutesten. Doch wir konnten gemeinsam – wenn auch mit Blessuren – diesen Angriff auf das Flächentarifvertragssystem abwenden. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst haben diesen Tarifvertrag dann kräftig weiterentwickelt. Das konnte nur gelingen, weil die Kolleg\*innen die Einrichtungen und Betriebe tage- und wochenweise geschlossen hielten, trotz des Drucks der Arbeitgeber\*innen.

### Streik erfordert eine Portion Mut

Nein, wir wollen nicht die Eltern treffen. Wir wollen die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen verbessern. Streiks fallen niemandem leicht, sie kosten Überwindung und erfordern Mut und Engagement. Wir haben auch die Solidarität der Eltern, der Bürger\*innen erlebt, die sagen: „Endlich wehrt ihr euch!“ Sie haben verstanden, dass Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auch ihren Kindern zugutekommen.

Schön sind auch die Erinnerungen an die vielen Streikfrühstücke mit Brötchen und Erdbeermarmelade im Streiklokal, wo eine bunte Gemeinschaft entstanden ist, man redete und sich austauschte, von dienstlichen bis privaten Dingen. Danach ging es raus zur Kundgebung mit den letzten Schneegrüßen des Winters an den Schuhen oder der prallen Aprilsonne im Gesicht. Wir standen stundenlang auf der Streik Kundgebung und hielten die selbstgebastelten Schilder und Plakate hoch. Engagement und Zusammengehörigkeitsgefühl allerorten. Und diese Welle trägt und beeindruckt auch jedes Mal die Arbeitgeber\*innen, von der kommunalen Seite bis zum Bund.

Die emotionale Antwort ist eindeutig: Ja, schon wieder Streik! //



**GEW: Tarifrunde 2018 Bund und Kommunen – Tariffinformation Nr.1**

[www.tinyurl.com/tvoed2018-tarifinfo-1](http://www.tinyurl.com/tvoed2018-tarifinfo-1)



**GEW NRW: Sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200,- Euro**

[www.tinyurl.com/gew-nrw-forderungen](http://www.tinyurl.com/gew-nrw-forderungen)



**GEW NRW: Bund und Kommunen**

[www.gew-nrw.de/bund-kommunen](http://www.gew-nrw.de/bund-kommunen)

## TVöD-Tarifrunde

### Die Forderungen im Überblick

**Die Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW sowie der Beamtenbund haben sich für die Tarifrunde 2018 auf gemeinsame Forderungen verständigt.**

Sechs Prozent Lohnsteigerung und ein Ausgleich zwischen den Tarifgebieten Ost und West stehen auf dem Plan. Konkret lautet die Forderung sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200,- Euro. Darüber hinaus erwarten die Gewerkschaften, dass die Jahressonderzahlung für das Tarifgebiet Ost auch für den kommunalen Bereich an das West-Niveau angeglichen wird. Fast 30 Jahre nach der deutschen Einheit zahlen die Kommunen im Tarifgebiet Ost nur 75 Prozent der Sonderzahlungen im Westen. Auch die Entgelte von Auszubildenden und Praktikant\*innen sollen um 100,- Euro monatlich angehoben werden.

Berthold Paschert,  
Pressesprecher der GEW NRW



**Daniel Merbitz**

Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW, Leiter Tarif- und Beamtenpolitik



TVÖD-Tarifrunde: Fachkräftemangel in Kitas

## Veränderung als einzige Konstante

**Die Anforderungen an Erzieher\*innen sind in den vergangenen Jahren gestiegen: gesetzliche Rahmenbedingungen änderten sich, Ausbildungsinhalte wurden komplexer, Fachkräfte fehlen. Nur die Bezahlung bleibt seit Jahren gleichbleibend gering. Es ist höchste Zeit, auch daran mit der TVÖD-Runde etwas zu ändern.**

Bildung ist in Deutschland noch immer eine Aufgabe der Bundesländer. So sind die Einstellungsbedingungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich geregelt, ebenso die Gruppengrößen sowie die Übermittagsbetreuung. Sind in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel Horte komplett abgeschafft worden, so existieren sie weiterhin in Baden-Württemberg und Bayern.

Die gesamte frühkindliche Bildung ist seit etwa einem Jahrzehnt einem starken Wandel unterworfen. Gründe dafür sind veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen sowie neue wissenschaftliche Erkenntnisse. Neben der Arbeit am Kind stehen verstärkt Planung und Steuerung der Bildungsprozesse sowie deren Dokumentation im Vordergrund der Arbeit, die von unterschiedlichen Berufsgruppen gemeinsam geleistet wird. All das muss gut organisiert und gesteuert werden, damit der Prozess insgesamt gelingt. Eine angemessene Anerkennung und Honorierung des Personals, das eine moderne Kita überhaupt erst ermöglicht, bleibt jedoch aus. Deswegen kämpfen Gewerkschafter\*innen in der anstehenden Tarifrunde für eine bessere Bezahlung der Fachkräfte.

### PISA-Studie rüttelte die deutsche Bildungslandschaft auf

Den Anfang der grundlegenden Veränderung des Kitabereichs machte die erste PISA-Studie im Jahr 2000. Die Ergebnisse rüttelten Deutschland stark auf, sodass im Bereich der frühkindlichen Bildung die Qualifizierung der pädagogischen Mitarbeiter\*innen überprüft wurde. Man hatte erkannt, dass gut ausgebildete Fachkräfte gute Bildungsarbeit in den Einrichtungen zur Folge hat. Es wurden Studiengänge mit dem

Abschluss des\*der Kindheitspädagog\*in eingeführt und die Fachschulausbildung reformiert. Bildungsexpert\*innen diskutierten sogar darüber, die Fachschulausbildung abzuschaffen und nur noch Studiengänge zuzulassen. Mittlerweile laufen beide Ausbildungsformate parallel.

Durch die Einführung des Kinderbildungsgesetzes – kurz KiBiz – im Jahr 2008 wurden erstmals die rechtlichen Rahmenbedingungen der Ausbildung festgelegt. Durch die neuen Regelungen mussten sich die Mitarbeiter\*innen nachqualifizieren: Kinderpfleger\*innen holten den Erzieher\*innenabschluss nach und ungelernte Kräfte mussten von nun an eine pädagogische Grundqualifizierung vorweisen.

Es gab verschiedene Übergangsregelungen für die Beschäftigten. Zwischenzeitlich sollte der Beruf des\*der Kinderpfleger\*in komplett abgeschafft werden. Dass die Idee wieder verworfen wurde, lag am Fachkräftemangel und an der Einführung der U3-Gruppen. Mittlerweile müssen alle Mitarbeiter\*innen die Einstellungsbedingungen nach dem KiBiz erfüllen, da sonst keine Einstellung erfolgen kann. Die Eingruppierung erfolgt nach dem Tarifvertrag Bund und Kommunen (TVÖD SuE S8a beziehungsweise S3) entsprechend der rechtlichen Einstellungsbedingungen.

### Kindliche Bildung im Fokus von Ausbildung und Arbeitsweise

Durch die Revision des KiBiz im Jahr 2015 rückte der Bereich der kindlichen Bildung stärker in den Vordergrund. Die Sichtweise darüber wie Kinder lernen, änderte sich grundlegend. Heute

#### Brief an Dr. Joachim Stamp

### Kitabereich braucht finanzielle Mittel

**In einem Brief weist die GEW NRW Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, am 18. Januar 2018 auf den Handlungsbedarf in Kindertagesstätten hin. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte:**

Die GEW NRW begrüßt die Unterstützung der Träger\*innen durch zusätzliche finanzielle Mittel. Diese Unterstützung reicht aber nicht aus, um die strukturelle Unterfinanzierung und die prekäre Personalsituation in den Kitas zu beheben. Dazu sind weitere Mittel in Milliardenhöhe nötig. Ein besonderes Problem ist der fortschreitende Fachkräftemangel.

Kindertageseinrichtungen sind die erste Stufe des Bildungssystems. Die Forderung der GEW NRW lautet daher: Die tägliche Betreuungszeit für Kinder in einer Kita darf neun Stunden nicht überschreiten. Voraussetzung für die Ausweitung von Randzeiten ist jedoch eine Anpassung der Personalbemessung und der Rahmenbedingungen, um das Kindeswohl und den Bildungserfolg nicht infrage zu stellen.

Die Lücke zwischen dem wachsenden Bedarf an sozialpädagogischen Fachkräften und der verfügbaren Zahl wird größer. Die Ausbildungskapazitäten müssen deshalb dringend aufgestockt und die Ausbildung sowie der Beruf der\*des Erzieher\*in insgesamt attraktiver gemacht werden. Die Ausbildung als staatlich anerkannte\*r Erzieher\*in als Mindestqualifikation für sozialpädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen muss Standard bleiben. Wegen der fehlenden Verfügbarkeit von Erzieher\*innen muss der Einsatz minderqualifizierter Fachkräfte an die Auflage für die Arbeitgeber\*innen gebunden sein, dass die Qualifikation in einem eng begrenzten Zeitraum nachgeholt werden kann. Frühe Bildung ist die Königsdisziplin der Pädagogik. An dieser Stelle werden die Besten gebraucht, die sich ihren Beruf und ihren Arbeitsplatz aussuchen können. Sie werden ihre Entscheidung auch von den Rahmenbedingungen abhängig machen.

*Dorothea Schäfer,  
Vorsitzende der GEW NRW*

## Fehlende Fachkräfte zur Umsetzung des von der Bertelsmann Stiftung empfohlenen Personalschlüssels

### Krippengruppen

Rechnerische Vollzeitstellen

So11 28.587

Ist 22.466

**-6.121 = 275 Mio. Euro**

fehlende Fachkräfte  
(Vollzeitstellen) zusätzliche  
Kosten

### Kindergartengruppen

Rechnerische Vollzeitstellen

So11 65.151

Ist 55.412

**-9.739 = 437 Mio. Euro**

fehlende Fachkräfte  
(Vollzeitstellen) zusätzliche  
Kosten

Quelle: Verlag Bertelsmann Stiftung – Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2017

sind Bildungsexpert\*innen davon überzeugt, dass Kinder kompetent sind. Sie eignen sich die Welt an und werden dabei von Fachkräften begleitet. Dabei geht jedes Kind einen individuellen Weg mit allen Herausforderungen und Chancen. Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten. Die Bildungsprozesse müssen dementsprechend geplant und gestaltet werden.

Mit der veränderten Sichtweise auf das Kind musste sich auch die Gestaltung der Bindungs- und Bildungsarbeit der pädagogischen Mitarbeiter\*innen anpassen. Die Fachkräfte sind heute keine Anleiter\*innen mehr, sondern verstehen sich als Begleiter\*innen und Förderer\*innen. In einem weiteren Schritt hatte all das Auswirkungen auf die Ausbildung der Erzieher\*innen und Kindheitspädagog\*innen. Auch in diesem Bereich musste auf die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen reagiert werden. Es wurden spezielle Bildungsbereiche geschaffen. Der Raum wurde zum „dritten Erzieher“.

### **Zu wenige Bewerber\*innen für zu viele offene Stellen**

Dass der Veränderungsprozess in der frühkindlichen Bildung noch nicht abgeschlossen ist, zeigt der anhaltende Fachkräftemangel sehr deutlich (siehe Abbildung). Es fehlen gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte, obwohl sich das Personalwachstum in Kindertageseinrichtungen in den Jahren 2015 und 2016 gut entwickelt hat. Das belegt die Auswertung „Fachkräftebarometer Frühe Bildung 2017“ des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WIFF): Seit 2014 ist die Anzahl der Arbeitnehmer\*innen um 56.500 auf zuletzt rund 666.000 angestiegen und erreichte einen neuen Höchststand. Im Ergebnis löste die Ausbau- und Förderpolitik bundesweit ein erhebliches Beschäftigungswachstum in dem Berufsfeld aus. Zwischen 2006 und 2016

wurden insgesamt mehr als 251.000 Arbeitsplätze geschaffen und ein Beschäftigungsplus von 61 Prozent erzielt. Der Aufwärtstrend lässt sich seit Beginn des Ausbaus der Angebote für Kinder unter drei Jahren im Jahr 2006 in West- und Ostdeutschland gleichermaßen beobachten, wobei die Beschäftigtenzahl im Westen mit einem Plus von 64 Prozent wesentlich stärker gestiegen ist als im Osten mit 48 Prozent.

Trotzdem haben Städte und Kommunen zunehmend Probleme, offene Stellen in einer angemessenen Zeit zu besetzen. Zurzeit gibt es nicht ausreichend Bewerber\*innen für Stellen, die unter anderem durch neue Einrichtungen und Fluktuation entstehen. Der Bedarf an pädagogischen Fachkräften nimmt kontinuierlich zu. Und er wird sich noch weiter verschärfen, weil die künftige Große Koalition aus CDU und SPD einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschüler\*innen plant. Weiterhin sollen ab dem Jahr 2020 nur noch pädagogisch qualifizierte Mitarbeiter\*innen entsprechend des KiBiz in den Einrichtungen arbeiten dürfen.

### **Anforderungen und Bezahlung passen nicht zueinander**

Im Hinblick auf die anstehende TVöD-Runde wird eines deutlich: Verglichen mit den Anforderungen der Erzieher\*innen werden sie und Personen, die in Kindertagesstätten arbeiten, nicht angemessen bezahlt. Als Folge arbeiten viele hochschulqualifizierte pädagogische Fachkräfte nur kurz in den Kindertageseinrichtungen, bis sie einen anderen Job finden.

Eine gesellschaftliche Anerkennung und Honorierung erfolgt in Deutschland über eine entsprechende Bezahlung. Gemessen an den Lebenshaltungskosten, insbesondere an den hohen Mieten, ist der Beruf nicht attraktiv. Vor allem Mütter und Väter, die eine Familie versorgen wollen, überlegen sich zweimal, ob sie in einer Kita arbeiten möchten. Mit einem

Gehalt nach S8a, verbunden mit den genannten Rahmenbedingungen, ist das äußerst schwierig. Hinzu kommt, dass die Absolvent\*innen unentgeltliche Praktika machen müssen. Diese sind unter anderem Voraussetzung dafür, den Beruf zu erlernen. Dadurch verlängert sich die Ausbildungszeit auf dreieinhalb Jahre, wobei zweieinhalb Jahre unentgeltlich erfolgen. Um dem Erzieher\*innenmangel entgegenzuwirken, wurden in der Vergangenheit verschiedene Modelle konzipiert: die praxisintegrierte Ausbildung (PIA), die Erzieher\*innenausbildung mit optimierten Praxisphasen (OptiPrax) und eine duale (orientierte) Ausbildung. Die verschiedenen Formate sollen helfen, den Ausbildungsberuf attraktiver zu machen. Ebenso erhalten die Absolvent\*innen während dieser Zeit eine Ausbildungsvergütung und müssen nicht neben der schulischen Ausbildung jobben, um die laufenden Kosten zu decken. //



**GEW NRW, DGB NRW, ver.di: Eckpunkte für ein neues Kitagesetz in NRW**

[www.tinyurl.com/dgb-nrw-gew-eckpunkte-papier](http://www.tinyurl.com/dgb-nrw-gew-eckpunkte-papier)



**DJI, WIFF: Fachkräftebarometer Frühe Bildung 2017**

[www.tinyurl.com/dji-wiff-fachkraeftebarometer](http://www.tinyurl.com/dji-wiff-fachkraeftebarometer)



**GEW NRW: Erzieher\*innen leisten viel für zu wenig Geld**

[www.tinyurl.com/gew-nrw-tarifrunde-2018](http://www.tinyurl.com/gew-nrw-tarifrunde-2018)



**GEW: ABC des TVöD inklusive Sozial- und Erziehungsdienst**

[www.tinyurl.com/gew-abc-tvoed](http://www.tinyurl.com/gew-abc-tvoed)



**GEW: Zeit für jedes einzelne Kind – Bildung. Weiterdenken!**

[www.tinyurl.com/gew-bildung-weiterdenken-kita](http://www.tinyurl.com/gew-bildung-weiterdenken-kita)



**Stefan Raffelsieper**

Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung und Erziehung in der Kindheit e.V. und Mitglied des Stadtverbands Bonn der GEW NRW





TVöD-Tarifrunde: Wertschätzung für die VHS

## „Ich will die Anerkennung unserer Leistungen sehen!“

In der Tarifrunde geht es um die Bezahlung der Beschäftigten an Volkshochschulen (VHS). Ihre Aufgaben haben sich mit dem Beginn der Fluchtbewegungen nach Europa im Sommer 2015 rasant verändert. Die gesellschaftliche Relevanz der VHS, die weit über Deutschkurse für Geflüchtete hinausreicht, spiegelt sich in den Beschäftigungsbedingungen jedoch nicht wider. Helle Timmermann, stellvertretende Leiterin der VHS Bochum, und Rabea Herzog, pädagogische Mitarbeiterin für Integrationskurse und den Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ erklären, warum eine Tarifsteigerung für sie und ihre Kolleg\*innen überfällig ist.

**nds:** Seit 2015 hat sich die gesellschaftliche Bedeutung der VHS insbesondere durch die Integration Geflüchteter verändert. Wie hat sich das auf eure Aufgaben und eure tägliche Arbeit ausgewirkt?

**Rabea Herzog:** Erstmal ist es nur mehr Arbeit geworden. Nach dem Ansturm auf die Deutschkurse in 2015 haben wir unser Kursvolumen in 2016 in diesem Bereich fast verdoppelt. Das bedeutet doppelt so viele Teilnehmende, doppelt so viele Kursleitende, doppelt so viel Verwaltung. Anfangs haben wir einfach versucht, möglichst viele Menschen mit guten Kursen zu versorgen. Unsere Kurskapazität reichte trotzdem nicht aus. Das war für die Teilnehmenden, aber auch für die Lehrenden und Planenden, wirklich frustrierend. Denn um möglichst effektiv arbeiten zu können, mussten wir erstmal viel Zeit in die Planung und Organisation der Kurse und unserer Abläufe stecken. Außerdem mussten wir uns schnell viel neues Wissen aneignen, zum Beispiel über die verschiedenen Aufenthaltstitel der Teilnehmer\*innen. Denn davon ist abhängig, wer überhaupt an einem vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Integrationskurs teilnehmen kann und welche Stelle zuständig ist. Als VHS waren wir natürlich oft die erste Ansprechpartnerin für Geflüchtete und Ehrenamtliche, für die Ausländerbehörde

oder das Jobcenter. In Bochum haben sich viele Menschen ehrenamtlich für Geflüchtete engagiert. Für sie haben wir dann Fortbildungen angeboten.

Um auf die enorme Nachfrage im Bereich der Deutschkurse zu reagieren, sind plötzlich sowohl von der Landes- als auch von der Bundesregierung zahlreiche Programme aus dem Boden gestampft worden. Es gab unterschiedliche Fördertöpfe für verschiedene Zielgruppen. Da war es anfangs schwierig, einen Überblick zu bekommen. Gefehlt hat eine zentrale Koordinierungsstelle, die eine Gesamtübersicht hat, die Bedarfe kennt und die Zuteilung übernimmt.

Die pädagogische Betreuung der Kurse ist seitdem definitiv zu kurz gekommen. Das zeigte sich dann auch relativ schnell, denn die homogene Kurszusammensetzung – meist junge Männer aus demselben Sprachraum – stellte nochmal besondere Anforderungen an pädagogische Mitarbeiter\*innen und Lehrkräfte. In den vergangenen zwei bis drei Jahren mussten wir sehr oft unsere Kursregeln erklären, zum Beispiel in Hinblick auf regelmäßige Teilnahme oder Pünktlichkeit. Manchmal ist es schwierig abzuwägen: Natürlich haben wir Verständnis dafür, dass insbesondere Kursteilnehmer\*innen, die als Geflüchtete zu uns gekommen sind, sich oft in einer sehr belastenden Situation befinden.

Aber wir haben als VHS auch einen Bildungsauftrag. Ich kann nicht 19 Personen aus einem Kurs sagen „Bitte kommt pünktlich!“ und einer Person erlauben zu kommen, wann sie möchte. In solchen Situationen Lösungen zu finden, ist oft herausfordernd.

**Helle Timmermann:** Natürlich hat sich die gesellschaftliche Bedeutung der VHS in der öffentlichen Wahrnehmung durch die Entwicklung seit 2015 noch einmal verstärkt und das ist auch erfreulich. Allerdings sollte sich diese Anerkennung und Wertschätzung nicht alleine auf unsere Deutschkurse beschränken. Sie machen zwar einen großen Anteil des Angebots aus, aber eine VHS zeichnet sich vor allem durch die Vielfalt und Qualität ihrer Angebotsstruktur aus. Dass sich auch in vielen anderen Angebotsbereichen die Anforderungen verändert haben und gestiegen sind, wird oft übersehen.

Mir ist wichtig, was die Volkshochschulen traditionell auszeichnet und in meiner Wahrnehmung eben auch von anderen Anbietern im Bereich der Erwachsenenbildung unterscheidet – zum Beispiel von der Agentur für Arbeit. Verkürzt würde ich das mit der Formel „Teilnehmer\*innen statt Maßnahmenorientierung“ beschreiben. Ausgerechnet dieses Grundprinzip sehe ich aber im Bereich der Deutschkurse tatsächlich seit 2015 tendenziell als gefährdet an.

**Ist die finanzielle Ausstattung mit den neuen Herausforderungen gewachsen?**

**Helle Timmermann:** Das hört sich so an, als wäre die finanzielle Ausstattung entsprechend den Herausforderungen mitgewachsen – so wie ein höhenverstellbarer Schreibtisch. Das ist aber leider nicht der Fall. Die finanzielle Ausstattung hat sich zwar schon ein bisschen verbessert. Die

Landesmittel wurden zum Beispiel in den nach dem Weiterbildungsgesetz (WbG) geförderten Einrichtungen etwas erhöht. Allerdings stellen die zusätzlichen Mittel nur einen Zustand wieder her, den es vor den letzten Kürzungen der Landesmittel gab. Das war ohnehin nötig. Von zusätzlichen Mitteln zum Beispiel für pädagogisches oder verwaltendes Personal sind wir leider weit entfernt. Um beim Schreibtisch zu bleiben: Für Jugendliche kauft man eben keinen Babytisch. Da hilft es dann auch nicht, ihn zwei Zentimeter höher zu stellen, wenn ein Wachstumsschub kommt.

Da erwarten wir von der Landesregierung viel mehr: Unsere Forderung, dass ein Prozent des Bildungsetats auf die Weiterbildung entfallen muss, ist nach wie vor aktuell. Erfreulich ist, dass sie in der letzten Zeit in den Medien auch immer wieder aufgegriffen wird – mit dem Zusatz übrigens, dass wir dafür noch fast eine Verdoppelung der Mittel bräuchten. Damit hätten wir dann aber noch immer keine deutliche Honorarerhöhung finanziert und noch nicht einmal die zusätzlichen Ausgaben für arbeitnehmer\*innenähnliche Beschäftigungen berücksichtigt.

Ich denke, dass vielerorts dann tatsächlich die Kommunen eingesprungen sind und noch einmal Mittel bereitgestellt haben, um den enormen Mangel einigermaßen aufzufangen. In Bochum hat die Stadt beispielsweise ein Gebäude angemietet, um den zusätzlichen Raumbedarf für Deutschkurse zu decken. Aber den tatsächlichen Finanzierungsbedarf, den eine Weiterbildungseinrichtung wie die VHS gebraucht hätte, um neben den Deutschkursen auch andere Bereiche zu stärken, konnte das natürlich nicht decken. Schließlich hat es seit 2015 – und eigentlich auch schon in den Jahren davor – auch zusätzlichen Bedarf in anderen Bereichen als nur bei den Sprachkursen gegeben. Zum Beispiel in der politischen Bildung, in der Fortbildung von Ehrenamtlichen, aber auch in den Kursen zum Erwerb von Schulabschlüssen. Die gestiegenen Anforderungen betreffen tatsächlich alle Bereiche der allgemeinen Weiterbildung. Auch den Bildungsbedarf von Geflüchteten kann man nicht nur aufs Deutschlernen beschränken und gesellschaftliche Veränderungen brauchen ebenfalls Begleitung. Dafür sind wir schließlich auch da.

Mit ein bisschen Mehrarbeit ist es vor diesem Hintergrund also wirklich nicht getan. Bei allem Engagement der Beschäftigten: Nicht jede Finanzierungslücke kann von ihnen aufgefangen werden – das geht schon gar nicht auf Dauer. Unsere Grenzen sind schon lange überschritten.

### Die verstärkte Arbeit mit Geflüchteten bringt auch Fragen und Notwendigkeiten der Traumabewältigung mit sich. Wie gehen Lehrende damit um?

**Rabea Herzog:** Ich denke, dass alle unsere Kursleiter\*innen schon ein sehr feines Gespür für psychische Auffälligkeiten der Teilnehmenden mitbringen. Viele haben schon jahrzehntelange Erfahrung in der Erwachsenenbildung oder setzen sich mit dem Thema Traumatisierung auseinander. Wir arbeiten hier auch sehr eng mit unseren Lehrkräften zusammen, denn schließlich sind sie diejenigen, die die Teilnehmenden über Monate täglich sehen und somit auch Ansprechpartner\*innen für deren Probleme sind. Wenn eine Person sich auffällig verhält, besprechen wir das gemeinsam – innerhalb des Kollegiums und mit der betroffenen Person selbst – und versuchen Lösungen zu finden.

Dabei ist es nicht immer leicht herauszufinden, was wirklich hinter dem Verhalten einer Person steckt und welche Motive sie antreiben. Ein Beispiel: Es gab bei uns einen Teilnehmer, der dauernd in seinem Integrationskurs geschlafen hat. Als der Kursleiter ihn darauf ansprach, erzählte er, dass er nachts nicht schlafen könne, weil er Angst und Alpträume habe. Im Kurs fühle er sich jedoch wohl und sicher – und dann komme die Müdigkeit. Im Normalfall würden wir Einschlafen im Kurs natürlich nicht akzeptieren. In diesem Fall haben wir das Gespräch mit dem Teilnehmer gesucht und ihn an die medizinische Flüchtlingshilfe vermittelt. Dabei stellte sich auch heraus, dass sein aktueller Kurs zu schwierig für ihn war. Wir haben ihm also einen etwas langsameren Kurs gesucht, an dem er später regelmäßig teilgenommen hat – und zwar mit Erfolg: Seinen Abschlusstest hat der Teilnehmer bestanden.

Natürlich geraten wir auch oft an unsere Grenzen: In manchen Kulturkreisen werden psychische Probleme gar nicht thematisiert und oft scheitert es an den Sprachkenntnissen. Gerade bei so sensiblen Themen können Missverständnisse schwerwiegende Folgen haben. Um das zu vermeiden, versuchen wir, die betroffenen Teilnehmenden in entsprechende Beratungsangebote in ihrer Muttersprache zu vermitteln.

Das BAMF hat für Lehrkräfte in Integrationskursen übrigens spezielle Fortbildungen zur Arbeit mit traumatisierten Geflüchteten mit bis zu 200,- Euro gefördert. Einige Kursleitende der VHS in Bochum haben das auch für sich in Anspruch genommen.

Beim Thema Traumatisierung wird aus meiner Sicht deutlich, dass die inklusive Erwachsenenbildung insgesamt im derzeitigen System viel zu kurz kommt. Sowohl Planende als auch Lehrende bräuchten hier wesentlich mehr Unterstützung. Fortbildungen zum Erkennen von Traumatisierungen reichen nicht aus. Wir brauchen auch konzeptionelle und natürlich personelle Unterstützung.

### Was müssen Beschäftigte im Hinblick auf (interkulturelle) Bildungsberatung in der VHS leisten?

**Rabea Herzog:** Ein guter Überblick über die regionale Bildungslandschaft ist sehr wichtig. Im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ gibt es zahlreiche Programme, die sich an unterschiedliche Zielgruppen richten. Gemeinsam mit zukünftigen Teilnehmer\*innen versuchen wir erst einmal, ihre Stärken, Schwächen und Ziele herauszuarbeiten, um dann das passende Angebot zu finden. Um jemanden gut beraten zu können, muss man wissen, welche Lernerfahrung und Kompetenzen ein Mensch mitbringt. Das erfordert auch immer Fingerspitzengefühl, denn oft überschätzen oder unterschätzen sich Teilnehmende selbst.



Und man muss offen und ehrlich über die Möglichkeiten sprechen. Häufig konfrontieren uns die Teilnehmenden mit unrealistischen Wünschen, zum Beispiel wenn jemand innerhalb von sechs Monaten von Sprachniveau A1 auf C1 kommen möchte, um zur Uni zu gehen. Das ist unrealistisch, denn Spracherwerb braucht seine Zeit. Außerdem weisen wir die Teilnehmenden darauf hin, dass sie sich genau über die Zugangsvoraussetzung für die Uni informieren müssen. Vielleicht müssen noch Schulabschlüsse anerkannt werden und für bestimmte Studiengänge gilt ein Numerus clausus, der den Zugang noch einmal erschwert. All das wissen viele Menschen gar nicht und das kann dann später sehr frustrierend sein. Unsere Aufgabe in der Bildungsberatung ist es also, realistisch zu bleiben, ohne die Menschen dabei zu demotivieren. Das alles erfordert auf der einen Seite eine große Sozialkompetenz und auf der anderen Seite eine sehr gute Kenntnis über die Gesetze und Strukturen.

**Helle Timmermann:** Ich nehme wahr, dass wir immer häufiger nicht nur einzelne Teilnehmende, sondern auch Multiplikator\*innen und Institutionen beraten. Gerade im Zusammenspiel verschiedener Akteur\*innen war und ist es wichtig, dass Zuständigkeiten eindeutig geregelt sind, Schnittmengen aufgezeigt werden und Anlaufstellen klar sind.

Was die Teilnehmenden angeht, ist die Beratung ja nicht nur auf Deutschkurse zu beschränken. Häufig geht es um die Wahrnehmung weiterer Bildungsangebote. Natürlich spielen hier die kommunalen Weiterbildungsbüros eine große Rolle, aber auch alle Fachbereiche der VHS. Ich denke hier auch besonders an die Grundbildung oder den Zweiten Bildungsweg. Die Anforderungen an die Bildungsberatung sind häufig ähnlich. In allen Bereichen geht es um weit mehr als nur eine fachbezogene Beratung. Der Zugang zu bezahlter Arbeit, die Vereinbarkeit von Beruf oder Lernen und Familie, aber auch der Verweis an andere Beratungsstellen spielen überall dort eine besonders wichtige Rolle, wo Lernen mit Existenzsicherung oder dem Aufbau eines neuen Lebens verbunden ist.

#### Was wäre entsprechend der gestiegenen Anforderungen tariflich angemessen?

**Helle Timmermann:** Hier müssen wir klar unterscheiden zwischen denjenigen, die bisher hauptsächlich auf Honorarbasis unterrichten, und dem hauptamtlichen pädagogischen Personal. Für Honorarkräfte müsste es überhaupt erst einmal eine tarifliche Sicht geben. Auf dem

letzten Gewerkschaftstag im November 2017 hat die GEW NRW dafür ein klares Zeichen gegeben: Lehrkräfte insbesondere in Schulabschlusskursen oder Integrationskursen und vergleichbaren Deutschkursen sind keine Lehrkräfte zweiter Klasse und müssen auch tariflich gleichbehandelt werden. Das galt aber natürlich schon lange vor 2015. Gerade der Deutschkursbereich der VHS nähert sich schon länger immer weiter dem Schulwesen an – mit klar definierten Anforderungen an die Lehrkräfte, mit Teilnahmeverpflichtungen, mit vorgeschriebenen Prüfungsformaten, aber auch mit einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen Kursleitenden und festangestelltem planenden und verwaltenden Personal.

Nach 2015 hat der aufgrund von verstärkter Zuwanderung enorm gestiegene Lehrkräftebedarf zwar dazu geführt, dass auf Bundesebene die Finanzierung der Integrationskurse erhöht wurde. Damit sollte ermöglicht werden, dass die Kursleitenden ein Mindesthonorar von 35,- Euro pro Stunde bekommen. Damit sind wir allerdings immer noch weit entfernt von Honoraren, die einer tariflichen Festanstellung entsprechen – solche langfristigen, sicheren Beschäftigungsverhältnisse mit auskömmlicher Bezahlung sind in der Finanzierung des BAMF ganz offenbar nicht vorgesehen.

Quantitative Veränderungen haben ja erst einmal keine Auswirkungen auf unsere Eingruppierungen. Schließlich werden wir nicht nach Stückzahl bezahlt – auch wenn es sich manchmal so anfühlt, als würden wir im Akkord arbeiten. Pädagogische Arbeit beschränkt sich nicht auf Fallzahlen oder monetäre Wertschöpfungskategorien. Das wird sich hoffentlich auch nicht ändern. Wenn wir aber nach der Produktivität im Sinne von Unterrichtsstunden oder Teilnehmer\*innenzahl pro Pädagog\*in gingen, dann müssten wir eine sehr, sehr deutliche Tarifsteigerung bekommen.

Ich will vor allem die Anerkennung unserer Leistungen sehen und nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Gerade im öffentlichen Dienst ist es jetzt mal an der Zeit, ein deutliches Zeichen zu setzen. Das gilt natürlich ganz genauso für die Beschäftigten in den anderen Einrichtungen, die in Anlehnung an den TVöD bezahlen.

An der VHS Bochum werden übrigens alle Kursleitenden vom kommenden Tarifsabschluss profitieren. Ihre Honorarentwicklung ist auch an die Ergebnisse der Tarifverhandlungen gekoppelt.

**Welche weiteren Ansatzpunkte gibt es neben den Tarifverhandlungen, um die Situation für die Beschäftigten zu verbessern?**

**Helle Timmermann:** Im Bereich der Integrationskurse und der weiteren durch den Bund finanzierten Deutschkurse hängt natürlich sehr viel an der Bundesfinanzierung. Solange sie nicht auskömmlich ist, um sowohl Festanstellungen der Lehrenden als auch planendes, verwaltendes und vor allem auch sozialpädagogisch begleitendes Personal zu finanzieren, bleibt hier vieles entweder auf der Strecke oder es muss irgendwie noch zusätzlich erledigt werden.

**Rabea Herzog:** Vor allem brauchen wir dringend Strukturen, die den veränderten Anforderungen in allen Fachbereichen der VHS gerecht werden. Zuwanderung ist ja nicht das einzige Thema, das uns als Weiterbildungseinrichtung beschäftigt. Die zunehmende Bedeutung digitaler Angebote, veränderte Mediennutzung, sich wandelnde Unterrichtsformen in allen Angebotsbereichen und die immer weiter zunehmende Finanzierung über befristete Projekte tragen wesentlich zu Belastungen bei. Genau wie Schulen müssen wir unsere Angebote inklusiv ausrichten und dafür nicht nur entsprechende Konzepte erstellen. Diese dann ohne eine entsprechende finanzielle Ausstattung mit Leben zu füllen, ist unmöglich. In all diesen Fragen brauchen wir viel mehr strukturelle Unterstützung, die es uns überhaupt ermöglicht, unseren Aufgaben gerecht zu werden. Was nützt das schönste Förderprogramm, wenn niemand da ist, der es verwaltet? Und was soll der Breitbandausbau, wenn keiner dafür sorgt, dass am Ende auch das fehlende Kabel besorgt wird? //

*Die Fragen für die nds stellte Joyce Abebrese.*



**Maria Brümmer-Hesters und Dorothee Eßer-Mirbach**

## Tschüss sagen ist was anderes

Eigenverlag, 2017, 150 Seiten, ISBN: 978-3-00-058424-4, 10,- Euro

Ob es ein Wiedersehen mit ihren Familien und Freunden gibt, wissen die fünf Autoren nicht, als sie aus Syrien fliehen. In jeweils eigenen Kapiteln schildern die jungen Männer ihre Fluchterfahrungen, den gewaltfreien Widerstand gegen das Assad-Regime, den unübersichtlichen Krieg und die Auswirkungen auf sie selbst. Das Buch ermöglicht den Männern, aus ihrer Anonymität als Geflüchtete herauszutreten, und gibt den Leser\*innen Einblick in sehr persönliche und emotionale Erfahrungen. Es eignet sich als ergänzendes authentisches Material für den Geschichts-, Politik oder Religionsunterricht in der Sekundarstufe I und II.

*M. Brümmer-Hesters, D. Eßer-Mirbach*



**Joachim Schroeder und Louis Henri Seukwa**

## Soziale Bildungsarbeit mit jungen Menschen

transcript-verlag, 2017, 360 Seiten, ISBN: 978-3-8376-3840-0, 39,99 Euro

Mit Blick auf die sozialen Ursachen prekärer Lebenslagen werden in der sozialen Arbeit Unterstützungs- und Bildungsangebote institutionell und konzeptionell verknüpft. Im Mittelpunkt des Bands stehen Zielsetzungen, Organisationsformen, Konzepte, Methoden und Wirkungen von Unterstützungs- und Bildungsangeboten für junge Menschen im Alter zwischen 14 und 27 Jahren in prekären Lebenslagen in Deutschland. Hierfür werden die theoretischen und methodologischen Expertisen der Erziehungs-, Bildungs- und Sozialarbeitswissenschaft systematisch und interdisziplinär zusammengeführt, um das Handlungsfeld der „sozialen Bildungsarbeit“ empirisch aufzuschließen.

*transcript-verlag*

**Stefanie Kirchhart und Monika Weber**

## „Mit gepacktem Rucksack“ – Mädchen in stationären Erziehungshilfen

Beltz Juventa, 2017, 148 Seiten, ISSN: 1438-5295, 10,- Euro zzgl. 1,20 Euro Porto

Circa 80.000 Mädchen leben bundesweit in Heimen, Wohngruppen und Pflegefamilien. Einerseits steht der gepackte Rucksack für die Reise, den Aufbruch in ein neues Leben, ob vorübergehend oder auf Dauer, der sich für Mädchen mit dem Umzug in eine Pflegefamilie, ein Heim oder eine Wohngruppe verbindet. Andererseits symbolisiert der Rucksack auch das Gepäck, die Belastungen, die viele Mädchen aus ihren Herkunftsfamilien bereits mit sich tragen und die mit ihrer Biografie unauflöslich verknüpft sind. Insbesondere die Lebens- und Konfliktlagen von Mädchen in den stationären Erziehungshilfen werden in diesem Heft in den Mittelpunkt gerückt.

*LAG Mädchenarbeit NRW e. V.*

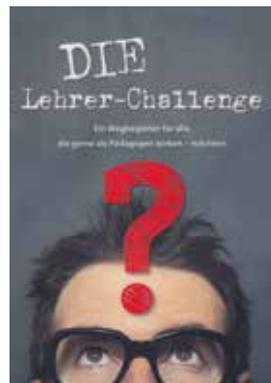
**Autriche**

## DIE Lehrer-Challenge

Schadinsky-Verlag, 2017, 103 Seiten, ISBN: 978-3-9818360-2-8, 12,90 Euro

„Lehrer? Das sind doch oft die bebrillten Zeitgenossen, mit der Lizenz zum Recht haben.“ Na ja, Brillenträger ist Autriche. Aber er sieht sich eher als Pädagoge und möchte seinen Leser\*innen mit dem nötigen Ernst, viel Humor und einer geballten Ladung Satire in diesem Buch zeigen, wie erfüllend es für Lehrkräfte ist, als Pädagog\*in zu wirken. Die Grundvoraussetzung dafür bildet das pädagogische Dreigestirn: Pflicht, Idealismus und Empathie.

*Autriche*



**Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage**

## Klassismus – Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft

Aktion Courage e.V., 2017, 72 Seiten, ISBN: 978-3-9818360-2-8, 4,95 Euro (ab 20 Exemplaren 3,95 Euro pro Themenheft)

Als Klassismus wird die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft bezeichnet. Leider spielt das Thema in der Antidiskriminierungsarbeit eine bisher eher untergeordnete Rolle, obwohl die soziale Ungleichheit in Deutschland immer größer wird. Wie können wir Klassismus erkennen? Wie äußert er sich im Bildungssystem, in der Politik und in den Medien? Was können Schulen dem Klassismus entgegensetzen? Das Themenheft leistet einen Beitrag dazu, die Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft ins Bewusstsein zu holen.

*Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*



**Unterrichtsmaterialien von Böckler Schule**

Die Unterrichtseinheiten der Hans-Böckler-Stiftung sind didaktisch aufbereitete Materialien für den Unterricht ab Klasse 9. Sie beleuchten aktuelle Probleme aus Arbeitnehmer\*innensicht – ein Unterrichtsprogramm komplett für zwei bis drei Doppelstunden.



**Datenschutz im Job**

Ob wir im Internet surfen oder mit Kund\*innenkarte einkaufen – wir kommen kaum dagegen an, persönliche Daten im Alltag preiszugeben. Auch am Arbeitsplatz hinterlassen wir Datenspuren. In dieser Unterrichtseinheit diskutieren Schüler\*innen, ob eine Überwachung am Arbeitsplatz erlaubt ist und ob die Datenschutzgesetze in Deutschland ausreichend sind. **Download des PDFs unter [www.tinyurl.com/boeckler-datenschutz](http://www.tinyurl.com/boeckler-datenschutz)**

**Steuern – Warum muss das sein?**

Was wir wissen: Wir alle zahlen Steuern. Was sind Steuern? Welche Steuerarten gibt es? Wer zahlt wie viele Steuern? Ist das Steuersystem gerecht? In dieser Unterrichtseinheit lernen und bewerten Schüler\*innen Grundsätze der Steuerpolitik. **Download des PDFs unter [www.tinyurl.com/boeckler-steuern](http://www.tinyurl.com/boeckler-steuern)**

*Hans-Böckler-Stiftung*

Im Gespräch mit Jenny und Marvin Weißmann

## Doppelte Herausforderung: Referendariat mit Kind

Jenny und Marvin Weißmann sind frisch gebackene Eltern. Und beide sind im Referendariat – mit Kind eine doppelte Herausforderung. Im Gespräch mit der nds erzählen sie, wie sie die Elternzeit und die Zeit danach planen und welche Unterstützung sie sich vom Land NRW als Arbeitgeber wünschen.

**nds: Ihr seid gerade Eltern geworden – herzlichen Glückwunsch! Und ihr seid beide im Referendariat. Wie regelt ihr die Elternzeit und auch die Zeit danach?**

**Jenny Weißmann:** Vielen Dank. Für die Elternzeit haben wir gemeinsam besprochen, welche die sinnvollere Variante ist. Ich habe mein Referendariat erst im November 2017 begonnen und bin nach zwei Wochen schon in den Mutterschutz gegangen. Wir haben uns daher dazu entschieden, dass ich die Elternzeit und das Elterngeld in Anspruch nehme und ein Jahr lang pausiere. Für die Zeit danach sind wir auf einen Betreuungsplatz angewiesen. Denn ich möchte gerne im November oder Dezember 2018 wieder mein Referendariat aufnehmen.

**Marvin Weißmann:** Mein Plan war es eigentlich mein Referendariat durchzuziehen, um fertig zu sein, wenn Jenny wieder einsteigt. Zu zweit im Referendariat – das ist bestimmt schon eine immense Belastung, aber mit einem kleinen Kind dazu möchte ich mir das nicht vorstellen. Ich hoffe natürlich, dass ich nach meinem Examen irgendwo eine Vertretungsstelle bekomme und nicht drei Monate überbrücken muss. Mit so einem kleinen Knirps zu Hause ist da der Druck natürlich etwas größer.

**Ist das für euch eine gute Lösung oder hättet ihr euch etwas anders gewünscht?**

**Jenny Weißmann:** Mit der Lösung, die wir für uns gefunden haben, bin ich zufrieden. Dennoch wäre ich gerne für ein paar Monate länger in die Elternzeit gegangen, da unser Sohn gerade knapp ein Jahr alt sein wird, wenn er in die

Betreuung geht. Und ich wäre sehr gerne dabei, wenn er beispielsweise seine ersten Schritte macht. Auch für mich als Mutter würde ich die Zeit nutzen, denn gerade das erste Babyjahr ist ziemlich anstrengend für frisch gebackene Eltern. Doch eine Elternzeit über das Elterngeld hinaus wird finanziell wohl nicht möglich sein. Wir sind auf zwei (Referendariats-)Einkommen angewiesen und das Elterngeld fällt nach einem Jahr bereits wieder weg.

**Marvin Weißmann:** Mittlerweile bereue ich es etwas, nicht direkt nach der Geburt einen oder zwei Monate Elternzeit genommen zu haben, um von den Partner\*innenmonaten zu profitieren. Zu dem Zeitpunkt wäre das noch gut möglich gewesen. Jetzt habe noch neun Monate Referendariat vor mir und bin mir nicht wirklich sicher, wo ich einen oder zwei Monate Elternzeit unterbringen soll. Ich würde die Zeit zur Vorbereitung in den Kursen für mein Examen sicher nachholen können, aber ich bin mir nicht sicher, ob ich zwei Monate nach allen anderen Referendar\*innen noch eine freie Vertretungsstelle finde. Außerdem ist der ganze Zeitplan sehr eng zwischen den Ferien gestrickt und ich bin mir nicht ganz sicher, wie ich dann noch meine Unterrichtsbesuche unterbringen soll.

**Welche Aspekte spielen aus eurer Sicht für die Familienplanung junger Lehrer\*innen und Referendar\*innen eine Rolle?**

**Marvin Weißmann:** Meiner Meinung nach ist es ein himmelweiter Unterschied, ob es sich um junge Lehrer\*innen mit möglicherweise einer festen Stelle oder Referendar\*innen handelt.

Natürlich wird in gewissem Maß auch im Referendariat auf so freudige Ereignisse wie die Geburt eines Kindes Rücksicht genommen, aber der (Bewertungs-)Druck bleibt bestehen und auch die Vorbereitungszeit für den eigenen Unterricht wird nicht weniger. Fast alle meine Referendarkolleg\*innen haben auch ohne Kind genug Stress und zu wenig Zeit für die Vorbereitung von Unterricht und insbesondere Unterrichtsbesuchen. Vor der Geburt habe ich auch abends und bis in die Nacht hinein gearbeitet, um das Pensum zu bewältigen. Jetzt gehören die Abende in der Regel dem Kleinen, auch um meiner Frau eine Pause oder etwas Schlaf zu gönnen. Für Unterrichtsvorbereitung bleibt da wenig Zeit. Ich habe mich deshalb dafür entschieden, in der Schule zu arbeiten und dort alle Vorbereitungen und Planungen zu erledigen, soweit das möglich ist. So komme ich zwar später nach Hause, kann dann aber meist voll für meine Familie da sein. Die neue Arbeitsstruktur muss sich natürlich erst einpendeln, aber ich bin optimistisch.

Junge Lehrer\*innen hingegen sind nach dem Referendariat natürlich auch oft durch eine Vollzeitstelle eingespannt, aber der im Referendariat noch allgegenwärtige Gedanke an den nächsten Unterrichtsbesuch ist passé – abgesehen natürlich von Revisionen. Mit einer festen Stelle wäre dann auch die Elternzeit einfacher zu planen und eventuell auch ein Umstellen auf Teilzeit möglich.

**Jenny Weißmann:** Ich denke, dass die Finanzfrage und Betreuungsmöglichkeiten eine wesentliche Rolle bei der Familienplanung spielen. Für



Fotos: obeyteasin, David W. / photocase.de

Referendar\*innen berechnet sich zum Beispiel das Elterngeld nach dem Vorjahreseinkommen. War man im Vorjahr noch Student\*in, ergibt sich daraus der Mindestsatz an Elterngeld: Das sind gerade einmal 300,- Euro. Für mich gilt das zum Glück nicht, weil ich seit Februar 2017 bis zum Beginn des Referendariats als Vertretungslehrerin gearbeitet habe – dieses Gehalt wird dem Elterngeld jetzt zugrundegelegt.

Eine viel entscheidendere Rolle spielt in unserer Situation die Kinderbetreuung: Bereits im September habe ich mich hochschwanger um einen Kitaplatz für unser ungeborenes Kind beworben. Die Platzvergabe läuft in unserer Kommune über ein externes Betreuungsportal. Bis heute habe ich nur Absagen erhalten, da die Plätze für unter einjährige Kinder bereits vergeben sind. Damit ich mein Referendariat wieder aufnehmen kann und Marvin eine Stelle an einer Schule annehmen kann, benötigen wir jedoch unbedingt einen Betreuungsplatz. Ich denke, dass jungen Menschen, die noch mitten in einer Ausbildung stecken, bei der Vergabe von Betreuungsplätzen für ihre Kinder ein Vorzug gewährt werden sollte. Das ist eine wichtige Voraussetzung, damit sie ihre Ausbildung abschließen können.

**Bemüht sich das Land NRW als Arbeitgeber ausreichend darum, dass junge Eltern Familie und Beruf gut vereinbaren können? Wo hakt es eurer Meinung nach?**

**Jenny Weißmann:** Bisher habe ich nicht das Gefühl, dass das Land NRW uns eine gute Möglichkeit bietet, Familie und Beruf miteinander zu

vereinbaren. Vor allem in eine sichere finanzielle Lage und in die Kinderbetreuung sollte das Land NRW einiges an Arbeit investieren. Die Politik fordert doch immer wieder, dass die Geburtenrate wieder steigen solle! Junge Lehrer\*innen und Referendar\*innen können dazu allerdings nichts beitragen, wenn die Unterstützung ausbleibt. Das Land könnte Eltern zum Beispiel finanzielle Unterstützung bieten, wenn das Elterngeld, das ja eine Leistung auf Bundesebene ist, nicht mehr gezahlt wird.

**In NRW sind gerade das Teilzeitreferendariat und eine entsprechende Änderung der „Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Staatsprüfung“ in Planung. Wie würde für euch ein optimales Modell aussehen?**

**Jenny Weißmann:** Das Teilzeitreferendariat scheint auf den ersten Blick eine gute Möglichkeit zu sein, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Es kommt aber auf die genaue Ausgestaltung an: Ein Referendariat mit einem Teilzeitgrad von 75 Prozent wäre für mich zum Beispiel keine Option. Das stellt für mich keine Teilzeit dar – besonders nicht mit einem Baby –, denn die Arbeit im Referendariat bleibt noch immer die gleiche.

Ein optimales Modell wäre für mich ein Teilzeitreferendariat mit einer 50-Prozent-Stelle und einem Seminartag pro Woche. Die Seminare sollten dann nicht in die späten Abendstunden fallen. Die letzten Veranstaltungen finden dort nicht selten von 18.30 bis 20.00 Uhr statt – keine Kinderbetreuung hat so lange Betreuungszeiten. Außerdem fände ich eine Form der betriebs-

eigenen Kindertageseinrichtung klasse. Das Land könnte als Arbeitgeber für Kinder seiner Beschäftigten Betreuungsplätze anbieten und so den Einstieg in den Beruf leichter ermöglichen.

**Marvin Weißmann:** Ein optimales Modell muss meiner Meinung nach flexible Abstufungen ermöglichen. Referendar\*innen müssen derzeit ein Jahr lang mindestens neun Stunden bedarfsdeckenden Unterricht pro Woche und zusätzlich fünf Stunden Ausbildungsunterricht pro Woche einbringen. Warum sollte es nicht möglich sein, zum Beispiel zum Halbjahr die Stunden um 25 oder 50 Prozent zu reduzieren und dafür die Dauer der Ausbildung um die entsprechende Zeit zu verlängern? Die verbleibenden Unterrichtsbesuche würden sich dann auf die restliche Zeit verteilen. Im Idealfall sollte diese Teilzeioption allen Referendar\*innen offenstehen – unabhängig davon, ob sie Kinder betreuen oder Angehörige pflegen. //

*Die Fragen für die nds stellte Anja Heifel.*



**GEW: Vorbereitungsdienst in Teilzeit – ein Modell im Kommen**

[www.gew.de/vorbereitungsdienst/vorbereitungsdienst-in-teilzeit](http://www.gew.de/vorbereitungsdienst/vorbereitungsdienst-in-teilzeit)



**Marvin Weißmann: Referendar\*innen brauchen Mut zum Scheitern. Die ersten Wochen im Vorbereitungsdienst – ein Erfahrungsbericht.**

[www.tinyurl.com/erfahrungsbericht-ref](http://www.tinyurl.com/erfahrungsbericht-ref)



**GEW NRW: Themenseite Referendariat**

[www.gew-nrw.de/referendariat](http://www.gew-nrw.de/referendariat)

## GEW NRW fordert schnelle Umsetzung

### Teilzeitreferendariat in NRW – jetzt!

**Um eine Vereinbarkeit von Familie und Ausbildungszeit zu ermöglichen, muss auch der Vorbereitungsdienst in Teilzeit absolviert werden können. Damit mehr junge Menschen Lehrer\*in werden möchten, müssen die Bedingungen stimmen – erst recht in Zeiten des Lehrkräftemangels. Das Teilzeitreferendariat ist deshalb eine langjährige Forderung der GEW NRW.**

Die Dienstrechtsreform von 2016 hat den Anspruch auf ein Teilzeitreferendariat bereits unterstrichen. Das Landesbeamtengesetz sieht seitdem vor, dass Beamt\*innen auf Widerruf, die ihren Vorbereitungsdienst nach dem 31. Dezember 2017 begonnen haben, eine Teilzeitbeschäftigung aus familiären Gründen bewilligt werden kann. Dies gilt auch für den Vorbereitungsdienst für ein Lehramt an Schulen. Mit der Reform wurde somit die Ermächtigungsgrundlage für das Teilzeitreferendariat in NRW geschaffen. Ein voller Erfolg der jahrelangen Verhandlungen der GEW NRW!

Es fehlen jedoch immer noch die Ausführungsbestimmungen für den konkreten Ablauf der Ausbildung in Teilzeit. Mit einer entsprechenden Verordnung und Änderung der „Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Staatsprüfung“ (OVP) lässt sich das Schulministerium Zeit. Eigentlich sollte mit dem Einstellungstermin im Mai 2018 erstmalig ein Referendariat in Teilzeit möglich sein. Viele angehende Referendar\*innen haben sich darauf verlassen, einige sogar abgewartet. Einen konkreten Zeitplan des Ministeriums gibt es trotzdem noch nicht. Es bleibt zu hoffen, dass zumindest für den Einstellungstermin im November 2018 die Ausführungsbestimmungen für ein Teilzeitreferendariat vorliegen werden. Wer effektive Maßnahmen gegen den Lehrer\*innenmangel in NRW ergreifen will, sollte schleunigst auch die Ausbildungsbedingungen verbessern. Andere Bundesländer haben bereits vorgemacht wie es geht!

*Julia Löhr, Jugendbildungsreferentin der GEW NRW*

## Beamt\*innenstreikrecht

**Streik ist ein Menschenrecht**

**In einer siebenstündigen mündlichen Verhandlung hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 17. Januar 2018 das Streikverbot für Beamt\*innen geprüft – fast neun Jahre nach den ersten Klagen und fast vier Jahre nach Einreichung der Verfassungsbeschwerde. In der Verhandlung waren die Fälle von vier Lehrkräften zusammengefasst worden. Sie hatten in ihren Ländern als Beamt\*innen an Streiks der GEW teilgenommen und klagen nun gegen die verhängten Disziplinarmaßnahmen – darunter auch ein Fall aus NRW.**

Monika Dahl aus NRW war bis vor einigen Jahren leidenschaftliche Lehrerin, zeitweise auch stellvertretende GEW-Landesvorsitzende. Eine Kombination, die der damaligen Beamtin 2009 zum Verhängnis wurde, denn ihre Teilnahme an Streiks führte zu einer disziplinarischen Maßnahme. Nicht nur deswegen entschied sie, aus dem Beamt\*innenverhältnis in eine selbstständige Tätigkeit zu wechseln. Mit Unterstützung der GEW NRW klagt Monika Dahl seitdem für das Streikrecht von Beamt\*innen. Zuletzt hatte sich in ihrem Fall das Bundesverwaltungsgericht mit dem beamt\*innenrechtlichen Streikverbot und mit dem hierzu divergierenden Völkerrecht auseinandergesetzt: Demnach stehen die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamt\*innentums (Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz – GG), aus denen die Alimentation und die Treuepflicht der Beamt\*innen gegenüber dem Staat abgeleitet werden, Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention, unvereinbar gegenüber, der die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sichert sowie deren Einschränkungen regelt. „Daher verstieß die Teilnahme der Klägerin an den Warnstreiks (zwar) gegen das Verbot nach Artikel 33 Absatz 5 GG, war aber durch Artikel 11 EMRK gedeckt“, schlussfolgerte das Bundesverwaltungsgericht im Februar 2014. Gegen diese Entscheidung legte Monika Dahl mit Hilfe der Rechtsanwält\*innen Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Dort soll

die Frage nach dem Beamt\*innenstreikrecht nun höchstrichterlich geklärt und der Widerspruch zwischen deutschem und europäischem Recht aufgelöst werden.

### **Erhebliche Breitenwirkung, aber keine Gefahr für das Berufsbeamt\*innentum**

In der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht bezogen neben den Beschwerdeführer\*innen auch Bund, Länder sowie die Gewerkschaften GEW, DGB, ver.di und dbb Position. Im Mittelpunkt der Debatten standen Fragen zur Koalitionsfreiheit und zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamt\*innentums, zum menschenrechtlichen Charakter des Streikrechts sowie zu möglichen praktischen Folgen einer veränderten Auslegung des Grundgesetzes.

Die Frage nach dem Beamt\*innenstreikrecht sei einfach gestellt, aber schwer zu beantworten, betonte Prof. Dr. Dr. Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts und Vorsitzender des Zweiten Senats, gleich zu Beginn der Verhandlung. Das Grundgesetz treffe dazu weder in Artikel 9 Absatz 3, der die Koalitionsfreiheit regelt, noch in Artikel 33 Absatz 5, in dem es um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamt\*innentums geht, eine ausdrückliche Regelung. Verfassungsrechtler\*innen lehnen das Streikrecht bisher mehrheitlich ab. Einen neuen Impuls habe die Debatte durch die Menschenrechtsprechung

erfahren. Insofern müsse auch das Verhältnis der Menschenrechtskonvention zum Grundgesetz geklärt werden. Andreas Voßkuhle machte deutlich, dass die Anerkennung eines Streikrechts eine erhebliche Breitenwirkung haben könne: Betroffen seien neben den 600.000 verbeamteten Lehrkräften rund eine weitere Million Beamt\*innen. Die Zukunft des Berufsbeamt\*innentums sieht der Präsident des Bundesverfassungsgerichts durch ein Streikrecht jedoch nicht bedroht.

Diese Auffassung teilt die GEW: Auch wenn die Verbeamtung weiterhin für viele Menschen attraktiv ist, wurden viele Vorteile des Beamt\*innenstatus in den vergangenen Jahren reduziert. Die Arbeitszeit wurde erhöht, die Besoldung wurde von den Tarifierhöhungen abgekoppelt, viele Länder haben das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen. Diese Verschlechterungen konnten die Landesregierungen leicht durchsetzen – gerade weil Beamt\*innen das Streikrecht fehlt. Dass sich parallel auch die Beschäftigungsbedingungen der tarifbeschäftigten Lehrkräfte verbessern müssten, ist für die GEW selbstverständlich. Sie kämpft gegen die Spaltung zwischen Angestellten und Beamt\*innen, damit beide Beschäftigtengruppen ihre Interessen für bessere Arbeitsbedingungen durch Streiks durchsetzen können. Auch in der Diskussion nach der Verhandlung stellten die DGB-Gewerkschaften klar: Sie stehen zum Berufsbeamt\*innentum. Seine Ausgestaltung sei aber durch autonome Vereinbarungen möglich. Schließlich seien Streiks ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Gemeinwesens.

### **Nationales Recht und Völkerrecht stehen im Widerspruch**

In der Begründung ihrer Verfassungsbeschwerde machen die DGB-Gewerkschaften deutlich, warum es bei der Diskussion um die



Koalitionsrechte von Beamt\*innen im Kern geht: um das widersprüchliche Verhältnis von nationalem Recht und Völkerrecht sowie um die Konsequenzen, die sich aus den einschlägigen völkerrechtlichen Regelungen, genauer aus Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention, für das nationale Recht ergeben. Für DGB, ver.di und GEW erläuterte Monika Schlachter, Professorin der Universität Trier, dass die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen Streikverbote für Beamt\*innen in der Türkei auf den öffentlichen Dienst in Deutschland übertragbar seien. Ausdrücklich von der Forderung nach einem Beamt\*innenstreikrecht ausgenommen seien Polizei, Streitkräfte und Staatsverwaltung, also Kernbereiche der hoheitlichen Verwaltung.

Die grundgesetzlich verankerten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamt\*innentums verbieten Streik nicht ausdrücklich, so die Position von GEW, ver.di und DGB. In Artikel 9 Absatz 3 GG heißt es zudem: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“ Dazu gehört laut Gesetzestext ausdrücklich auch das Recht, Arbeitskämpfe zu führen, Gewerkschaften zu gründen und für seine Arbeitsbedingungen zu streiken.

### Erzeugt ein Streikrecht Beamt\*innen erster und zweiter Klasse?

Diskussionsbedarf sah das Gericht in der Auslegung des Begriffs der „hoheitlichen“ Aufgaben. Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vertrat in der Verhandlung den Bund. Seiner Auffassung nach ließen sich hoheitliche und nichthoheitliche Tätigkeiten nicht eindeutig voneinander abgrenzen. Nicht nur Polizei, Streitkräfte und Staatsverwaltung erfüllten demnach hoheit-

liche Aufgaben, sondern beispielsweise auch Beamt\*innen im IT-Bereich. Sie verantworteten die Sicherheit der elektronischen Infrastruktur des Staates ebenso wie den Datenschutz – sensible Aufgaben, denen ein Streikrecht widerspreche. Ein derart ausgestaltetes Streikrecht räume folglich Beamt\*innen mit nichthoheitlichen Aufgaben mehr Rechte ein als Beamt\*innen, die im Kernbereich der staatlichen Verwaltung tätig sind. Diese würden dann möglicherweise schlechter vergütet.

GEW-Rechtsanwalt Dr. Hartwig Schröder verwies auf einen bewährten Lösungsansatz: Auch die Ergebnisse der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst werden regelmäßig auf die Besoldung der Beamt\*innen übertragen. Warum sollte eine solche Übertragung nicht auch von der einen auf die andere Beamt\*innengruppe möglich sein? Aus gewerkschaftlicher Sicht sei dies eine Frage der Solidarität, ergänzte ver.di-Bundesbeamt\*innensekretär Nils Kammerdt. Insofern sei eine Schlechterstellung ausgeschlossen.

### Verstoßen Beamt\*innenstreiks gegen das Treueverhältnis?

Thomas de Maizière verband das Streikverbot darüber hinaus mit dem Alimentationsprinzip. Es verpflichtet den Dienstherrn, Beamt\*innen lebenslang eine amtsangemessene Besoldung zu gewähren, und ist verknüpft mit dem Treueverhältnis der Beamt\*innen gegenüber dem Staat. Das Streikverbot zähle zu den Grundpfeilern des Berufsbeamt\*innentums. Dessen Gesamtsystem verliere seinen prägenden Charakter, wenn einigen Beamt\*innen das Arbeitskämpfrecht zugestanden werde. Wer ein Streikrecht für Beamt\*innen fordere, betreibe seiner Auffassung nach Rosinenpickerei.

Die Vertreter\*innen von Bund und Ländern sowie der dbb führten aus, Beamt\*innenstreiks seien im Grundsatz politische Streiks, weil Tarifverträge für Beamt\*innen nicht möglich seien, sondern der politische Gesetzgeber gezwungen werden solle, bestimmte gesetzliche Regelungen zu erlassen. Dass Beamt\*innen die Koalitionsfreiheit zustehe, wurde nicht bestritten, dies gelte aber nicht für das Streikrecht.

Beamt\*innenstreik sei weder politisch noch ein Treuebruch, da politische Streiks keinen Bezug zum Beschäftigungsverhältnis hätten, führte hingegen Prof. Dr. Jens M. Schubert von ver.di aus. Beamt\*innenstreiks zielten vielmehr auf konkrete Verbesserungen beispielsweise der Vergütung, der Arbeitszeit oder des Gesundheitsschutzes. Streiks hätten eindeutig einen Bezug zum Dienstherrn, richteten sich jedoch

nicht gegen ihn. Sie seien stattdessen ein Bekenntnis, zum Dienstverhältnis zu stehen, die Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen aber verbessern zu wollen.

### Entscheidung offen

Ein Ergebnis gab es am Ende der Verhandlung nicht – so ist es beim Bundesverfassungsgericht üblich. Mit einer Verkündung eines Urteils ist erst in einigen Monaten zu rechnen. Dass die Richter\*innen sich dann gegen die bisherige verfassungsrechtliche Rechtsprechung stellen werden, ist eher nicht zu erwarten. Spannend bleibt aber, wie sie die Konfrontation mit dem Völkerrecht auflösen wollen.

Für die Gewerkschaften geht es im Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht um die Einforderung eines Menschenrechts, das weder den Schulbetrieb lahmlegt noch den Bildungsauftrag gefährdet. Die GEW und ihre mit ihr streitenden Mitglieder fordern das Beamt\*innenstreikrecht, damit sich auch Beamt\*innen für ihre eigenen Arbeitsbedingungen einsetzen können. Dabei geht es insbesondere um die Arbeitsbedingungen in den Schulen, den dortigen Arbeits- und Gesundheitsschutz und den Schutz vor weiterer Entgrenzung der Arbeitszeit durch immer neue Aufgaben – zentrale Problemstellungen am Arbeitsplatz Schule, für deren Verbesserung sich auch beamtete Lehrkräfte streitbar einsetzen wollen. //



**GEW NRW: Vor Gericht: Streikrecht von Beamt\*innen.** Die ehemalige Lehrerin aus NRW Monika Dahl zieht vor das Bundesverfassungsgericht

[www.tinyurl.com/monika-dahl](http://www.tinyurl.com/monika-dahl)



**GEW: Themenseite zum Beamt\*innenstreik**

[www.gew.de/tarif/streik/beamtenstreik](http://www.gew.de/tarif/streik/beamtenstreik)



**GEW: Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Beamt\*innenstreikrecht**

[www.tinyurl.com/beamtinnenstreik-faq](http://www.tinyurl.com/beamtinnenstreik-faq)



**Daniel Merbitz, GEW: Streikrecht für Beamte ist keine „Rosinenpickerei“**

[www.tinyurl.com/gew-rosinenpickerei](http://www.tinyurl.com/gew-rosinenpickerei)



**Bundesverwaltungsgericht: Urteil zum Beamt\*innenstreikrecht vom 27.2.2014 (Aktenzeichen: 2 C 1.13)**

[www.tinyurl.com/bverwg-urteil-2014](http://www.tinyurl.com/bverwg-urteil-2014)



**Ute Lorenz**

Referentin für Beamt\*innenrecht und Mitbestimmung der GEW NRW

Fachgruppen der GEW NRW

## Das wird unser Jahr 2018!

**In den Fachgruppenausschüssen (FGA) der GEW NRW haben in den vergangenen Wochen und Monaten die Landesdelegiertenversammlungen (LDV) stattgefunden. Welche politischen Ziele und Leitlinien verfolgen die FGA für 2018?**

### Gymnasium

Wie die Rücknahme der Schulzeitverkürzung konkret umgesetzt wird, klärt sich nur sehr langsam – entsprechend viele Fragen hatten die Delegierten der Fachgruppe Gymnasium der GEW NRW bei der Versammlung im November 2017 im Gepäck. Doch auch Antonia Dicken-Begrich, Referatsleiterin im Schulministerium und Gast der LDV, konnte häufig nur auf die noch ausstehenden politischen Entscheidungen von Schulministerin Yvonne Gebauer und der Landesregierung verweisen. Sie stellte zumindest in Aussicht, dass Lehrpläne für die Klassen 5 und 6 im letzten Quartal des Schuljahres 2017/2018 zur Anhörung vorliegen werden. Erleichtert nahmen die Delegierten unter anderem auf, dass das Fach Wirtschaft nun doch nicht eingeführt wird. Überraschend war die Ankündigung, dass die Klausurlänge in der Oberstufe aufgrund von Vorgaben der Kultusministerkonferenz diskutiert wird – mit der Tendenz zu einer längeren Dauer.

Mittlerweile liegt der Referentenentwurf für die Schulgesetzänderung vor, mit der die Rücknahme der Schulzeitverkürzung geregelt werden soll: [www.tinyurl.com/referentenentwurf-13-schraeg](http://www.tinyurl.com/referentenentwurf-13-schraeg). Auch die GEW NRW hat zusammen mit acht anderen Organisationen

und Verbänden bereits Stellung bezogen: [www.tinyurl.com/stellungnahme-g9](http://www.tinyurl.com/stellungnahme-g9).

In einer offenen Arbeits- und Diskussionsphase zu den Themen Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Organisation und Pädagogik stellte sich schnell heraus, dass insbesondere Arbeitsbelastung und Arbeitszeit drängende Themen an den Gymnasien sind – die Arbeitsbedingungen werden vielerorts als unzumutbar empfunden. Die Delegierten wünschen sich darüber hinaus, dass die GEW NRW in den Gymnasien präsenter auftritt. Die zahlreichen Impulse zu konkreten Maßnahmen und geeigneten Aktionsformen wird die Fachgruppe nun aufgreifen. //

#### Leitungsteam des FGA Gymnasium

Uwe Lämmel, Minden:  
[uwe.laemmel@gew-nrw.de](mailto:uwe.laemmel@gew-nrw.de)

Heribert Schmitt, Rösrath:  
[Schmitt@guayacan.de](mailto:Schmitt@guayacan.de)

Hanna Tuszyński, Düsseldorf:  
[hanna.tuszyński@gew-nrw.de](mailto:hanna.tuszyński@gew-nrw.de)

### Berufskolleg

Der FGA Berufskolleg besetzt viele der aktuell für die berufliche Bildung wichtigen Themen und begleitet die Entwicklung kritisch in Verhandlungen mit der Politik und anderen Akteur\*innen. Auf der Agenda für die nächsten Jahre stehen die Inklusion am Berufskolleg, die Beschulung von Geflüchteten, der Arbeits- und Gesundheitsschutz mit den Konsequenzen aus COPSOQ, die Umsetzung der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg sowie die Digitalisierung und der Datenschutz im Schul-

bereich. Auch die Themen Lehrkräftegewinnung, Arbeitszeit und Belastung, Tarifpolitik sowie die Arbeitsbedingungen und Entwicklungschancen für Werkstattlehrkräfte werden weiterverfolgt.

Für die Gremienarbeit ist es unser Ziel, junge Kolleg\*innen zu motivieren und einzubinden. Wir arbeiten außerdem eng mit dem DGB NRW zusammen. Diese Kooperation ermöglicht die für Berufskollegs wichtige Zusammenschau von Bildung, Arbeitswelt und gesellschaftlichen Veränderungen, die notwendig ist, um den Wandel für Schüler\*innen und Studierende an den Schulen und für die dort Beschäftigten angemessen und vertretbar zu gestalten. In Veranstaltungen wie „Was gibt's Neues am Berufskolleg?“ ermöglichen wir den aktiven Dialog zwischen Lehrer\*innen, Forschung und Politik. //

#### Leitungsteam des FGA Berufskolleg

Björn Rützenhoff, Gelsenkirchen:  
[ruetzenhoff@unitybox.de](mailto:ruetzenhoff@unitybox.de)

Sabine Flögel, Duisburg:  
[fliegel-stephan@t-online.de](mailto:fliegel-stephan@t-online.de)

### Sonderpädagogische Berufe

Die nordrhein-westfälische Landesregierung benennt in ihrem Koalitionsvertrag Handlungsperspektiven für den Bereich der sonderpädagogischen Förderung. Bisher wurde davon eine Ergänzung in die Mindestgrößenverordnung aufgenommen, die es Schulträgern ermöglicht, kleine Förderschulen fortzuführen. Zu den anderen Aussagen, zum Beispiel zur Bildung von Schwerpunktschulen oder zu sonderpädagogo-

gischen Fördergruppen an allgemeinen Schulen, gibt es bisher keine Entscheidungen.

Die Delegierten der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW NRW diskutierten in der LDV – unter anderem mit Vertreter\*innen des Schulministeriums – notwendige Aspekte zur Sicherstellung der Qualität der sonderpädagogischen Förderung in Förderschule und Inklusion. Dazu gehören zum einen Steuerung, Ausbildung, Unterricht, Personaleinsatz, Ressourcen und Konzeptentwicklung im Gemeinsamen Lernen sowie zum anderen Ressourcen, Schulentwicklung, Personaleinsatz, Ausbildung im Bereich Förderschule. Auf dieser Grundlage setzt der FGA die Schwerpunkte für seine zukünftige Arbeit:

- ◆ Entwicklung von Möglichkeiten der Organisation sonderpädagogischer Förderung an allen Förderorten
- ◆ Leitlinien für Lehrkräfte im Gemeinsamen Lernen für bessere Arbeitsbedingungen
- ◆ Errichtung von Fachzentren für sonderpädagogische Förderung
- ◆ keine Zwangsversetzungen in andere Schulformen

Darüber hinaus befasst sich der FGA Sonderpädagogische Berufe mit folgenden Themen:

- ◆ Ressourcensteuerung im Gemeinsamen Lernen
- ◆ Senkung der Relation Schüler\*innen je Lehrer\*innenstelle in den Förderschwerpunkten Emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache. Die Ressource muss jeweils den realen Bedarf berücksichtigen
- ◆ Fachgruppenübergreifende Kooperation //

#### Leitungsteam des FGA Sonderpädagogische Berufe

Ulrich Benus, Castrop-Rauxel:  
benusbande@t-online.de  
Birgit Dinnessen-Speh, Leverkusen:  
dinnessen@onlinehome.de

### Sozialpädagogische Berufe

Der FGA Sozialpädagogische Berufe der GEW NRW trifft sich alle zwei Monate und behandelt die Anliegen von Beschäftigten in Kindertagesstätten, in der Schulsozialarbeit und anderen sozialpädagogischen Arbeitsfeldern. Unsere Schwerpunkte für 2018 sind:

- ◆ Mitgliedergewinnung und -bindung im Sozial- und Erziehungsdienst – auch in den Bereichen der freien Träger, der Kirchen und der Schulsozialarbeiter\*innen

- ◆ Aufbau eines Vertrauensleutesystems im Kitabereich
- ◆ Fortsetzung der Debatte um ein neues Kitagesetz mit der neuen Landesregierung
- ◆ Engagement in der Tarifpolitik
- ◆ Erarbeitung von Stellungnahmen und Positionspapieren zu sozialpädagogischen und gewerkschaftlichen Themen //

#### Leitungsteam des FGA Sozialpädagogische Berufe

Brunhilde Seeber, Bergisch Gladbach:  
brunhilde.seeber@icloud.com und  
brunhilde.seeber@gew-nrw.de

Marion Vittinghoff, Mönchengladbach:  
marion.vittinghoff@gew-nrw.de

### Hochschule und Forschung

Der FGA Hochschule und Forschung der GEW NRW behandelt alle Themen im Zusammenhang mit Hochschule und Forschung. Für die nächsten Jahre sind dies schwerpunktmäßig:

- ◆ die Weiterentwicklung des Vertrags für gute Beschäftigung für das Hochschulpersonal,
- ◆ die angekündigte Novelle des Hochschulgesetzes,
- ◆ eine verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen durch Verstetigung von Bundes- und Landesmitteln,
- ◆ die Verbesserung der Qualifizierungswege für Postdocs,
- ◆ die Weiterentwicklung der Personalkategorien des Mittelbaus an den Hochschulen,
- ◆ die Entwicklung von Karrierewegen für den wissenschaftlichen Nachwuchs an Fachhochschulen,
- ◆ die Teilnahme an der GEW-Bundesfachgruppe Hochschule und Forschung sowie
- ◆ die Vernetzung mit der Landespersonalrätekonferenz für den wissenschaftlichen Bereich an den Hochschulen in NRW. //

#### Leitungsteam des FGA Hochschule und Forschung

Matthias Neu, Büren:  
matthias.neu@gew-nrw.de  
Dr. Detlef Berntzen, Hamm:  
berntz@uni-muenster.de

### Studierende

„Links-grüne Ideologien haben dazu geführt, dass unsere Gesellschaft einen schleichenden Freiheitsverlust erleidet“, so Alexander Dobrindt von der CSU. Da fühlen wir uns als LASS direkt

angesprochen: Die eingeforderte konservative Revolution ist tatsächlich reaktionär, eine explizite Reaktion auf die errungenen Erfolge der 1968er. Darauf, dass die Mehrheit der Menschen gut und nicht brav leben will. Darauf, dass Vergewaltigung in der Ehe nicht mehr erlaubt ist (die CSU hat noch 1997 im Bundestag behauptet, dieses Verbot zerstöre die heilige Familie). Darauf, dass die Mehrheit der Bevölkerung Diskriminierung, Ungleichverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums und Hierarchien unerträglich findet. Darauf, dass die Hochschulen sozial geöffnet wurden und Umweltzerstörung und Krieg immer weniger hingenommen werden, was sich auch darin manifestiert, dass die Hochschulen in NRW die gesetzliche Aufgabe haben, zu Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit beizutragen.

NRW-Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen will diese „bürokratische Bevormundung“ abschaffen, die Teil des von Alexander Dobrindt beklagten „schleichenden Freiheitsverlustes“ ist. Wir sagen: Das ist eine zivilisatorische Notwendigkeit, die dringend weiter auszuprägen ist. In diesem Sinne werden wir 2018 an den Hochschulen streitbar für einen neuen fortschrittlichen Aufbruch statt der von Alexander Dobrindt beschworenen „bürgerlichen Wende“ wirken. //

#### Leitungsteam des Landesausschusses für Studierende

Friederike Thole, Stefan Brackertz,  
Marvin Weißmann:  
lass.nrw@gmx.de



+++NEU+++NEU+++NEU+++NEU+++



Thomas Kremers und Nicole Schlüter

## Coaching in der Schule

### EIN PRAXISBUCH FÜR LÖSUNGSORIENTIERTE BERATUNG

Eine Möglichkeit, gestiegene Ansprüche von Eltern, Schüler\*innen sowie auch der Wirtschaft zu erfüllen, ist Coaching: Die Beratung ohne Ratschläge, die davon ausgeht, dass die \* der Ratsuchende bereits die notwendigen Ressourcen und Fähigkeiten mitbringt, eine eigene funktionale Lösung für sein Problem zu finden und umzusetzen und so seine Potenziale und die Potenziale ganzer Systeme weiterzuentwickeln und besser auszunutzen.



**i** 188 Seiten, DIN A4-Format, 29,80 Euro,  
Februar 2018

**➔** Jetzt versandkostenfrei bestellen

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH  
Nünningstr. 11, 45141 Essen  
ISBN 978-3-87964-323-3

## Die GEW gratuliert im Februar zum Geburtstag

- 103 Jahre**  
Siegfried Dietrich, Bielefeld
- 101 Jahre**  
Maria Kaderhandt, Lippstadt
- 96 Jahre**  
Vera Münstermann-Guhl, Bielefeld
- 93 Jahre**  
Erika Haferburg, Düsseldorf  
Wilhelm Bernhard, Kierspe
- 92 Jahre**  
Bodo Bruecher, Werther  
Heinz Ossowski, Gelsenkirchen  
Friedrich Wehrbein, Barntrup
- 91 Jahre**  
Hans-Helmut Stark, Lemgo  
Edith Höbener, Bottrop  
Gisela Schumacher, Lüdenscheid  
Marianne Stamelos, Duisburg
- 90 Jahre**  
Hans Marohn, Hamm  
Marga Haneke, Lengerich
- 88 Jahre**  
Hans Sick, Hamm
- 87 Jahre**  
Sabine Klawitter, Haan
- 86 Jahre**  
Franz-Josef Lipensky, Köln  
Barbara Nolte, Leverkusen  
Eleonore Biagioni-Laura, Köln
- 85 Jahre**  
Inge Holzinger, Duisburg
- 84 Jahre**  
Sigrid Theen, Bochum
- 83 Jahre**  
Ursula Schulte, Lüdenscheid  
Paul Humann, Gelsenkirchen  
Erwin Möller, Gelsenkirchen  
Maria Cinnati, Herne
- 82 Jahre**  
Horst Gössl, Nörvenich  
Rita Adamski, Kerpen  
Hans Hoffmann, Gummersbach  
Wolfgang Wojahn, Bergisch Gladbach  
Udo Hecken, Wiehl  
Ursula Clüter, Herne  
Karl Schumacher, Euskirchen  
Brigitte Zuchlinski, Oberhausen  
Heinz Birmanns, Düsseldorf  
Renate Huwer, Oberhausen  
Wilhelm Meyer, Bielefeld
- 81 Jahre**  
Ingrid Möllers, Radevormwald  
Jutta Krueger, Bielefeld  
Christel Unterkötter, Marienheide  
Daniel Kabitz, Solingen  
Ulrich Schmidt, Fröndenberg  
Marie-Therese Lustig, Nörvenich  
Renate Vollberg, Schwerte  
Johan-Ferdinand Hoeren, Mönchengladbach  
Otto-Wilhelm Leyk, Nordstrand  
Helmut Neumann, Minden  
Gertrud Mank, Wülfrath  
Helmut Grell, Hatzfeld  
Ursula Vielvoje, Oberhausen
- 80 Jahre**  
Ursel Kipp, Dorsten  
Uwe Kunze, Hagen  
Almut-Anna Kesselmark, Waldbröl  
Gertrud Ludolph, Bochum  
Hans-Erich Webers, Bielefeld  
Karl-Heinz Mörger, Düsseldorf  
Maria Dimke, Bonn  
Ute Siemann, Köln  
Reinhild Schäffer, Erkrath  
Peter Virnich, Mülheim  
Marianne Schmitz, Wuppertal  
Albert Ast, Dortmund  
Tamer Aganoglu, Gevelsberg  
Gisela Knöde, Dortmund  
Dieter Lotze, Bergisch Gladbach
- 79 Jahre**  
Elisabeth Abels, Borgholzhausen  
Herbert Krause, Gronau  
Brigitte Wijffe, Luckau  
Hannelore Strasdat, Bad Oeynhausen  
Udo Bormann, Dortmund  
Erika Pantel, Gelsenkirchen  
Dieter Sebastian, Herne  
Uta Schürhoff, Wesseling  
Ursula Schüßler, Ratingen  
Barbara Kaiser, Aachen  
Manfred Krajewski, Euskirchen  
Werner Fajs, Essen  
Ulrich Becker, Nümbrecht  
Gisela Bilke, Gelsenkirchen  
Ulrich Bald, Hagen
- Erika Mechtel, Solingen  
Maria Trindeitmar, Neuenkirchen
- 78 Jahre**  
Ute Staub, Grünhain  
Helga Pohl, Lemgo  
Karin Maaz, Detmold  
Klaus Hensen, Geilenkirchen  
Aloys Schöning, Dortmund  
Gerhard Kemp, Hagen  
Anneliese Koerdt, Freudenberg  
Alfons Cramer, Bergisch Gladbach  
Heinz Reinders, Emmerich  
Gunnar Görnemann, Bad Salzuflen  
Karin Grüner, Remscheid  
Josef Damberg, Dortmund  
Rolf Oberliesen, Paderborn  
Ulrike Kunze-Weiss, Minden  
Dorothea Werner-Zurwonne, DB Molenhoek  
Karl-Heinz Stempell, Kerpen  
Helga Kirchheim, Bad Kissingen
- 77 Jahre**  
Wolfgang Möres, Paderborn  
Dorothee Benemann, Essen  
Hermann Afflerbach, Bochum  
Hanka Matakas, Köln  
Ulrike Hvizdala, Essen  
Bernhard Müller, Wuppertal  
Rolf Hansen, Dortmund  
Gerd Zimmermann, Niederkrüchten  
Vinzenz Hoffmann, Wermelskirchen  
Anita Ellsiepen, Hilden  
Gerd Kuck, Wuppertal  
Prem Manasvi Heinz Johannes, Kerala  
Winfried Monthofer, Minden  
Anne Schumacher, Kalletal  
Heinz Jussen, Hergenrath  
Helga Schminder, Düren  
Gisela Fehre, Bergisch Gladbach  
Raymond Cronrath, Essen  
Gerda Metz, Niederkassel
- 76 Jahre**  
Margot Reimer-Eggert, Sankt Augustin  
Werner Springer, Dorsten  
Barbara Schwoll-Brinkhoff, Aachen  
Heinz-Michael Erne, Schwerte  
Ursel Block, Duisburg  
Bruno Agatz, Essen  
Jochen Krüger, Rheine  
Irmgard Kern, Mülheim  
Brigitte Bilz, Köln  
Friedrich-Wilhelm Wortmann, Hagen  
Manfred Knoche, Erkrath  
Klaus Bogdan, Dortmund  
Ulrich Pollack, Wenden  
Joachim Weiler, Collinghorst  
Karsten Peters, Troisdorf  
Gerd-Jochen Czok, Wuppertal  
Gerhard Steinkrüger, Bielefeld  
Ludgera Best, Köln  
Bärbel Schmidt, Windeck  
Dorothea Kramer, Köln  
Manfred Abke, Herten  
Peter Zoppe, Overath  
Marilene Mostert, Köln  
Käthi Pallada, Borken  
Dorothea Neumann, Kierspe  
Elke Lichterfeld, Krefeld
- 75 Jahre**  
Iris Tappert, Solingen  
Egon Kroll, Velbert  
Verena Wolters, Dortmund  
Ortrud Maulick, Wuppertal  
Dietrich Stauffer, Köln  
Dieter Aretz, Düsseldorf  
Karlheinz Jansen, Mönchengladbach  
Hans Dimmer, Velbert  
Peter Ertel, Rheda-Wiedenbrück  
Gerhart Schöll, Vlotho  
Anne-Birgit Bloech, Minden  
Klaus Schmidt, Essen  
Renate Schmidtke, Dorsten  
Ulrich Merkel, Dortmund  
Wolfgang Peltzer, Würselen  
Agnes Hilbers, Emsdetten  
Marie-Luise Otto, Gelsenkirchen  
Gernot Klamp, Köln  
Erna Benze, Bonn  
Herbert von Netzer, Köln  
Ria Volles-Nemorin, Köln  
Rolf Kruehl, Porta Westfalica  
Dietmar Gronwald, Lemgo  
Brita Scheiper, Münster  
Gudrun Wiedemer, Krefeld  
Hedi Fouzi, Brühl  
Michael Huettemann, Dortmund  
Holm Hagmann, Köln  
Brigitte Schäfer, Bonn
- Annegret Caspers,  
Vorsitzende des Ausschusses  
für Ruheständler\*innen der GEW NRW

## GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNG

### „Jetzt seid doch mal ruhig!“ – Störungsprävention im Unterricht

**Termin:** 21.04.2018, 10.00–16.00 Uhr  
**Tagungsort:** Bochum oder Essen (Genauer Ort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.)  
**Referentin:** Carolin Sponheuer  
**Teilnahmebeitrag:** 15,- Euro (GEW-Mitglieder), 40,- Euro (Nichtmitglieder); Verpflegung inklusive

Ursachen von Unterrichtsstörungen, Reflexion des eigenen Verhaltens als Lehrer\*in, eindeutig kommunizieren, nonverbale Interventionen, Regeln und Rituale, Umgang mit Machtkämpfen, Stringenz im Unterricht und andere Strategien zur Störungsprävention.

### Zeitmanagement und Homeoffice: Arbeitsstrategien für den heimischen Schreibtisch

**Termin:** 05.05.2018, 10.00–16.00 Uhr  
**Tagungsort:** Bochum oder Essen (Genauer Ort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.)  
**Referent:** Uwe Riemer-Becker  
**Teilnahmebeitrag:** 15,- Euro (GEW-Mitglieder), 40,- Euro (Nichtmitglieder); Verpflegung inklusive

Das Notwendige komprimiert abarbeiten, um für das Gewünschte Zeit zu finden. Sofort einsetzbare Techniken für den Alltag – gegen Zeitnot und schlechtes Gewissen und für planvolles und erfolgreiches Arbeiten.

#### Anmeldung:

GEW NRW, Bettina Beeftink, Nünningstraße 11, 45141 Essen, Fax: 0201-29403 34, Web: [www.gew-nrw.de/fortbildungen](http://www.gew-nrw.de/fortbildungen), E-Mail: [bettina.beeftink@gew-nrw.de](mailto:bettina.beeftink@gew-nrw.de) (Wichtig: Bei Anmeldung per E-Mail bitte die vollständige Adresse angeben.) Circa vier Wochen vor dem jeweiligen Seminar wird eine Anmeldebestätigung verschickt. Schnellstmögliche Anmeldung erforderlich!



## LEHRERRÄTE MACHEN SICH FIT! FORTBILDUNGEN



Alle Veranstaltungen finden jeweils von 9.00 bis 16.30 Uhr statt. Weitere regionale Angebote werden in den nächsten Ausgaben der nds ausgeschrieben.

#### Anmeldung:

per E-Mail an [svenja.tafel@gew-nrw.de](mailto:svenja.tafel@gew-nrw.de),  
 Web: [www.gew-nrw.de/fortbildungen](http://www.gew-nrw.de/fortbildungen),  
 Fax: 0201-29403 45  
 Weitere Infos: [www.lehrerrat-online.de](http://www.lehrerrat-online.de)



#### Basisqualifizierungen

- ◆ StV Düsseldorf 22. März 2018
- ◆ StV Essen 10. April 2018
- ◆ RV Aachen 16. April 2018
- ◆ KV Wesel (in Hamminkeln) 17. April 2018

#### Nr. 2 – Mitbestimmung bei Mehrarbeit

- ◆ StV Bochum 16. März 2018
- ◆ StV Münster 19. März 2018
- ◆ KV Kleve (in Uedem) 22. März 2018

## WEITERBILDUNGSANGEBOTE

### WBG 18-108 Entdeckendes Lernen

**Termin:** 23.03.2018, 9.00–16.00 Uhr  
**Tagungsort:** Essen  
**Referent:** Heinz Neber  
**Teilnahmebeitrag:** 100,- Euro (GEW-Mitglieder)/150,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt)/50,- Euro (Nichtmitglieder)

Grundlegende Informationen zum aktuellen lerntheoretischen Background entdeckenden Lernens und zu weiteren Entwicklungen entsprechender Lernumgebungen werden durch kurze Einführungen und Beispiele geliefert. Dies fördert die sinnvolle Einordnung der vielfältigen Realisierungsmöglichkeiten und erleichtert die progressive Einführung entdeckenden Lernens im eigenen Unterricht.

### WBG 18-150 Smartphones vielfältig als Werkzeuge im Unterricht nutzen

**Termin:** 13.04.2018, 16.00–21.00 Uhr bis  
 14.04.2018, 8.00–15.00 Uhr  
**Tagungsort:** Essen  
**Referent:** Jörg Hagel  
**Teilnahmebeitrag:** 90,- Euro (GEW-Mitglieder)/45,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt)/140,- Euro (Nichtmitglieder)

Die aktuellen technischen Geräte in den Taschen der Schüler\*innen sind eine Verschwendung, wenn sie nicht für das Bilden genutzt werden. Damit die Geräte im Unterricht konstruktiv eingesetzt werden können, bedarf es auch der Erarbeitung von gesetzeskonformen Regeln.

### WBG 18-172 Mobbing einfach stoppen

**Termin:** 20.04.2018, 16.00–20.00 Uhr bis  
 21.04.2018, 9.00–16.30 Uhr  
**Tagungsort:** Essen  
**Referent:** Stefan Voth  
**Teilnahmebeitrag:** 100,- Euro (GEW-Mitglieder)/60,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt)/160,- Euro (Nichtmitglieder)

Mobbing kann jeden treffen. In diesem Praxisseminar erlernen Sie einen leicht anwendbaren und klar strukturierten Ansatz zum zügigen Stopp von Mobbing.

### WBG 18-176 Eigentlich wollte ich mit Kindern arbeiten!

**Termin:** 04.05.2018, 16.00–20.00 Uhr bis  
 05.05.2018, 9.00–16.30 Uhr  
**Tagungsort:** Essen  
**Referentin:** Iris Wischermann-Wiesemann  
**Teilnahmebeitrag:** 90,- Euro (GEW-Mitglieder)/50,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt)/160,- Euro (Nichtmitglieder)

Der Mensch ist ständig herausgefordert, seine Strategien zu den Herausforderungen des Lebens zu überprüfen und zu erneuern. Die Methoden der Transaktionsanalyse dienen dazu, diese Veränderungsprozesse anzuregen und zu gestalten. Das Ziel dabei ist, eine größtmögliche Autonomie zu erlangen.

#### Anmeldung:

DGB-Bildungswerk NRW e.V., c/o GEW NRW, Nünningstraße 11, 45141 Essen  
 Tel.: 0201-29403 26, Fax: 0201-29403 17, Web: [www.gew-nrw.de/fortbildungen](http://www.gew-nrw.de/fortbildungen)  
 E-Mail: [weiterbildung@gew-nrw.de](mailto:weiterbildung@gew-nrw.de)  
 Für die Planung und Durchführung ist das  
 DGB-Bildungswerk NRW e.V. verantwortlich.



# Wissenswertes

# für Angestellte und

## Arbeitszeit von Lehrkräften

### Neue Studie zu Arbeitszeiterfassungen

Im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung beschäftigen sich vier Autoren mit historischen Studien zur Arbeitszeit von Lehrkräften. Im Fokus der Untersuchung stehen die unterschiedlichen Konzepte, Methoden und Ergebnisse im Vergleich.

Die Autoren Thomas Hardwig und Frank Mußmann haben unter Mitwirkung von Stefan Peters und Marcel Parciak von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Georg-August-Universität Göttingen die Studie „Zeiterfassungsstudien zur Arbeitszeit von Lehrkräften in Deutschland – Konzepte, Methoden und Ergebnisse von Studien zu Arbeitszeiten und Arbeitsverteilung im historischen Vergleich“ erstellt. Die Autoren kamen zu folgender Problembeschreibung: „Das spezifische Arbeitszeitmodell der Deputatstundenvorgabe erzeugt einen schwer auflösbaren Konflikt um die angemessene Dauer der Arbeitszeit, da mit der verpflichtenden Unterrichtszeit weniger als die Hälfte der Arbeitszeit durch den Arbeitgeber festgelegt wird. Die Lehrkräfte bestimmen somit über die Verwendung eines hohen Anteils ihrer Arbeitszeit scheinbar frei, haben jedoch eine Vielzahl von Aufgaben zu erfüllen, die weder in ihrer Priorisierung, noch in ihrem zeitlichen Umfang im Einzelnen festgelegt sind.“ Lehrkräfte arbeiteten länger als vergleichbare Tarifbeschäftigte und Beamt\*innen im öffentlichen Dienst, es existierten extreme Streuungen in der Arbeitszeit zwischen den Lehrkräften gleicher Schulformen und es bestehe dringender Handlungsbedarf. „Die Lehrkräfte müssen insgesamt

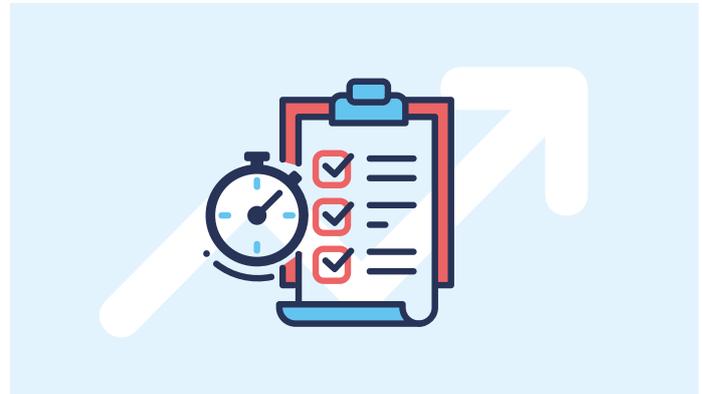


Illustration: Dreamstime/Shutterstock.com

in ihren Aufgaben entlastet werden, damit sie allein zeitlich in der Lage sind, einen qualitativ hochwertigen Unterricht vorzubereiten und zu gestalten. Und darüber hinaus sind Maßnahmen zu entwickeln, um die großen Differenzen in der Arbeitszeitbelastung innerhalb der Lehrerschaft zu reduzieren, um zu einer fairen Arbeitsverteilung zu gelangen. Diese Hauptbefunde wurden mit unterschiedlichen Vorgehensweisen und Methoden über 60 Jahre hinweg solide belegt.“ *Michael Schulte*

Download der Studie unter [www.gew-nrw.de/online-archiv](http://www.gew-nrw.de/online-archiv) (Webcode: 236055). Mehr unter [www.tinyurl.com/gew-arbeitszeit](http://www.tinyurl.com/gew-arbeitszeit)

## Klassenfahrt

### Erstattung der Übernachtungskosten

Die Erstattung von Übernachtungskosten für Lehrkräfte nach der Verwaltungsvorschrift „Außerunterrichtliche Veranstaltungen der Schulen“ aus dem Jahr 2002 in Höhe von pauschal 18,- Euro pro Nacht sind zu gering. Das hat die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Stuttgart mit dem Urteil vom 14. Dezember 2017 entschieden.

Das Gericht verpflichtet damit das Land Baden-Württemberg, der Klägerin, einer verbeamteten Lehrerin, auf ihren Antrag vom Januar 2017 weitere Übernachtungskosten für eine Klassenfahrt in Höhe von 44,- Euro zu erstatten (Az.: 1 K 6923/17). Die der Klägerin in Rechnung gestellten Kosten beliefen sich auf 59,17 Euro je Übernachtung. Mit dem ihr gewährten Übernachtungsgeld würden gerade einmal 30 Prozent der tatsächlichen Kosten abgegolten.

In NRW gelten das Landesreisekostengesetz (LRKG) und folgende Sätze bei Übernachtung (§ 8 Abs. 1 Satz 1 LRKG): Als Übernachtungspauschale werden 20,- Euro erstattet. Bei nachgewiesenen höheren Übernachtungskosten können in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohner\*innen 80,- Euro anerkannt werden. In anderen Orten ist eine Erstattung bis zu 50,- Euro möglich. Dementsprechend könnte auch für Einzelfälle, die vergleichbar sind, ein höherer Anspruch geltend gemacht werden. Dabei sollte auf diese Entscheidung hingewiesen werden und gegebenenfalls die Ruhendstellung bis zur höchststrichterlichen Entscheidung, die noch möglich ist, akzeptiert werden.

*Ute Lorenz*

## Mutterschutz

### Neue Regelungen im Praxissemester

Nach den Neuregelungen im Mutterschutzgesetz und in den Anpassungen in der Freistellungs- und Urlaubsverordnung hat nun das Ministerium für Schule und Bildung NRW den Erlass „Praxiselemente in den lehramtsbezogenen Studiengängen“ geändert. Auch für Praktikantinnen gelten nun Mutterschutzregelungen. Mit diesem Erlass wird darauf hingewiesen, dass die Schulleitung der Schule, an der eine schwangere oder stillende Praktikantin eingesetzt ist, eine Gefährdungsbeurteilung für den schulischen Einsatzbereich erstellen muss. Die danach erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Praktikantin sind umzusetzen. Mehr unter [www.gew-nrw.de/online-archiv](http://www.gew-nrw.de/online-archiv) (Webcode: 236034)

*Ute Lorenz*

## Beamt\*innenverhältnis

### Problematische Tätowierungen

Beamt\*innen, die Tätowierungen mit verfassungswidrigem Inhalt tragen, können aus dem Beamt\*innenverhältnis entfernt werden. Das gilt auch, wenn das Verhalten nicht strafbar ist. Identifizieren sich Beamt\*innen derart mit einer verfassungswidrigen Organisation oder Ideologie, bringen sie eine die verfassungsmäßige Ordnung ablehnende Einstellung zum Ausdruck. Das hat disziplinarrechtliche Folgen für die Beschäftigten.

*Quelle: einblick 2/2018*

# Beamt\*innen rund um den Arbeitsplatz

## Gesundheitsschutz

### Betriebsräte bestimmen mit

Ergreifen Arbeitgeber\*innen Maßnahmen im Gesundheitsschutz, so haben der Betriebsräte mitzubestimmen. Dafür muss keine konkrete Gesundheitsgefahr vorliegen. Vielmehr reicht eine bloße Gefährdung der Gesundheit aus, die entweder feststeht oder durch eine Gefährdungsbeurteilung ermittelt wurde.

Wichtig für die Umsetzung des Gesundheitsschutzes: die Verpflichtung der Arbeitgeber\*innen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), die erforderlichen Maßnahmen des Arbeitsschutzes unter Berücksichtigung der Umstände zu treffen, die die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten beeinflussen. Dafür ist eine Gefährdungsbeurteilung im Sinne des § 5 Absatz 1 ArbSchG unerlässlich. Angemessene und geeignete Schutzmaßnahmen lassen sich erst ergreifen, wenn das Gefährdungspotenzial von Arbeit für die Beschäftigten bekannt ist. Das Ziel der Gefährdungsbeurteilung ist die Ermittlung, „welche Maßnahmen des Arbeitsschutzes erforderlich sind“. Aus diesem Zusammenhang mit § 5 ArbSchG folgt der spezifische materiell-rechtliche Gehalt des § 3 Absatz 1 Satz 1 ArbSchG. Für die Arbeit der Personalräte bedeutet das, dass zunächst eine Gefährdungsbeurteilung in einem Beschwerdefall nötig ist. Dann sind die Maßnahmen herauszukristallisieren und Arbeitgeber\*innen müssen sie umsetzen beziehungsweise die Mittel bereitstellen. Eine Ablehnung mit der Begründung, die\*der Schulträger\*in sei zuständig, greift nicht. (Bundesarbeitsgericht: 1 ABR 25/15) *Ute Lorenz*

## Tarifverhandlungen

### Mindestlohn in der Weiterbildung

Die Arbeitgeber\*innen der Zweckgemeinschaft des Bundesverbands der Träger der beruflichen Bildung haben in der ersten Verhandlungsrunde über einen Mindestlohn in der Weiterbildung kein konkretes Angebot vorgelegt. Die Arbeitgeber\*innen wollen künftig beim Mindestlohn für pädagogisches Personal nach Qualifikationen differenzieren. ver.di und GEW fordern einen Mindestlohn auch für das nichtpädagogische Personal. Die Verhandlungen werden am 20. Februar 2018 fortgesetzt. **Mehr unter [www.gew.de/troed2018](http://www.gew.de/troed2018)** *Quelle: GEW, Tarifinfo Nr. 1, Februar 2018*

## Beamt\*innenverhältnis

### Kündigung wegen Krankheit

Fehlzeiten bei lang anhaltender Krankheit reichen als Kündigungsgrund nicht aus. Eine Kündigung ist erst gerechtfertigt, wenn abzusehen ist, dass in Zukunft keine Gesundheitsbesserung zu erwarten sein wird. Die Gründe für eine Krankheitsanfälligkeit müssen geklärt werden. Soll die Fehlzeitenprognose auch mit der Krankheitsanfälligkeit der Arbeitnehmer\*innen gestützt werden, verlangt das zunächst die gerichtliche Feststellung, dass sich die Anzahl der Krankheitsereignisse und deren Dauer signifikant über dem zu erwartenden Durchschnitt des Auftretens gleicher oder vergleichbarer Krankheiten bei anderen Beschäftigten bewegt. (Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern: 2 Sa 158/16) *Ute Lorenz*

## DIE WISSENSECKE

### Beamt\*innenpension und gesetzliche Rente

### Unterschiede bei der Versorgung

Die Durchschnittsrente und die durchschnittliche Beamt\*innenversorgung im Ruhestand sind nur bedingt miteinander vergleichbar. Klar ist aber: Beamt\*innen bekommen im Ruhestand keine Unsummen.

Das Bundesinnenministerium unterscheidet so: „Die gesetzliche Rente erfüllt die Funktion einer Regelsicherung und wird oftmals von einer betrieblichen Altersversorgung ergänzt. Die Beamtenversorgung hingegen deckt sowohl die erste als auch die zweite Säule der Altersvorsorge ab.“ Unterschiede bei den Bildungsabschlüssen führen zu Unterschieden beim Einkommen und wirken sich automatisch auf die Höhe der Renten- beziehungsweise Versorgungsansprüche aus. Genauso wie im Rentenrecht wurde in der Vergangenheit im Bereich der Versorgung gespart. Der früher geltende Höchstruhegehaltssatz von 75 Prozent ist inzwischen auf 71,75 Prozent abgesenkt worden. Auch die Altersgrenze von 67 Jahren oder die fehlende Anerkennung von Studienzeiten sind übertragen worden. Deswegen erreichen Beamt\*innen im höheren Dienst, der eine akademische Ausbildung voraussetzt, den Höchstruhegehaltssatz nicht mehr, da sie durch den späteren Einstieg in die Beamt\*innenlaufbahn die notwendigen 40 Dienstjahre nicht zusammenbekommen.

In der gesetzlichen Rentenversicherung dagegen unterliegen Einkommen generell nur bis zur Höhe der maßgeblichen Beitragsbemessungsgrenze der Versicherungspflicht. Die Höchstrente erhalten Beschäftigte, die 45 Jahre lang durchgehend ein Gehalt in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze – derzeit 6.938,26 Euro – erhalten haben. Die meisten haben aber mindestens während der Ausbildung und in den ersten Berufsjahren niedrigere Einkünfte. Die Aufstockung durch die betriebliche Vorsorge ist in der Privatwirtschaft deutlich schlechter als für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst. Ohne Verletzung des Grundsatzes der amtsangemessenen Alimentation sind die gesetzlichen Grundlagen der Beamt\*innenversorgung nicht zu ändern. Es führt nicht zu einer Verbesserung der gesetzlichen Rente, die sowohl GEW und DGB fordern. *Ute Lorenz*

#### Mehr Infos:

- Bundesinnenministerium zur Versorgung: [www.tinyurl.com/bmi-versorgung](http://www.tinyurl.com/bmi-versorgung)
- Machbarkeitsuntersuchung für eine Studie zu Alterseinkünften der Universität Speyer: [www.tinyurl.com/studie-alterseinkuenfte](http://www.tinyurl.com/studie-alterseinkuenfte)
- DGB zu Rente und Beamtenversorgung: [www.tinyurl.com/dgb-rentenvergleich](http://www.tinyurl.com/dgb-rentenvergleich)

# Wissenswertes

# zum Schulrecht

## Englischunterricht in der Grundschule

Die AfD-Fraktion im Landtag möchte den Englischunterricht in der Grundschule abschaffen. Die GEW NRW hält dagegen. Sie formuliert in ihrer Stellungnahme für eine Anhörung im Schulausschuss deutlich, dass sie sich gegen eine Streichung des Fachs Englisch aus der Stundentafel für die Grundschule ausspricht. Der Englischunterricht wird von qualifizierten Kolleg\*innen erteilt, die Kompetenzerwartungen am Ende der Schuleingangsphase und der Klasse 4 orientieren sich am „Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen“, die Schüler\*innen nehmen neugierig und motiviert am Unterricht teil. Nicht nur im Fach Englisch wechseln die Schüler\*innen mit unterschiedlichen Kompetenzen in die Sekundarstufe I, sondern in allen Fächern. Das kann demnach kein Grund sein, den Kindern die Ersterfahrungen mit der neuen Sprache in der Grundschule zu verweigern.

Stellungnahme der GEW NRW

Webcode: 236047

## SPD: G9 und Oberstufenreform

Die SPD-Fraktion im Landtag legt ihre Vorstellungen zur Neuregelung der Schulzeit am Gymnasium vor. Sie fordert eine grundlegende Reform des gymnasialen Bildungsgangs in NRW und eine verbindliche Leitentscheidung des Landes: An allen Gymnasien soll es den Bildungsgang G9 geben. Die Umstellung soll so gestaltet werden, dass auch die Schüler\*innen der Klassen 7, 8 und 9 durch Übergangsregelungen von der Einführung der Reform profitieren können. Ergänzend wird ein Konnexitätsausgleichsgesetz zur finanziellen Unterstützung der Schulträger\*innen vorgeschlagen. Zur Reform der gymnasialen Oberstufe meint der Antrag: „Gleichzeitig wird die Oberstufe so reformiert, dass der Regelfall das Abitur nach neun Jahren ist, die Absolvierung nach acht Jahren schulrechtlich aber möglich bleibt.“

Antrag der SPD an den Landtag NRW

Webcode: 236046

## OECD-Studie: Erfolgsfaktor Resilienz

Die OECD legt eine PISA-Sonderauswertung zum Schulerfolg sozial benachteiligter Schüler\*innen vor: „Warum manche Jugendliche trotz schwieriger Startbedingungen in der Schule erfolgreich sind und wie Schulerfolg auch bei allen anderen Schülerinnen und Schülern gefördert werden kann, untersucht eine PISA-Sonderauswertung (...). Angesichts des digitalen Wandels wird Bildung zu einer noch entscheidenderen Zukunftsressource unserer Gesellschaft, die allen – unabhängig von ihrer sozioökonomischen Herkunft – zugänglich sein sollte. Die Analyse von PISA-Daten zeigt, dass es heute in Deutschland deutlich mehr Schülerinnen und Schüler gibt, die trotz eines eher bildungsfernen Elternhauses solide Kompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften erwerben. Der Anteil dieser Schülerinnen und Schüler ist hierzulande im vergangenen Jahrzehnt so stark gewachsen wie in kaum einem anderen OECD-Land.“

OECD-Studie „Erfolgsfaktor Resilienz“

Webcode: 236059

## Kommunale Aufwendungen für Inklusion

### Evaluationsbericht

Die Landesregierung übermittelt dem Landtag den dritten Bericht über die Ergebnisse der Evaluierung der kommunalen Aufwendungen für die schulische Inklusion. Der Bericht der Gutachter\*innen enthält die Zahlen für das Schuljahr 2016/2017. Dem Papier sind auch Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Berichterstattung beziehungsweise der Evaluation zu entnehmen.

Dritter Evaluationsbericht (Schuljahr 2016/2017)

Webcode: 236057

### Neue Verordnung

Die „Verordnung zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion“ vom 24. Januar 2018 regelt die Höhe der jährlichen Leistungen des Landes für den Belastungsausgleich auf Grundlage des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für schulische Inklusion für die Schuljahre 2017/2018, 2018/2019 und 2019/2020. Die Zahlungen des Landes pro Jahr betragen unverändert 20 Millionen Euro für den sogenannten Belastungsausgleich und zehn Millionen Euro für die Inklusionspauschale.

Verordnung vom 24. Januar 2018

Webcode: 236068

## Integrationshelfer\*innen in der OGS

Die Landesregierung erklärt: „Gegenwärtig ist der Offene Ganztag als nichtschulpflichtiges Angebot ausgestaltet, bei dem es im Rahmen der Hilfen für eine angemessene Schulbildung keinen rechtlich gesicherten Anspruch auf Integrationshelfer nach dem SGB VIII beziehungsweise SGB XII gibt. Ein Hilfeanspruch kann aber im Rahmen der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft bestehen. Teilweise wird der Einsatz eines Integrationshelfers im Offenen Ganztag gewährt, wenn dies dem Hilfebedarf des betroffenen Kindes und Jugendlichen entspricht. Diese unterschiedliche Bewilligungspraxis wird durch die unklare Rechtsprechung verstärkt.“ Daher wurde in das Ende 2016 verabschiedete Bundesteilhabegesetz eine ab 1. Januar 2020 wirksam werdende Klarstellung aufgenommen. Assistenzleistungen zur Unterstützung schulischer Ganztagsangebote sind zukünftig explizit eingeschlossen. Das gilt für „Ganztagsangebote in offener Form, die im Einklang mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule stehen, unter deren Aufsicht und Verantwortung ausgeführt werden, an den stundenplanmäßigen Unterricht anschließen und in der Regel in den Räumlichkeiten der Schule oder in deren Umfeld durchgeführt werden“.

Vorlage an den Landtag

Webcode: 236058



Die geschützten Dokumente sind per Webcode unter [www.gew-nrw.de/online-archiv](http://www.gew-nrw.de/online-archiv) abrufbar. Um auf das Online-Archiv zugreifen zu können, müssen Sie unter [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) eingeloggt sein. Vor dem ersten Log-in ist eine Registrierung erforderlich.

### Kennen Sie schon den Reiseservice der GEW NRW?

Die GdP-Service-GmbH NRW ist das Reisebüro der GEW NRW.

Wir bieten den GEW-Mitgliedern sowie deren Angehörigen die Möglichkeit, Reisen zu günstigen Preisen mit unserem bewährten Service zu buchen. Wir arbeiten mit nahezu allen namhaften Reiseveranstaltern in Deutschland zusammen (z. B. Studiosus, GeBeCo/ Dr.Tigges - Wikinger - TUI - Meiers-Weltreisen - Thomas Cook - Jahn - ITS - alltours - AIDA - DERTOUR - Nickotours - FTI - Schauinslandreisen - Costa), sodass wir Ihnen eine breite Produktpalette anbieten können.

Sie haben spezielle Vorstellungen oder Wünsche? Wir unterstützen Sie bei der Umsetzung Ihrer Urlaubswünsche.

Informieren Sie sich bitte auch über unsere Sonderreisen im Internet.

**Hotline:**  
**+49 211 29101-44/45/63 + 64**

**Noch Fragen?**  
**Unser Reisebüro ist**  
**von Montag bis Freitag,**  
**9.00-18.00 Uhr telefonisch,**  
**persönlich bis 17.00 Uhr erreichbar.**

## Aktuelle Angebote Ihres Reisebüros



### SKR Reisen\*

#### Marokko kompakt erleben 8-Tage-Rundreise

Höhepunkte: 5 x UNESCO-Weltkulturerbestätten (vier Königsstädte Marrakesch, Fès, Meknès und Rabat und die römische Ausgrabungsstätte Volubilis) und Fahrt über das imposante Atlasgebirge

Im Reisepreis enthalten:

- kleine Gruppe mit maximal 12 Gästen
- Linienflug ab vielen dt. Abflughäfen (Aufpreis möglich)
- Transfer und Transporte in klimatisierten Fahrzeugen
- 1 Nacht in einem Hotel, 6 Nächte in landes-typischen Stadtpalästen (Riads)
- ständige deutschsprachige, örtliche Reiseleitung
- zusätzliche lokale Reiseführer in Marrakesch, Fès, Meknès und Rabat

Reisetermin zum Beispiel: 20.-27.05.2018  
(Pfingstferien NRW)

Reisepreis p. Person/ DZ **ab 1.069,00 Euro**

### Wikinger Reisen\*

#### Madeira - Wanderwoche im Blumenparadies

Bei dieser einwöchigen Wanderschnupperreise mit Standort Calheta lernen Sie auf vier wunderschönen und beeindruckenden Wanderungen die vielfältige Natur Madeiras kennen. Die Wanderungen führen häufig an den für die Insel bekannten „Levadas“ entlang. Sie enden meistens in einem typischen kleinen Dorf, wo eine ursprüngliche Einkehrmöglichkeit auf Sie wartet. An zwei freien Tagen haben Sie die Möglichkeit, die Inselhauptstadt Funchal mit ihrem bekannten botanischen Garten zu besuchen oder den höchsten Gipfel der Insel, Rico Ruivo, zu erklimmen.

Das Hotel Quinta Alegre Rural, unter deutscher Leitung, liegt oberhalb von Calheta in sonniger und ruhiger Lage und verfügt über gemütliche 29 Zimmer mit Bad oder Dusche/WC, TV, Telefon und teilweise Meerblick.

Leistungen:

- Flug mit Lufthansa von Frankfurt nach Funchal und zurück
- Transfers auf Madeira
- 7 Übernachtungen im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC
- Halbpension
- Lunchpaket an den Wandertagen
- deutschsprachige Reiseleitung

Reisetermin zum Beispiel: 18.-25.10.2018  
(Herbstferien NRW)

Reisepreis p. Person/ DZ **ab 1.320,00 Euro**

Zwischenverkauf vorbehalten  
GdP-Service-GmbH NRW  
Gudastraße 9 • 40625 Düsseldorf  
Tel. +49 211 29101 -44/45/63/64  
Fax +49 211 29101-15  
www.gdp-reiseservice.de

### Reise-Tipps aus den Katalogen der Reiseveranstalter

### Last-Minute-Osterferien

#### ITS Reisen\*

##### Garmisch-Partenkirchen Hotel Königshof

Zentral im Herzen von Garmisch-Partenkirchen. Nur wenige Meter vom idyllischen Flusslauf der Partnach und gegenüber des Bahnhofs Garmisch gelegen. Skipisten und Wanderwege befinden sich direkt vor der Tür. Pflegersee, Riessersee und Eibsee im Umkreis von 10 Kilometern.

Reisetermin zum Beispiel: 24.-31.03.2018  
Eigenanreise

Reisepreis p. Person/ DZ/ Meerblick/ HP

**ab 405,00 Euro**

### Sommerferien

#### FTI Reisen\*

##### Insel Gozo/Xlendi Saint Patrick's Hotel\*\*\*\*

Urlaube in einer der schönsten Buchten von Gozo. Der kleine authentische Fischerort Xlendi liegt sehr malerisch. Das Hotel an der kleinen Promenade bietet ein gemütliches und entspanntes Ambiente. Genießen Sie einen ruhigen Urlaub in einem ansprechenden Hotel. Die insgesamt 64 Zimmer sind gemütlich eingerichtet mit Bad o. Dusche/WC, Kabel-TV und teilweise Meerblick.

Reisetermin zum Beispiel: 22.-29.07.2018  
Flug ab/bis Köln

Reisepreis p. Person/ DZ/ Meerblick/ HP

**ab 645,00 Euro**

### SKR Reisen\*

#### Bilbao & San Sebastian 5-Tage-Standortreise

Höhepunkte: Kulturhauptstadt San Sebastian, stimmungsvoller Streifzug durch die Altstadt von Bilbao mit Besuch des Guggenheim-Museums, Besuch der bekannten Biskaya-Brücke (UNESCO-Weltkulturerbe)

Im Reisepreis enthalten:

- kleine Gruppe mit max. 12 Gästen
- Flug mit Lufthansa von Frankfurt nach Bilbao und zurück
- 4 Nächte im 4\*-Hotel „Occidental Bilbao“
- alle Transporte und Eintritte lt. Programm
- deutschsprachige Reiseleitung

Reisetermin zum Beispiel: 21.-25.07.2018

Reisepreis p. Person/ DZ **ab 1.179,00 Euro**

## Bundestreffen lesbischer und queerer GEW-Mitglieder

Die GEW lädt ein zu einem bundesweiten Treffen lesbischer und queerer Lehrer\*innen, Sozialpädagog\*innen und Erzieher\*innen.

**Termin:** 10.05.–13.05.2018

**Ort:** Waldschlösschen, Waldschlösschen 1, 37130 Gleichen

**Kosten:** 222,50 Euro, ermäßigt: 122,50 Euro

Im geschützten Rahmen tauschen sich die Teilnehmer\*innen in Workshops und persönlichen Gesprächen über eigene schulische Erfahrungen aus. Das können beispielsweise Ängste sein oder Erfahrungen, die ganz individuell während des Coming-outs gemacht wurden. Es geht darum, die eigene Lebens- sowie Arbeitssituation zu reflektieren und neue Kraft für den Schul- oder Kitaalltag zu sammeln. Auf dem Programm stehen neben (schul-)politischen Themen literarische, musikalische, künstlerische und sportliche Angebote. Das Treffen wird gefördert durch die GEW und durch das DGB-Bildungswerk. **Anmeldung unter [www.tinyurl.com/gewbundestreffen](http://www.tinyurl.com/gewbundestreffen).** Die Organisatorinnen sind über das Waldschlösschen erreichbar.

## Tagung zu Antisemitismus

Antisemitismus im Alltag zu thematisieren, fällt nicht leicht. Es fehlt an Bewusstsein, dass Antisemitismus ein sowohl gesamtgesellschaftliches als auch aktuelles Problem ist, das sich alltäglich in der Schule, der Jugend- und Sozialarbeit und der Aus- und Weiterbildung von Lehr- und Fachkräften niederschlägt. Wie kann eine antisemitismuskritische Bildungsarbeit in diesen Bereichen aussehen? Wie können verschiedene Zielgruppen und somit verschiedene Formen des Antisemitismus angemessen thematisiert werden? Und welches Wissen benötigen Fachkräfte für den pädagogischen Umgang mit Antisemitismus? Im Rahmen der Tagung geht es sowohl um das Erkennen und Benennen gegenwärtiger Phänomene von Antisemitismus als auch um Fragen des Umgangs mit Antisemitismus in der pädagogischen Praxis. Auf dem Programm stehen verschiedene Arbeitsgruppen zum Thema.

**Termin:** 06.03.2018, 10.00–16.00 Uhr

**Ort:** LWL-Landeshaus, Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48147 Münster

**Kosten:** 30,- Euro inklusive Getränke und Imbiss

**Mehr Infos und Anmeldung unter [www.tinyurl.com/fachtagung-antisemitismus](http://www.tinyurl.com/fachtagung-antisemitismus)**

## GEW NRW: Landesfrauenkonferenz in Bochum

Unter dem Motto „100 Jahre starke Frauen – Blick zurück nach vorne“ findet die diesjährige Landesfrauenkonferenz der GEW NRW statt.

**Termin:** 21.03.2018, 10.00–16.00 Uhr

**Ort:** Mercure Hotel Bochum City, Massenbergstraße 19-21, 44787 Bochum

Es gibt Workshops zu den Themen Gleichstellung zwischen Frau und Mann, Schwangerschaft und Selbstbehauptung.

### Programm

9.00 Uhr: Anmeldung, Stehcafé

9.20 Uhr: „Die Problemzonen der Frau“ – Kabarett von und mit Mona Markmann und Elisabeth Brenker

9.55 Uhr: Begrüßung durch Maika Finnern, stellvertretende Vorsitzende der GEW NRW

10.20 Uhr: „Modernisierung durch Feminisierung“: Zur Geschichte der Lehrerinnenbildung im 19. und frühen 20. Jahrhundert von Prof. Dr. Elke Kleinau, Universität zu Köln

11.15 Uhr: Gesprächsrunde: Modernisierung durch Feminisierung? Was bedeutet das für die heutige Bildung?

12.15 Uhr: Verabschiedungen und Nachwahlen für den Landesfrauenausschuss

13.30 Uhr: Workshops

15.15 Uhr: Plenum: Kurzberichte aus den Workshops, Abstimmung von Anträgen

### Workshops

1. Starke Frauen – Aber wie sieht es aktuell mit der Gleichstellung von Mann und Frau aus? Diskussion zum Landesgleichstellungsgesetz: Maika Finnern, GEW NRW, und Hannelore Giesecker (Moderation)
2. Starke Frauen – Auch in Mutterschutz und Elternzeit. Wie sehen die gesetzlichen Regelungen aus? Ute Lorenz, GEW NRW, und Caroline Lensing (Moderation)
3. Bis hier hin und nicht weiter – Selbstbehauptung für starke Frauen, Trude Menrath, Trainerinnenkollektiv „Frau Schmitzz“

**Anmeldungen bis zum 12. März 2018 per E-Mail an [Hannelore.Kobus@gew-nrw.de](mailto:Hannelore.Kobus@gew-nrw.de)**

## Bewerbung für WUS-Förderpreis

Der World University Service (WUS) Deutsches Komitee e. V. will Absolventen\*innen an deutschen Hochschulen auszeichnen, die sich in ihren Studienabschlussarbeiten – gleich welcher Fachrichtung – mit einem der folgenden Themen der Sustainable Development Goals (SDGs) auseinandergesetzt haben: Migration, Flucht, Menschenrecht auf Bildung, Globales Lernen, Bildung für nachhaltige Entwicklung. Als Studienabschlussarbeiten können Diplom-, Master-, Bachelor- und Staatsexamensarbeiten oder vergleichbare Examensarbeiten eingereicht werden. Die Arbeit soll im Kalenderjahr 2017 abgeschlossen und eingereicht worden sein. Der Preis ist mit 1.500,- Euro ausgeschrieben. Eine unabhängige Jury entscheidet über die Vergabe. Einsendeschluss ist der 30.06.2018. Die Bewerbung muss in elektronischer Form eingereicht werden an [preis@wusgermany.de](mailto:preis@wusgermany.de). Die vollständige Bewerbung enthält ein Anschreiben, eine Zusammenfassung (maximal zwei Seiten), einen Lebenslauf, eine Kopie der Arbeit, eine Kopie des Gutachtens der\*des Betreuer\*in. Unvollständige Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. **Mehr Infos unter [www.wusgermany.de](http://www.wusgermany.de)**

## Workshops: Otros Mundos

Das Informationsbüro Nicaragua bietet Jugendgruppen und Schulklassen in den Jahren 2018 und 2019 Workshops zu globalen Zusammenhängen an. In diesen reflektieren junge Menschen anhand selbst gewählter Themen gesellschaftliche Machtverhältnisse und globale Ungleichheiten. Themen sind unter anderem der Klimawandel und seine Folgen, Menschenrechte und Rassismus. Die Schüler\*innen machen in Workshops interaktive und partizipative Übungen, die an die individuellen Interessen der Teilnehmer\*innen anknüpfen. Für die vorbereitenden Kurzworkshops kommen die Teamer\*innen circa zwei Wochen vor dem eigentlichen Workshop für ein bis drei Zeitstunden in die Gruppe oder Klasse und stellen verschiedene Themen vor. Die Teilnehmer\*innen wählen dann in einem methodisch begleiteten Prozess das Thema aus. Weitere Kurzworkshops können dazu genutzt werden, um einen Einstieg ins Thema zu finden. Termin und Ort der Veranstaltung werden individuell mit den Klassenlehrer\*innen oder Gruppenleiter\*innen vereinbart.

**Mehr Infos und Anmeldung unter [www.otrosmundos.de](http://www.otrosmundos.de) oder telefonisch unter 0202-300030.**

## Studienfahrt nach Prag

Zu den Schauplätzen des Prager Frühlings und der Samtenen Revolution führt die Studienfahrt des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks e.V. (IBB) unter dem Titel „Die Goldene Stadt Prag“. Die Stadt rückt in diesem Jahr in den Fokus, weil vor 100 Jahren die Tschechoslowakei gegründet wurde und Prag vor 50 Jahren Schauplatz des gleichnamigen Prager Frühlings war. Vor 25 Jahren zerfiel das Land in die Tschechische und Slowakische Republik. Auf dem Programm stehen thematische Führungen im Umfeld der Prager Burg, in der Altstadt und auf den Spuren von Rabbi Löw und Franz Kafka. Bei einem Zeitzeug\*innengespräch vertieft die Reisegruppe ihr Wissen über den Prager Frühling und besucht die Schauplätze der bekannten Prager Fensterstürze. Ein Besuch im Stammlokal von Ex-Präsident Vaclav Havel rundet die Reise ab.

**Termin:** 28.04.–01.05.2018

**Ort:** Flug ab Flughafen Köln-Bonn

**Kosten:** 649,- Euro (inklusive Flug, Programm und Unterbringung im Doppelzimmer)

Mehr Infos und Anmeldung telefonisch unter 0231-9520960 oder unter [www.ibb-d.de](http://www.ibb-d.de)

## GEW NRW: Vollversammlung des LASS

Der Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) der GEW NRW lädt zur Vollversammlung ein.

**Termin:** 14.04.2018, 10.30 Uhr

**Ort:** DGB-Haus, Teichstraße 4, 45127 Essen

Die schwarz-gelbe Landesregierung greift Aspekte im Hochschulgesetz an, für deren Durchsetzung Studierende jahrelang gekämpft haben. Neben der Debatte um die Einführung der rassistischen Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer\*innen stehen auch die Wiedereinführung der Anwesenheitspflicht, die Abschaffung der Räte für studentische Hilfskräfte und die

Einschränkung studentischer Beteiligungsmöglichkeiten auf der Tagesordnung. Das bedeutet für die GEW-Studierendenschaft, dass es nach der Jahresversammlung neue Herausforderungen anzugehen gilt. Wir wollen gemeinsam mit anderen studentischen Bündnispartner\*innen planen, wie wir uns in die Debatten um das Hochschulgesetz einmischen können, damit die Hochschulen nicht zu neoliberalen Lernfabriken verkommen. Nach einem Begrüßungskaffee beginnt das inhaltliche Programm um 11.00 Uhr, im Anschluss werden ein neuer Ausschuss und das Sprecher\*innenteam des LASS gewählt. **Mehr Infos unter [www.tinyurl.com/versammlung-lass](http://www.tinyurl.com/versammlung-lass)**



### Klasse Reisen. Weltweit.

**Jetzt Superspartermine günstig buchen!**

z. B. **Toskana**  
6 Tage inkl. Programm  
mit Stadtrundgang Florenz  
ab **194,- €**



z. B. **Rügen**  
5 Tage inkl. Programm  
mit Inselrundfahrt  
ab **129,- €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH  
Herrengasse 2  
01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter  
Tel.: 0 35 04/64 33-0  
[www.schulfahrt.de](http://www.schulfahrt.de)

**Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17**

## Lassen Sie die Themen des Globalen Lernens nicht einfach untergehen!

**160 neue Unterrichtsmodule zum Globalen Lernen**

- für alle Schulformen (inkl. Grundschule)
- für viele Fächer
- mit Unterrichtsvorschlägen

[www.Globales-Lernen-Schule-NRW.de](http://www.Globales-Lernen-Schule-NRW.de)

Ein Angebot von



neue deutsche schule – ISSN 0720-9673  
Begründet von Erwin Klatt

**Herausgeber**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Nordrhein-Westfalen  
Nünningstraße 11, 45141 Essen

**nds-Redaktion**  
Anja Heifel (Tel. 0201-2940355), Sherin Krüger, Jessica Küppers,  
Fritz Junkers (verantwortlich), Stefan Brackertz,  
Sabine Flögel, Melanie Meier  
Bildredaktion und Satz: Daniela Costa, büreau.de  
E-Mail: [redaktion@nds-verlag.de](mailto:redaktion@nds-verlag.de)

GEW-Landesgeschäftsstelle und Kassenverwaltung  
Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Tel. 0201-2940301, Fax 0201-2940351  
E-Mail: [info@gew-nrw.de](mailto:info@gew-nrw.de)

Referat Rechtsschutz Tel. 0201-2940341

**Redaktion und Verlag**  
Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH  
Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Tel. 0201-2940306, Fax 0201-2940314  
Geschäftsführer: Hartmut Reich  
E-Mail: [info@nds-verlag.de](mailto:info@nds-verlag.de)

**Herstellung**  
Basis-Druck GmbH  
Springwall 4, 47051 Duisburg

**nds-Anzeigen**  
PIC Crossmedia GmbH  
Hitdorfer Straße 10, 40764 Langenfeld  
Tel. 02173-985986, Fax 02173-985987  
E-Mail: [anzeigen@pic-crossmedia.de](mailto:anzeigen@pic-crossmedia.de)

Die neue deutsche schule erscheint monatlich.

Gültig ist Anzeigenpreisliste Nr. 53 (Januar 2017).

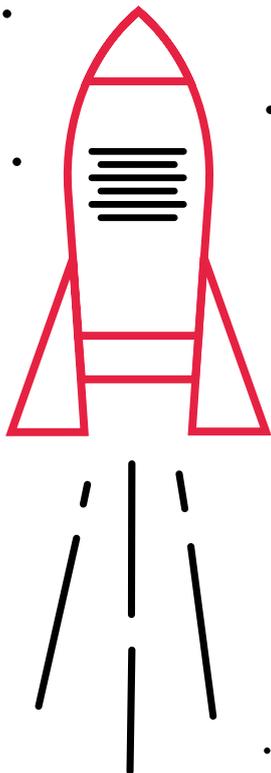
Für Mitglieder der GEW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die Zeitschrift beim Verlag zum jährlichen Abonnementpreis von 35,- Euro (einschl. Porto) bestellen. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Essen.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

nds-Titelfoto: FemmeCurieuse/photocase.de; Fotos im Inhaltsverzeichnis: Andreas Berheide, rclasses, jULIE.p/photocase.de

**nds-Zeitschrift [www.nds-zeitschrift.de](http://www.nds-zeitschrift.de)**  
**NDS-Verlag [www.nds-verlag.de](http://www.nds-verlag.de)**  
**GEW NRW [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de)**

Illustration: Julia Korchevska / Shutterstock.com



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen,  
Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt 2-2018

# SENKRECHTSTART

FORTBILDUNG FÜR JUNGLEHRER\*INNEN  
UND LEHRAMTSANWÄRTER\*INNEN

**AM 14. APRIL 2018, 10.00-16.00 UHR  
IM MERCURE HOTEL BOCHUM CITY**

## WORKSHOPS

- ◆ Klassenleitung – Rechtssicher und souverän gestalten
- ◆ Schulgesetz – Alles rund um Klassenfahrt, Aufsichtspflicht, Sportsicherheitserlass und mehr
- ◆ Jetzt seid doch mal ruhig! Akutstrategien bei Unterrichtsstörungen
- ◆ Unterricht für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche – worauf es ankommt

## INFOS UND ANMELDUNG

Anmeldeschluss: 4. April 2018  
 Anmeldung: [www.tinyurl.com/senkrechtstart-2018](http://www.tinyurl.com/senkrechtstart-2018)  
 Teilnahmebeitrag: 10,- Euro für Mitglieder,  
 15,- Euro für Nichtmitglieder



Ihr könnt aus dem Angebot zwei Workshops auswählen. Gebt diese bitte bei der Anmeldung an und nennt auch eine Alternative.

Alle weiteren Informationen zur Überweisung des Teilnahmebeitrags und zum Veranstaltungsort erhaltet ihr mit der Anmeldebestätigung.